

STUDIA HUNGARICA

DMYTRO ZLEPKO
DIE ENTSTEHUNG DER POLNISCH-UNGARISCHEN GRENZE

Herausgeber:

Georg Stadtmüller - Boris Glassl - Eckehard Völkl

15

DMYTRO ZLEPKO

Die Entstehung
der polnisch-ungarischen Grenze



UNGARISCHES INSTITUT MÜNCHEN

Clemenstr. 5, 8000 München 40

STUDIA HUNGARICA

Schriften des Ungarischen Instituts München

Herausgeber:

Georg Stadtmüller · Horst Glassl · Ekkehard Völkl

15

DMYTRO ZLEPKO

Die Entstehung der polnisch-ungarischen Grenze



UNGARISCHES INSTITUT MÜNCHEN

Clemensstr. 2, 8000 München 40

DMYTRO ZLEPKO

**DIE ENTSTEHUNG
DER POLNISCH-UNGARISCHEN GRENZE
(OKTOBER 1938 BIS 15. MÄRZ 1939)**

Vergangenheitsbewältigung oder Großmachtpolitik
in Ostmitteleuropa



Dr.Dr. Rudolf Trofenik-München
1980

REDAKTION
HORST GLASSL

DIE ENTSTEHUNG
BLINDER POLNISCHE-UNGARISCHER GRENZE
(OKTOBER 1938 BIS 15. MAI 1939)

Vergangenheitsbewältigung oder Geographik

in Göttingen

OXFORD

Die Entstehung

der polnisch-ungarischen Grenze

ISBN 3-87828-144-7

© Dr. Dr. Rudolf Trofenik Verlag München 1980

Druck: Strauss & Cramer GmbH, 6945 Hirschberg 2

Printed in Germany

Inhaltsverzeichnis

Vorbemerkung	S. 7 - 8
Einleitung	S. 9 - 16
1. Kapitel: Die Karpato-Ukraine von 1919 bis zum Münchner Abkommen	S. 17 - 34
2. Kapitel: Ostmitteleuropa im Oktober 1938	S. 35 - 69
3. Kapitel: Der Wiener Schiedsspruch	S. 70 - 97
4. Kapitel: Das Scheitern der ungarischen Militäraktion und die Folgen	S. 98 - 137
5. Kapitel: Das Plazet des Reichs und die ungarische 'Polizeiaktion'	S. 138 - 152
Ausblick und Wertung	S. 153 - 160
Abkürzungsverzeichnis	S. 161
Anmerkungen	S. 162 - 183
Quellen- und Dokumentenverzeichnis	S. 184 - 186
Schrifttumsverzeichnis	S. 187 - 194
Personen- und Ortsregister	S. 195 - 207
Karte der Tschechoslowakei	

Vorbemerkung

Weidlein betitelt das zweite Kapitel seines Buches (1) 'Entzündete sich der Zweite Weltkrieg an der Frage der Karpatoukraine?'. Diese Fragestellung impliziert zwei große Problemkreise: den der Schuldfrage am Ausbruch des Zweiten Weltkrieges und den um die Wichtigkeit bzw. Nichtigkeit des karpato-ukrainischen Problems.

Die Schuldfrage bleibt vorläufig eine nicht zu lösende Problemstellung, da unzählige überstaatliche Querverbindungen, machtpolitische Gesichtspunkte, Fernziele, Überschichtungen politischer und wirtschaftlicher Natur ineinandergreifen.

In der vorliegenden Arbeit soll ein Überblick über das Zustandekommen der gemeinsamen polnisch-ungarischen Grenze vom Münchner Abkommen (29./30.9.1938) über den Spruch von Belvedere (1. Wiener Schiedsspruch vom 2.11.38) bis zum Einmarsch der Ungarn in die Karpatoukraine am 14./15. März 1939 gegeben werden.

Die Verwirklichung dieser polnisch-ungarischen Grenze führte zur Zerschlagung der Tschechoslowakei nicht nur durch Deutschland, sondern auch durch Ungarn und Polen. So gesehen kann zur Kriegsschuldfrage gesagt werden, daß das Reich zumindest bei der Zerschlagung der Tschechoslowakei Komplizen - wenn auch mit eigenen

Zielvorstellungen - hatte.

Unmittelbar handelte es sich bei der Errichtung der polnisch-ungarischen Grenze nicht um die Aufteilung ethnischer tschechischer bzw. slowakischer Gebiete, sondern um die des Territoriums der Karpato-Ukrainer (2). Daher ist diese Darstellung auch Teil der Geschichte der Karpato-Ukraine. "Während die Ereignisse in der Slowakei, sofern sie überhaupt zur Kenntnis der Öffentlichkeit kamen, von der Welt wenigstens zur Notiz genommen worden sind und die slowakische Frage auch heute nicht völlig vergessen ist, vollzog sich die Tragödie der Karpatho-Ukraine fast unbeachtet und ohne Anteilnahme im Westen zu erwecken" (3).

Im März 1979 jährte sich der Jahrestag dieser Tragödie zum vierzigsten Mal.

Einleitung

Die Auflösung der österreichisch-ungarischen Monarchie war eine Folge des Ersten Weltkrieges. Ungarn als der östliche Reichsteil konnte selbst nach dem Spruch von Trianon (4.6.1920) seine führende Rolle in Ostmitteleuropa behaupten. Gegenüber den anderen Staaten in diesem Raum hatte Ungarn eine lange historische Vergangenheit und gehörte Jahrhunderte zur 'regierenden Nation'. In Budapest hatte sich eine Tradition im Beamtentum, im Staatsapparat - auf Kommunal- wie Landesebene - erhalten. Was die anderen Völker der ehemaligen Monarchie erst entwickeln mußten, besaßen die Ungarn schon. Auch das von den Ungarn als das größte Unglück angesehene Trianon konnte die historische Vergangenheit nicht auslöschen, sondern höchstens vorübergehend vergessen machen. Das Ungarn der Zwischenkriegszeit (1920-1939) verstand sich immer noch aus seiner Geschichte heraus und handelte entsprechend. Als unausgesprochenes Ziel galt die Wiedervereinigung aller Länder der Stephanskrone. Daher war es nicht verwunderlich, daß beim Besuch des ungarischen Ministerpräsidenten Gömbös bei Hitler (17.-21.6.1933) auch diese Frage tangiert wurde. Der Ministerpräsident fragte nach, inwieweit Ungarn in seinen Revisionsforderungen gegenüber seinen Nachbarn

auf eventuelle deutsche Hilfe rechnen könnte. Hitler versicherte, daß Ungarn nur gegenüber der Tschechoslowakei mit deutscher Unterstützung zu rechnen hätte. Freilich, da Hitler 1933 noch nicht so fest im Sattel saß, konnte diese Zusage noch als unverbindliche Floskel des Führers gewertet werden. Dennoch war festzustellen, daß Hitler auch bei zunehmender Machtentfaltung seine Meinung in diesem Punkt nicht änderte. Gute Beziehungen hatten die Ungarn schon längere Zeit zum faschistischen Italien. Kontroversen zwischen den beiden Ländern gab es nicht. Bei seinem Besuch in Rom am 17. März 1934 versicherte Gömbös der italienischen Regierung, daß Ungarn sich berufen fühle, "im Karpathenbecken eine eigene Politik zu treiben, südlich der Donau auf Italien, nördlich der Donau auf Deutschland gestützt" (4).

Diese Maxime galt für die gesamte ungarische Politik der Jahre 1934 bis 1938.

Nach der inneren Konsolidierung des Nationalsozialismus in Deutschland und des Faschismus in Italien konnten diese Staaten nun auch eine Außenpolitik in ihrem Sinne aufnehmen.

Bis 1937 orientierte sich die ungarische Politik noch mehr nach Italien als nach Deutschland. So meinte am 13. März 1937 der italienische Außenminister Graf Ciano

gegenüber dem ungarischen Verteidigungsminister Röder, daß "wenn Ungarn einen Sieg haben will", müsse es zur Wiederherstellung der Länder der Stephanskrone "... seine Anstrengungen gegen die Tschechoslowakei richten, sich von Grund auf mit Belgrad verständigen und einen modus vivendi mit Bukarest finden" (5).

Dementsprechend konnte Ciano dem tschechoslowakischen Gesandten am 18. Dezember 1937 in Rom nur versichern, daß die "Beziehungen zu seinem Land von denen zwischen Prag und Berlin und denen zwischen Prag und Budapest abhängen. Wir sind weder für noch gegen die Tschechen. Sie interessieren uns nur auf Umwegen" (6).

Trotzdem hatte man in Rom von den Ungarn keine große Meinung. So äußerte Ciano im Dezember 1937 auch: "die Ungarn nehmen von uns jedes Geschenk an, ein wenig mit der Gönnermine eines heruntergekommenen Grandseigneurs", freilich nur darum, weil sie "unsere Macht noch nicht im ganzen Umfang (kennen) und ... eine sentimentale Neigung zu London" (7) hegen.

Eine gewisse Reserviertheit Ungarns gegenüber der Achse gegen Ende 1937 hatte andere Gründe. Horthy-Ungarn vollzog eine Annäherung an die Kleine Entente (Tschechoslowakei, Jugoslawien, Rumänien) mit der Absicht, diese durch Übereinkommen mit Jugoslawien und Rumänien zu zerschlagen. Auf tschechische Annäherungsversuche seit 1936

reagierte Budapest so gut wie nicht.

Die zeitweilige Abkehr Budapests von Rom Ende 1937 wurde auch durch die ungarisch-deutsche Zusammenarbeit gegen die Tschechoslowakei bewirkt. Hitler riet der im November 1937 nach Berlin gereisten ungarischen Delegation unter Ministerpräsident Darányi, die Kräfte ihres Landes nicht zu verzetteln. Vielmehr sollten alle Kräfte gegen die Tschechoslowakei konzentriert werden; die Aktivitäten sollten den jeweiligen deutschen und ungarischen Minderheitenführern übertragen werden (8).

Diese ungarisch-deutsche Zusammenarbeit bewirkte andererseits eine Annäherung Italiens an Rumänien.

Dennoch sandte Ciano am 4. Januar 1938 den Entwurf einer Erklärung an Ungarn, die das Land "auf einen engeren Anschluß an die Achse sowie an die Antikomintern- und Antivölkerbundpolitik festlegt" und der Duce versichere Horthy, daß man "ohne Absprache mit Budapest nichts separat mit den Rumänen abschließen" (9) werde.

Die ungarische Schaukelpolitik wurde im Frühjahr 1938 durch die Einbeziehung Polens nur noch unberechenbarer. Am 7. März 1938 besuchte der polnische Außenminister Beck Rom. Bei seinen Gesprächen äußerte er sich dahingehend, "daß Polen eine Gleichgewichtsstellung einzuhalten wünscht, ohne sich in irgendeiner Richtung zu kompromittieren. Er sagte wiederholt, daß das Bündnis mit Frank-

reich im Falle eines durch das tschechische Problem hervorgerufenen Konflikts nicht funktionieren werden" (10). Dies war mehr als eine Neutralitätserklärung Polens. In Berlin und Budapest wurde es jedenfalls so verstanden und von den Polen erfolgte keine Korrektur.

Nach dem Anschluß Österreichs an das Reich äußerte sich Mussolini gegenüber Ciano, "daß eine Zweideutigkeit aus der Landkarte Europas gestrichen worden ist. Und er zählte drei andere auf, die noch bestehen und die seiner Meinung nach in der folgenden Ordnung ebenso gelöst werden müssen: Tschechoslowakei, Schweiz und Belgien" (11). Österreichs Anschluß hatte in den Ungarn die Hoffnung geweckt, daß Hitler nun einen ihrer größten Wünsche erfüllen würde: die Teilrückgabe des Burgenlandes (12) an die Stephanskrone. Hitler dachte gar nicht daran. Wie wir heute wissen, plante er bereits die Zerstückelung der Tschechoslowakei.

Gleichzeitig erfolgte eine Annäherung des Reiches an Jugoslawien und Rumänien, beides Länder, gegen die von ungarischer Seite noch territoriale Revisionsforderungen aufrechterhalten wurden. Dieses überraschende Umschwenken der deutschen Regierung zwang auch Horthy eine neue politische Linie auf. Ein Frosteinbruch in den diplomatischen Beziehungen zwischen Berlin und Budapest war die

Folge.

Mitte 1938 erfolgte eine Interessenverschiebung in der deutschen Ostmitteleuropa-Politik. Das Reich suchte gute Beziehungen zu Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei. Mit der Schaffung der Achse Berlin-Rom wurden diese Beziehungen spannungsgeladener: Italien hatte gute Verbindungen zu Jugoslawien, nicht so zu Ungarn. Jedes dieser Länder vertrat zudem eigene Interessen, die sich oft nur teilweise mit dem gemeinsamen Achseninteresse deckten. Die wichtigsten Ansprechpartner für Berlin wie für Rom wurden Budapest und Prag.

Man muß berücksichtigen, daß zwischen 1919 und 1938 in Prag nicht Deutschland sondern Ungarn als der bedrohlichere Gegner angesehen wurde. Gegen das Reich glaubte man sich durch die Signatarmächte geschützt. Ungarn dagegen hatte seit 1920 deutlich gemacht, daß Trianon niemals als endgültig hingenommen würde. Die ungarischen Revisionsforderungen waren am deutlichsten gegenüber der Tschechoslowakei formuliert, da hier sehr viele Ungarn lebten. Zur Erreichung seiner Forderungen verband sich Horthy-Ungarn mit Polen: als Fernziel galt die Schaffung einer ungarisch-polnischen Grenze. Polen hatte in diesem Zusammenhang durchaus eigene Ziele, nämlich die Wiedererlangung der polnischen Großmachtstellung (13). Als ein weiteres gemeinsames Ziel sollte eine Achse Warschau-

Budapest - eventuell unter Beteiligung Belgrads - entstehen. Diese Achse sollte ebenso gegen eine deutsche wie eine sowjetische Machtexpansion gerichtet sein. In diese Pläne, die unter Beteiligung der italienischen Regierung vorangetrieben wurden, platzte das Münchner Abkommen. Schlagartig wurde den Tschechen klar, daß nicht nur Ungarn mit seinen Revisionsforderungen, sondern auch das Reich und teilweise die Kleine Entente, die bisherigen Garanten der politischen Lage in Mitteleuropa, nicht unbedingt als 'Busenfreunde' der Tschechoslowakei anzusehen waren (14).

Die mit der Sudetendeutschen Frage ausgelöste Kettenreaktion (Regierungswechsel) in der Tschechoslowakei zeigte nur die Ratlosigkeit der Tschechen. Der Staat bröckelte auseinander. In der Slowakei wurde die allgemeine Autonomieforderung überschritten; eine "klare Tendenz zur völligen Unabhängigkeitserklärung" (15) wurde erkennbar. Der zusammengetretene Parteienkongreß der Slowakei formulierte am 6. Oktober in Sillein unter dem Einfluß des Münchner Abkommens diese Selbständigkeitsforderung, die aber nie öffentlich erhoben wurde.

Hatte Staatspräsident Beneš noch im Mai 1938 erklärt, er kenne keine Slowaken, so empfahl er in seiner Rücktrittsrede am 5. Oktober ein Übereinkommen zwischen Prag und den Slowaken.

Ebenso wie in der Slowakei fand das Münchner Abkommen auch in der Karpato-Ukraine großen Widerhall.

Die Entwicklung seit 1919 verlief hier jedoch in eigenen Bahnen und bedarf daher zunächst eines Rückblicks.

1. Kapitel: Die Karpato-Ukraine von 1919 bis zum Münchener Abkommen

Am 8. Mai 1919 beschloß der ruthenische Nationalrat die Eingliederung der Karpato-Ukraine in die neuentstandene Tschechoslowakei.

Das Siedlungsgebiet der Ruthenen innerhalb des nordöstlichen Karpatenbogens führte bis 1918 keinen eigenen Namen. Bis zur Entscheidung des Nationalrates war dieses Gebiet - 12.617 qkm - in die alte ungarische Komitatsgliederung einbezogen. Es war Bestandteil der Komitate Ung, Bereg, Ugosca und Máramaros.

Legalisiert wurde diese Eingliederung durch den ruthenischen Nationalrat erst im Vertrag von Trianon (4.6.1920). In der Tschechoslowakei wurde die sogenannte Podkarpatská Rus (16) neben Böhmen, Mähren und der Slowakei das vierte Land. Die tschechische Verwaltung wurde eingeführt und man schuf vierzehn politische Bezirke (politický okres), die aus zwei Stadtbezirken, Munkač und Užhorod, und zwölf Landbezirken, Berehovo, Vel'ky Berezny, Chust, Iršava, Mukačevo venkov, Perečín, Rachov, Sevluš, Svalava, Tacovo, Užhorod venkov und Volové, bestanden. Diese Bezeichnungen waren bis 1938 amtlich. Die erste ukrainische Generation in der Karpato-Ukraine, die sich bewußt als eigenständige völkische Einheit sah,

trat erst nach 1919 hervor und orientierte sich an der unabhängigen Ukrainischen Republik.

Diese Generation nannte sich oft Ukrainer oder bezeichnete sich als ukrainische Bewegung, ohne sich von der Karpato-Ukraine loszusagen. Ihre geistige Führungsschicht kam überwiegend aus den magyrischen Schulen und war durch ungarische Bildung und Kultur geprägt.

Obwohl nationalbewußt und zielstrebig, war diese junge Generation unerfahren in Staats- und Administrationsangelegenheiten.

Ab 1920 war auch erstmals eine Art politische Bewegung zu registrieren. Träger dieser Strömung waren die Räte, die 1918/19 entstanden waren und vom 'Amerikanischen Ruthenischen Volksrat' (Amerykans'ka Rus'ka Rada), der im Juni 1918 von dem Priester Nykolaj Čopej gegründet worden war und die Emigranten aus der Karpato-Ukraine zu seinen Mitgliedern zählte, stark beeinflußt wurden.

In der Karpato-Ukraine gewannen drei Nationalräte an Gewicht: ein 'westlicher' unter dem Priester Omeljan Novyckyj, ein 'östlicher' unter der Leitung von Mychajlo Braščajko und der Užhoroder Nationalrat unter Sabó.

Während sich der letztere nach Ungarn orientierte, verfolgten die beiden anderen eine Politik des Anschlusses an die Dnjepr-Ukraine.

Die Räte repräsentierten politische Richtungen, Bewe-

gungen, die nur wenig mit den Parteien westlichen Typs gemein hatten.

Im folgenden entwickelten sich daraus im wesentlichen ebenfalls drei Richtungen: die ukrainophile, die ruthenische und die magyarische. Die ukrainische Bewegung, die vom 'westlichen' und 'östlichen' Rat getragen wurde, kam erst nach der Entstehung der selbständigen Ukraine am Dnjepr zur Geltung. Sie sah in der Karpato-Ukraine eine Art 'Piemont' für eine Großukraine und erstrebte als politisches Endziel die Vereinigung aller Ukrainer und ukrainischen Gebiete.

Bis zur Erreichung dieses Zieles betätigten sich ihre Mitglieder in verschiedenen tschechischen Vereinen und stellten hier als vordringlichstes politisches Ziel die Autonomie (17) in den Vordergrund.

Ein anderer Teil der Führungsschicht sah in Rußland eine politische Stütze gegen die Tschechoslowakei. Sie galten daher als russophil und nannten sich Ruthenen. Zwischen beiden Richtungen entstand ein Konkurrenzverhältnis. Gründeten die 'Ukrainer' eine Pidkarpatski Bank, so errichteten die 'Ruthenen' eine Russkij narodnij Bank; einem Krajevyy kooperatyvnyj Sojuz entsprach der Russkij kooperativnij Sojuz. Als weitere Unterstützung gesellten sich den beiden Richtungen die Emigranten aus Polen und Galizien bzw. der neu entstan-

denen Sowjetunion zu.

Im Laufe der Zeit wurde das ukrainische Nationalbewußtsein immer stärker, während die ruthenische Bewegung an Zulauf einbüßte. Waren noch 1924 nur 12,4% ukrainophil aber 62% russophil gesinnt, so gewann die ukrainophile Richtung bis 1935 mit 36,3% zu 35,2% sogar einen kleinen Vorsprung.

Nach 1935 konzentrierte sich die Bewegung auf die Forderung nach Autonomie der Karpato-Ukraine innerhalb des tschechoslowakischen Staatsverbandes.

Diese beiden Hauptrichtungen übernahmen die politische Führung in der Karpato-Ukraine. Sie wurden Sammelbecken der organisierten politischen Intelligenz. Hauptsächlich durch die Tätigkeit der karpato-ukrainischen Abgeordneten und Senatoren im Prager Zentralparlament wurde das Ukrainertum die anerkannte dritte Kraft im tschechoslowakischen Nationalitätenstaat.

Als 'Ukrainer' galt im Zentralparlament in Prag der Lehrer und Sozialdemokrat Julian Revay. Ein ausgemachter Parteigänger Horthy-Ungarns war dagegen der ehemalige Volksschullehrer Andrij Brodij. Der dritte Abgeordnete der Karpato-Ukraine in Prag, der suspendierte Theologieprofessor Stefan Fenčyk, geriet sehr schnell unter den Einfluß Brodijs. Die beiden Senatoren, Edmund Bačinskýj und Julian Feldeši, waren loyale Staatsbeamte.

Die Vertreter der Karpato-Ukraine wurden von der Parteienlandschaft in Prag häufig umworben. Die tschechoslowakische Agrarpartei interessierte sich lebhaft für Bačinskyj, Feldeši und Brodij wurden von der proungarischen Gruppe hofiert.

Nach tschechischen Statistiken lebten 1930 in der Karpato-Ukraine 725.357 Menschen. Die Bevölkerungsdichte betrug 57 Einwohner je qkm. Nach Nationalitäten gliederte sich die Bevölkerung wie folgt: 450.925 (62,17%) Ruthenen, 15,96% Ungarn, 13,1% Juden und 4,76% Tschechen bzw. Slowaken.

Die tschechischen Statistiken unterschieden sich grundsätzlich von den ungarischen. Während die Tschechen die Staatsbürgerschaft und die Kulturkreiszugehörigkeit zur Grundlage ihrer Statistiken machten, wählten die Ungarn nur den Sprachgebrauch. Dadurch war - nach ungarischer Zählung - eigentlich jeder Volljährige nach 1919 Ungar, da er ungarische Schulen besucht hatte und das Ungarische mehr oder weniger beherrschte. Solange die Karpato-Ukraine zu Ungarn gehört hatte, war in allen Schulen nur ungarisch gelehrt worden. Ausnahmen bildeten die kirchlich geführten Schulen, die in der Landessprache unterrichteten. Trotzdem waren nahezu 80% der Bevölkerung Analphabeten. Dieser hohe Prozentsatz konnte während der tschecho-slowakischen Zeit auf 50,1% gedrückt werden (18).

In die Mitte der dreißiger Jahre fiel auch die erste Organisation der Nationalen Verteidigung. Aus dem Bewußtsein heraus, das Erreichte in Zukunft einmal verteidigen zu müssen, begann man mit dem Aufbau der 'Sič'. Diese Organisation, die auf historische Vorbilder zurückgriff, bildete den Zusammenschluß aller Verteidigungswilligen. Ihre Mitglieder waren zwar nicht ständig bewaffnet, erlernten aber den Umgang mit der Waffe. Kommandant wurde ein gewisser Dmytro Klempuš, ein Bauer, der sich im Ersten Weltkrieg bis zum Unteroffizier hochgedient hatte. Organisationstalent und Aktivität zeichneten ihn aus; seiner Geisteshaltung nach stand er dem Anarchismus der Machnovščyna (19) nahe.

Hervorzuheben ist, daß die Karpato-Ukraine in den dreißiger Jahren sehr stark von Nationalisten aus Galizien unterwandert wurde (20). Ihre nationalistische Propaganda schürte einen Radikalismus, gebärdete sich militant und stand im Gegensatz zu der gemäßigten Führung der Nationalen Verteidigung (21).

Es gibt Hinweise dafür, daß es innerhalb dieser nationalistischen Emigrantenbewegung eine radikale 'militärische Kommandantur' gab, die die Macht gewaltsam an sich reißen wollte und unter anderem die Beteiligung des ehemaligen Obersten Mykola Arkas (22) und die des Hnat Stefaniv an der Nationalen Verteidigung verhinderte.

Weitere politische Bewegungen wurden verzeichnet. So vor allem die starke Abwanderung der Sozialdemokraten zu den gemäßigten Nationalisten. Aus dem deutschen Nationalsozialismus wurden in den ukrainischen Nationalismus Begriffe wie 'Dynamismus', 'Wollen' und 'Aktion' übernommen. Obwohl alles Deutsche in Mode kam, blieb das Französische vorherrschend in Kultur und Sprache.

Wenn auch der deutsche Nationalsozialismus in der Karpato-Ukraine an Einfluß gewann, wurde er doch nie tonangebend (23).

Die ländlichen Gegenden hatten eine agrarisch-rückständige Wirtschaftsstruktur und die Bevölkerung war eher konservativ, so daß nur die Bewohner der größeren Städte von den aktuellen politischen Strömungen erfaßt wurden. Zu diesen größeren Städten zählte auch das im Mittelalter von deutschen Kolonisten gegründete Städtchen Chust, das im Jahre 1938 circa 20.000 Einwohner zählte. Die Innenstadt wurde zu einem Großteil von Juden bewohnt, die magyarisch sprachen bzw. ein jüdisch-ungarisches Gemisch als Umgangssprache benutzten. Die Vorstadt war dagegen von Ukrainern bewohnt. Ihre Sprache wurde erst zur Regierungszeit Vološyns Amtssprache. Bis dahin gebrauchte man das sogenannte jazyčie (24).

Parallel zur politischen Wandlung in der Karpato-Ukraine vollzog sich eine Kehrtwendung in der tschechischen Po-

litik gegenüber dem Ostgebiet der Republik: je stärker die Slowaken zur Selbständigkeit drängten, desto mehr warb die Zentralregierung um die Gunst der Karpato-Ukrainer (25).

Deutlich wurde dies 1938. Über Nacht verschwanden die 'tschechischen Schulen'. An die 20% der tschechischen und 80% der jüdischen Kinder wechselten in ukrainische Schulen über. Die tschechischen Gymnasien in Užhorod und Munkács wurden aufgelöst. Nur im ukrainischen Gymnasium in Chust und im tschechischen Lehrerseminar in Munkacs bestanden noch tschechische Parallelklassen. Doch bald wurde auch das tschechische Lehrerseminar nach Volivec verlegt. Gymnasien gab es auch in Bilky und in Velykyj Byckov. In das Gymnasium von Velykyj Byckov wurden auch die vier Gymnasialklassen der Basilianermönche aus Užhorod eingegliedert. In den ukrainischen Gymnasien lernten inzwischen über dreitausend Schüler. In Svalava und Vel'ky Berezny wurden mit tschechischer Unterstützung zwei zusätzliche Wirtschaftsakademien von den Ukrainern unterhalten.

Die kulturelle und politische Bewußtseinswerdung machte Ende der dreißiger Jahre rasche Fortschritte.

Als man in der Karpato-Ukraine im September 1938 hörte, Deutschland werde sich am Aufbau einer selbständigen Ukraine beteiligen, glaubte man an konkrete Pläne. Die

Reisen und groß aufgemachten Reportagen deutscher, französischer und italienischer Journalisten entfachten eine ungeahnte Euphorie unter den Karpato-Ukrainern.

Am 9. September 1938 sandten der Zentralrat und die Organisation 'Ukrainische Nationale Verteidigung' (UNV) eine zehnköpfige Delegation nach Prag, die das Selbstbestimmungsrecht und die Autonomie für die Karpato-Ukraine fordern sollte. Der ukrainische Zentralrat hatte darüber hinaus gefordert, alle Beziehungen zur Zentralregierung abubrechen, wenn Prag diese Forderungen nicht akzeptierte. Dann wollte man seine Interessen allein zu verwirklichen trachten.

Die am 21. September erfolgte Demarche Englands und Frankreichs an Beneš, in der u.a. ein Einlenken in der Selbstbestimmungsfrage der Ruthenen und Slowaken gefordert wurde, galt als Unterstützung auch der karpato-ukrainischen Forderung. Die kommenden Ereignisse verhinderten jedoch eine Stellungnahme des Staatspräsidenten.

Zunächst trat am 23. September der tschechische Ministerpräsident Hodža zurück, dessen Nachfolger General Syrový wurde. Nach dem Regierungswechsel erklärte Beneš die allgemeine Mobilmachung, derzufolge in England, Frankreich und Belgien Teilmobilmachungen angeordnet wurden.

In der Nacht vom 29. September auf den 30. erfolgte dann

die Unterzeichnung des Münchner Abkommens, das dem Deutschen Reich das von Deutschen bewohnte Sudetenland zusprach. Als Garanten der neuen Grenzen sollten die Unterzeichnerstaaten auftreten.

Als am 1. Oktober 1938 die Wehrmacht die deutsch-tschechoslowakische Grenze überschritt erlebte man den letzten 'Blumenkrieg' und - wie sich später herausstellen sollte - den ersten Schritt zum Weltkrieg zugleich. Am gleichen Tag aber verlangten Slowaken und Karpato-Ukrainer im Prager Parlament die Autonomie für ihre Völker.

Nachdem Staatspräsident Beneš am 5. Oktober zurückgetreten war, wurde eine Regierungsumbildung vorgenommen.

Bis zur Wahl eines Nachfolgers übernahm General Syrový auch das Amt des Staatspräsidenten. Als Außenminister wurde Prof. Krofta von Dr. František Chvalkovský abgelöst. Wichtig war vor allem die Hereinnahme slowakischer und karpato-ukrainischer Vertreter in die Regierung.

Dennoch hatte die Slowakei am 7. Oktober eine eigene Regierung unter Ministerpräsident Tiso aufgestellt.

Obwohl Ungarn im Zusammenhang mit dem Münchner Abkommen seine Revisionsforderungen nicht hatte durchsetzen können, erwies sich die Autonomieforderung der Nationalitäten in der Tschechoslowakei für Ungarn günstig.

Ungarn propagierte eine freiwillige Angliederung der

Slowakei einschließlich der Karpato-Ukraine an das Land der Stephanskrone. Unter diesen Umständen wollte man der Slowakei eine Territorial-Autonomie, der Karpato-Ukraine aufgrund ihres hohen ungarischen Bevölkerungsteils nur eine Nationalitäten-Autonomie zugestehen.

Polen bevorzugte als Lösung für dieses Gebiet die Form des Protektorats (26).

Die ungarischen Angebote blieben wegen der Spannungen mit Jugoslawien vorerst unerfüllte Wünsche. Nach Mitteilung des ungarischen Gesandten in Berlin, Döme Sztójay, hatte Ende September Jugoslawiens Ministerpräsident Stojadinović in Budapest erklären lassen, daß er wegen der Abtretung der von Ungarn bewohnten Teile des tschechoslowakischen Staatsgebietes an Ungarn in Prag vermitteln wolle, wenn Ungarn eine Sicherheitserklärung für Jugoslawien abgeben und mitteilen würde, welche Gebiete der Slowakei Ungarn beanspruche (27). Sollte eine solche Erklärung nicht erfolgen, könne Jugoslawien mit einer Abtretung slowakischen und ruthenischen Gebietes an Ungarn nicht einverstanden sein, da es solches Vorgehen als Gefährdung Jugoslawiens ansehen müsse.

Sztójay meinte, daß es sich nicht um einen Affront gegen Jugoslawien handele, bestätigte aber, daß "Ungarn in der Tat außer Rückgliederung der durch Ungarn bewohnten Gebiete auch eine Verwirklichung des Selbstbestimmungs-

rechts der Slowaken und Ruthenen anstrebe" (28).

In Belgrad war man in erster Linie wegen der ungarischen Ansprüche auf slowakisches Gebiet, weniger hinsichtlich der auf karpato-ukrainisches beunruhigt (29).

In der Slowakei gestaltete sich Anfang Oktober die Lage so, daß schon über die Autonomieforderung hinaus eine klare "Tendenz für völlige Unabhängigkeitserklärung" (30) festzustellen war.

Dem deutschen Gesandten in Budapest, Otto von Erdmannsdorff, erklärte der ungarische Gesandte in Prag, daß man in Budapest als zweckmäßigste Lösung der slowakischen Frage die freiwillige Angliederung der Slowakei einschließlich der Karpato-Ukraine an Ungarn ansehe.

Die Prager Zentralregierung bemühte sich dagegen durch Zugeständnisse im Inneren Herr der politischen Lage zu werden. Mit dem Erlaß Nr. 206 wurde der zweite Gouverneur für die Karpato-Ukraine ernannt, der gleichzeitig die Landesregierung übernehmen sollte. Am 3. Oktober war ein eigenes Ministerium für die Slowakei eingerichtet worden; am 4./5. Oktober wurde für die Karpato-Ukraine Parkányj als Minister ohne Geschäftsbereich in die Regierung aufgenommen.

Diese Entscheidungen waren das Ergebnis der Verhandlungen zwischen der Regierung und der slowakischen und der ukrainischen Delegation seit dem 3. Oktober.

Der ukrainische Zentralrat als Verhandlungspartner hatte seinen Standpunkt kompromißlos vertreten.

Auch am 6. Oktober in Sillein, als die Autonomie der Slowakei mit eigener Regierung und eigenem Parlament proklamiert wurde, forderte die ukrainische Delegation die Territorial-Autonomie für die Karpato-Ukraine.

Die Umbildung der Zentralregierung und die damit verbundene Unsicherheit führte zu Unruhen in der Provinz, bei denen am 7. Oktober der junge ukrainische Nationalist Jurko Kupčuk in Korolev an der Tisa umkam.

Die slowakische Autonomie war zum Zeitpunkt ihrer Gewährung keine Überraschung mehr. Daher konnte der Leiter der Politischen Abteilung in Berlin, Ernst Woermann, schon am 7. Oktober eine "Notiz für den Führer über die slowakische und karpato-ukrainische Frage" vorlegen.

Woermann sah vier theoretische Möglichkeiten der slowakischen Entwicklung: eine selbständige Slowakei, eine autonome innerhalb des tschechoslowakischen Staatsverbandes und eine selbständige Slowakei in Anlehnung an Ungarn oder Polen. Aus wirtschaftlichen Gründen erschien die Lebensfähigkeit einer selbständigen Slowakei zweifelhaft. Dieses schwache Staatsgebilde würde jedoch "dem deutschen Bedürfnis nach Vordringen und Siedlungsraum im Osten am ehesten Vorschub leisten". Sollte also dieser Fall eintreten, so würde man von deutscher Seite aus

diese Entwicklung unter dem Schlagwort 'Selbstbestimmungsrecht' unterstützen. Der derzeitige Zustand der Eingliederung der autonomen Slowakei in den tschechoslowakischen Staatsverband wurde allerdings als günstig angesehen. Entschieden wandte man sich in Berlin gegen eine Anlehnung einer selbständigen Slowakei an Polen: Polen "würde zu großen Machtzuwachs in diesem Raum erhalten" (31). Eine Anlehnung an Ungarn war unwahrscheinlich, da die Slowaken selber jegliche Form eines Anschlusses an Ungarn ablehnten.

In der karpato-ukrainischen Frage wurde hauptsächlich in der Bedeutung eines unabhängigen Staates ein Vorteil für Deutschland gesehen. Hier, so argumentierte man, könnte ein Sammelbecken der Ukrainer aus der Sowjetunion, aus Rumänien und Polen entstehen. Auch hier sollte unter dem Stichwort 'Selbstbestimmungsrecht' die Autonomie für die Ukrainer gefordert werden. Berlin wandte sich gegen einen Anschluß der Karpato-Ukraine an Ungarn oder Polen, da so die unerwünschte ungarisch-polnische Grenze entstehen würde. Da aber eine selbständige Karpato-Ukraine nicht lebensfähig war, rechnete man in Berlin mit der Anlehnung dieses Staates an die Tschechoslowakei oder an die selbständige Slowakei.

Zu gleichen Ergebnissen bei Analyse der Lage war man inzwischen auch im Oberkommando der Wehrmacht - von mili-

tärischen Gesichtspunkten ausgehend - gekommen. So hatte Generaloberst Wilhelm Keitel, Chef des Oberkommandos der Wehrmacht, schon am 5. Oktober eine geheime Stellungnahme an das Auswärtige Amt übermittelt, daß "a u s m i l i t ä r i s c h e n G r ü n d e n eine gemeinsame Grenze Ungarn-Polen unerwünscht sei" (32). Man rechnete damit, daß sich sowohl ein tschechischer als auch ein slowakischer Staat nach Deutschland hin orientieren würde. Dazu wurde betont, daß es ebenso im "deutschen militärischen Interesse" (33) sei, wenn sich die Slowakei nicht vom tschechoslowakischen Verband lossagte, sondern mit der 'Tschechei' unter deutschem Einfluß bliebe. Hitler entschied daher, daß "man sich möglichst wenig einmische" und "sich selber überlassen, werde sich diese Frage sicherlich im richtigen Sinne entwickeln" (34). Der Führer hielt die Anlehnung einer autonomen Slowakei an Prag für die günstigste Entwicklung. Horthy-Ungarn traute Hitler eine Lösung dieser Frage zu seinen Gunsten nicht zu.

Rom sah die Situation anders. Für den Fall, daß Ungarn seine Ansprüche mit Gewalt durchsetzen wollte, versprach Ciano den Ungarn am 5. Oktober hundert Jagdflugzeuge mit Piloten als Unterstützung zu schicken (35).

In der Karpato-Ukraine war der politische Alltag wieder eingelehrt. Unter dem Einfluß der slowakischen Unabhän-

gigkeitsbewegung radikalisierten sich die Beziehungen zwischen Prag und Munkács, das als Hauptstadt der Karpato-Ukraine angesehen wurde.

Am 8. Oktober tagte unter dem Vorsitz von Prälat Vološyn der ukrainische Zentralrat. Anlaß zu dieser großen Sitzung gab die Vorstellung der Kandidatenliste der Landesregierung (36).

Die Liste stellte einen Kompromiß zwischen den Listen der ukrainischen und der russophilen Bewegung dar.

Julian Revay verlas die Liste: Das Amt des Ministerpräsidenten und die Ressorts für Finanzen und Schulwesen sollten Andrij Brodij übertragen werden; dem Innenressort sollte Edmund Bačinskýj vorstehen; Staatssekretär für Justizangelegenheiten sollte Dr. Pješčak werden; als Bevollmächtigter für die Kommission zur Grenzziehung zwischen der Slowakei und der Karpato-Ukraine war Stefan Fenčyk vorgesehen. Ausschließlich den Ukrainern sollten auch bei späteren Regierungsumbildungen die Ressorts für Bahn- und Postwesen, für das jetzt Revay vorgesehen war, und für Soziales und Gesundheit, dem jetzt Vološyn vorstand, vorbehalten bleiben.

Alle Kandidaten mußten von beiden Bewegungen akzeptiert werden. Gemeinsam wollte man dann die Anerkennung ihrer Regierung durch Prag erzwingen.

Prag hatte jedoch keine Einwände und zog kurz darauf

seinen Gouverneur Konstantin Grabar zurück.

Um die übermächtige Position der 'Magyaronen' in der Karpato-Ukraine zu neutralisieren, hatte Prag Johann Parkányj als Minister für die Karpato-Ukraine in die Regierung genommen (4.-14.10.1938), der aber keinen Einfluß mehr gewinnen konnte.

Mit Brodij an der Spitze der Landesregierung hoffte Horthy-Ungarn den 'Anschluß' noch rascher vorantreiben zu können. Brodij hatte seit 1920 offen proungarische Politik betrieben. Er unterhielt eigene Büros und gab verschiedene Broschüren heraus (37).

Daß sich der ukrainische und der ruthenische Rat auf Brodij als Regierungschef geeinigt hatten, lag an der Fehleinschätzung, ihn schnell neutralisieren zu können. Andererseits war diese Wahl ein Zugeständnis an die geschlossenen ungarischen Siedlungsgebiete, die bis an Užhorod, Munkács, Berehovo und bis um Sevluß reichten, und ihre Bewohner.

Brodij aber radikalisierte nun seine Politik. Als Leiter des Schulwesens setzte er Basylij Sulyncak ein, der zwar als Magyare galt, aus Karrieregründen aber häufig das Lager wechselte.

Mit der Nominierung der Landesregierung begann die Reorganisation der Karpato-Ukraine. Auf ihrer konstituierenden Sitzung wurde die designierte Landesregierung

von Minister Parkányj - allerdings unter Vorbehalt - anerkannt. Die Prager Zentralregierung hatte sich eine letzte Entscheidung vorbehalten.

So kam es zu einer einwöchigen telephonischen Verhandlung. Prag wollte Erkundigungen über die Regierungsglieder einziehen, Brodij seinerseits weigerte sich mit seinem Kabinett nach Prag zu kommen, solange die tschechische Bestätigung nicht vorlag.

2. Kapitel: Ostmitteleuropa im Oktober 1938

Der englische Gesandte in Budapest, Sir Geoffrey Knox, übergab am 8. Oktober dem ungarischen Außenminister von Kánya ein Memorandum (38), in dem Ungarn zur Mäßigung seiner Forderungen an die Tschechoslowakei ermahnt und auf die Rolle Englands als Garant der Tschechoslowakei hingewiesen wurde.

Tatsächlich war es in den Verhandlungen zwischen Prag und Budapest zu ernstlichen Differenzen gekommen. Die tschechische Regierung wollte nicht anerkennen, "daß die Gebiete mit magyarischer Mehrheit an Ungarn kommen" (39) sollten.

Der ungarische Gesandte Sztójay benachrichtigte Woermann in Berlin, daß Ungarn mobilisieren werde und dies um so mehr, da tschechische Truppen an der Grenze zusammengezogen würden. Der Leiter der Politischen Abteilung des Auswärtigen Amts hatte nach der Entscheidung des Führers vom 8. Oktober keine Antwort für den Gesandten.

Schon am 9. Oktober wurde im "Rundtelegramm des Staatssekretärs" (40) für die deutschen Botschaften die offizielle Stellungnahme des Reiches zur slowakisch-karpatoukrainischen Frage weitergeleitet. Derzufolge wollte das Reich weiterhin freundschaftliche Beziehungen zu Prag unterhalten, gleichzeitig aber die Autonomie der Slowa-

kei fördern und die ungarischen Wünsche auf benachbartes magyarisches Gebiet unterstützen. In der karpato-ukrainischen Frage sollten die deutschen Stellen Zurückhaltung üben und die ungarisch-polnische Grenze nicht erwähnen.

So hatte Deutschland mehr die Position eines neutralen Beobachters der ungarischen Revisionsversuche und die des stillen Befürworters der 'Selbstbestimmung' in der slowakischen und der karpato-ukrainischen Frage eingenommen.

Ein eigenes Problem war die Stellung Polens zur karpato-ukrainischen Frage und gegenüber Deutschland und Horthy-Ungarn. In der Unterredung im Januar 1938 zwischen Reichsaußenminister von Ribbentrop und seinem polnischen Amtskollegen Beck zeigten sich Grundrisse polnischer Politik. So strebte Polen im Innern eine "gewisse Synthese zwischen Totalität und Liberalismus an" (41). Gegenüber Deutschland hatte man nur zwei Probleme zu lösen: die Minderheitenfrage und Danzig. Zu Horthy-Ungarn unterhielt Polen freundschaftliche Beziehungen und sympathisierte mit den ungarischen Revisionsforderungen.

Im Laufe des Jahres wechselten jedoch Stimmungen und Sympathien. Die Haltung des Reiches in der Ukrainerfrage führte im September in Polen zu einer Verstimmung gegenüber den Deutschen. Der deutsche Botschafter in War-

schau, Hans Adolf von Moltke, meldete im September, daß man alte "Vorwürfe einer konspirativen Verbindung Deutschlands zum Ukrainertum in Polen" (42) wiederaufleben ließ. Nach der letzten Autonomieforderung der Ukrainer hatte man polnischerseits "auch sonstige für Polen unerwünschte Vorgänge in den ukrainischen Ostgebieten auf eine subversive Betätigung gewisser deutscher Kreise zurückgeführt" (43). Das ukrainische Problem in Polen war freilich nicht neu und die Deutschen hatten eigentlich nichts damit zu tun.

Die in Polen lebenden circa sechseinhalb Millionen Ukrainer hatten durch die ukrainische Propaganda aus Deutschland und die Betonung des Selbstbestimmungsrechts im Zusammenhang mit der tschechischen Krise eine außerordentliche Stärkung ihres Selbständigkeitsstreben erfahren. Verstärkend kam noch die Aussicht hinzu, daß in der Karpato-Ukraine ein selbständiger ukrainischer Staat oder zumindest ein autonomes Staatsgebilde im Rahmen der zu einer Unterdrückungspolitik nicht mehr fähigen Tschechoslowakei entstehen könnte. Ukrainische Kreise in Polen sahen die Karpato-Ukraine als ausbaufähiges 'Piemont'. Blutige Tumulte am 15. Oktober in Lemberg waren Ausdruck dieser Hoffnung. Ein Gutsbesitzer erzählte von Moltke in Warschau, daß die Stimmung der Ukrainer so wäre, wie die der Sudetendeutschen nach dem Anschluß an

das Deutsche Reich.

Die amtlichen polnischen Stellen führten tägliche Verhaftungen und Maßnahmen zur Beruhigung der Lage durch, die aber das Gegenteil bewirkten und die Moral der Ukrainer hoben (44).

Das Hochspielen des karpato-ukrainischen Problems in der polnischen Presse hatte zur Folge, daß es schließlich zur Tagesordnung gehörte und auf die Ukrainer im Lande aufklärend wirkte. Das ukrainische 'Erwachen' wurde auch von Außen unterstützt. Von Deutschland aus hatte die ukrainische Bewegung rege Propaganda betrieben und dazu von deutscher Seite die Sender in Wien, Graz und Leipzig zur Verfügung erhalten. In den ukrainischen Sendungen wurde antisowjetische Propaganda betrieben, das Stalin-system verteufelt und natürlich die ukrainische Frage in Polen angeschnitten, was Warschau erzürnte.

Von der karpato-ukrainischen Frage ausgehend war in Polen die weit komplexere Frage nach dem Ukrainertum überhaupt entfacht worden.

Die Bedeutung dieses Problems für Polen geht auch aus den Aufzeichnungen von Moltkes hervor. Es war ja kein Wunder, daß Polen in allen Fragen "die mit der Ukraine zusammenhängen, besonders empfindlich ist, und daß gerade in letzter Zeit in der Presse immer wieder Deutschland mit den Selbständigkeitsbestrebungen der hiesigen

Ukrainer im Zusammenhang gebracht wird" (45).

Verständlich, daß Polen nun an einer schnellen Einigung mit Ungarn interessiert war. In den ersten Oktobertagen reiste Graf Csáky, Kabinetttchef des ungarischen Außenministeriums, zu einem kurzen Besuch nach Warschau. Zweimal konferierte er mit Außenminister Beck über die "polnisch-ungarische Zusammenarbeit bei der Durchsetzung der Gebietsansprüche Ungarns gegenüber der Tschechoslowakei" (46). Diese Ansprüche rechtlich zu begründen war jedoch schwierig, da auf der "Münchener Konferenz weder von Ansprüchen Ungarns auf das Gesamtgebiet Karpathorußlands noch von der Ausübung des Rechts der Selbstbestimmung durch die karpatorussische Bevölkerung die Rede gewesen ist" (47). Man hoffte daher durch die Angliederung der ungarischen Gebiete der Karpato-Ukraine an Ungarn das karpato-ukrainische Restgebiet so von der Slowakei abzuriegeln, daß dadurch die erstrebte Lösung auf mittelbarem Weg erreicht würde.

Polen hatte ein militärisches und politisches Interesse an einer gemeinsamen Grenze mit Ungarn. Eine Achse Warschau-Budapest hätte nicht nur einen 'Schutzdamm gegen den Osten' sondern auch gegen das Deutsche Reich bedeutet. Den ungarischen Wünschen gegenüber zeigte sich Polen allerdings reservierter, als Ungarn erwartet hatte. Polen nahm hier Rücksicht auf seinen rumänischen Bundes-

genossen, der die Achse als gegen sich gerichtet ansah. Die Oktoberkampagne in der polnischen Presse für eine Angliederung der Karpato-Ukraine an Ungarn entsprach dem Standpunkt der Regierung. Diese sah in der Karpato-Ukraine einen Brückenkopf der Sowjetunion, einen sowjetischen Flugzeugstützpunkt und eine kommunistische Propaganda-stelle. Durch den Anschluß an Ungarn würde dieses 'Nest' ausgeräuchert werden. Die kleinste geforderte Lösung sah den Anschluß des ethnisch ungarischen Südrandes an das Mutterland vor. Das verbliebene Restgebiet wäre dann wirtschaftlich nicht lebensfähig und würde in den Randstaaten aufgehen.

Die Bevölkerung der Karpato-Ukraine beurteilte man geringschätzig. In ihrer "Masse viel zu unentwickelt, um in einer Volksabstimmung selber über ihre zukünftige Staatszugehörigkeit zu entscheiden" (48), wollte man ihr lieber eine Entscheidung aufzwingen.

Was die weniger wichtige Frage nach der Slowakei anging, so hatte Ungarn die Hoffnung auf eine Angliederung aufgegeben, während Polen mit einer sich an Polen anlehnen- den selbständigen Slowakei rechnete.

Die Slowakei war inzwischen autonom geworden und die Karpato-Ukraine befand sich auf dem gleichen Weg.

Am 9. Oktober verließ Parkányi Munkács und flog zu Verhandlungen mit den Ungarn nach Komorn.

Unterdessen waren in der Karpato-Ukraine die ersten ungarischen Divisionsabteilungen erschienen.

Die UNV forderte nach einer Sitzung in Munkács nochmals die Anerkennung der Landesregierung durch Prag und protestierte gleichzeitig gegen die ungarisch-polnischen Pläne mit der Karpato-Ukraine. Insgeheim sandte die UNV Ivan Rohač als Delegat nach Wien, wo sich seit dem 24. September eine ukrainische Vertretung unter Julian Chymynec aufhielt. Diese Vertretung, die im Wiener Hotel 'Kummer' ihren Sitz hatte, sollte im Ausland für die ukrainische Sache werben. Am 10. Oktober stieß Rohač zu dieser Gruppe.

In Wien hielten sich zu jener Zeit auch der Direktor der ukrainischen Presseagentur New York, Evhen Skočko, und die beiden Mitglieder des 'Komitee zur Vereinigung des Zakarpattja' in Amerika, Jurij Haboda und Prof. Mykola Ben'o. Mit diesen arbeitete der als Mitarbeiter von Stefan Davydovyč in London weilende Delegat der 'Vereinigung Ukrainischer Organisationen in Amerika', Dr. Luka Myšuha, zusammen.

Anfang Oktober hatte Chymynec erste Kontakte zu deutschen Regierungskreisen aufgenommen und ihnen die Lage der Karpato-Ukraine geschildert. Die deutsche Seite verwies darauf, daß es sich um eine Angelegenheit nur zwischen Horthy-Ungarn und der Tschecho-Slowakei handelte.

Am 9. Oktober verschickte auch die Wiener ukrainische Gruppe ein Telegramm an die englische, französische, italienische, deutsche und tschechoslowakische Vertretung, in dem man darauf aufmerksam machte, daß Prag das Selbstbestimmungsrecht der Ukrainer nicht anerkenne. Man protestierte gegen die beabsichtigte ungarische Besetzung und forderte die Entsendung internationaler Truppen, unter deren Schutz die Bevölkerung der Karpato-Ukraine eine freie Entscheidung über ihre Zukunft treffen könne.

Am folgenden Tag übermittelte sie ein weiteres Telegramm den Garanten des Münchner Abkommens: Sollte die magyarsche Besetzung wirklich durchgeführt werden, werde man von ukrainischer Seite mit allen Mitteln - auch dem des militärischen Widerstandes - dies zu verhindern suchen. Wiederholt wurde die Entsendung neutraler Truppen zur Aufrechterhaltung der Ordnung verlangt. Auch wurde die Erlaubnis zur Aufstellung einer ukrainischen Legion erbeten.

Vom 9. auf den 10. Oktober hatte General Syrový den für die Karpato-Ukraine eingesetzten Gouverneur Grabar zur Demission gezwungen und Parkányj zu dessen Nachfolger ernannt. Gleichzeitig lud er die neue Landesregierung unter Brodij nach Prag ein.

Am gleichen Tag, am 10. Oktober, kamen in Warschau der

ungarische Militärattaché Lengyel und der polnische Generalstabschef Stachiewicz zusammen (49).

Besprochen wurden Einzelheiten der schon beim Besuch Csákys vereinbarten Untergrundaktionen der Ungarn und Polen in der Karpato-Ukraine. Stachiewicz betrachtete die von Norden her durchzuführenden Aktionen als polnische Aufgabe. Es sollten nur Freiwilligenverbände zum Einsatz gelangen; nach Munkács und Užhorod wollte man ein polnisches Freicorps senden. Lengyel hatte allerdings den Eindruck, daß es sich um aktive Soldaten in Zivil unter der Führung von Offizieren handelte.

Außerdem sollten 'Freiwillige' zur Durchführung von Sprengungen und anderen Terroraktionen in die Karpato-Ukraine eingeschleust werden. Die polnischen Aktionen sollten jedoch erst nach denen der Ungarn gestartet werden. Zur genauen Abstimmung aller Vorhaben wurde ein täglicher Informationsaustausch zwischen den Generalstäben vereinbart.

Diese Gespräche galten als geheime militärische Verhandlungen, über die nur die Abteilung VI.5 des Honvédministeriums unterrichtet werden sollte.

Ebenfalls noch am 10. Oktober flog die Regierung Brodij nach Prag. Abends verkündete Radio Prag, daß die Tschechoslowakei eine Föderation dreier Völker, der Tschechen, der Slowaken und der Ukrainer sei, was nicht ganz

den Tatsachen entsprach, da die Regierung Brodijs noch immer nicht anerkannt war.

Der gemeinsame ukrainische Rat in Munkács forderte am 11. Oktober den Vize-Gouverneur Meznik auf, Prag um die Anerkennung der dort weilenden ukrainischen Regierung anzugehen. Seiner Regierung befahl der Zentralrat telegraphisch die sofortige Rückkehr, wenn die Anerkennung nicht bis 14 Uhr erfolgt wäre.

In der Karpato-Ukraine verstärkte sich inzwischen die ungarische Untergrundtätigkeit: Brücken wurden gesprengt, die Bevölkerung terrorisiert. Die Gegend um Berehovo und Sevluš wurde zum Notstandsgebiet erklärt.

Um 20 Uhr bestätigte der Rundfunk die Anerkennung der karpato-ukrainischen Regierung durch Prag. Ministerpräsident Syrový hatte als amtierender Staatspräsident die Regierung für die Karpato-Ukraine 'nominiert' und bestätigt: Brodij als Ministerpräsident, Revay und Bačinskýj als Minister, Vološyn und Pješčak als Staatssekretäre und Fenčyk als Minister ohne Geschäftsbereich.

Unter großen Sympathiebekundungen der Prager Zentralregierung kehrte die karpato-ukrainische Landesregierung am 12. Oktober nach Munkács zurück.

Der ungarische Ministerpräsident Béla Imrédy, der noch keine Kenntnis von der Entscheidung Hitlers vom 8. Oktober und dem deutschen Runderlaß vom 9. Oktober hatte,

ließ den deutschen Gesandten in Budapest, von Erdmannsdorff, am 13. Oktober wissen, daß man betreffs der ungarisch-polnischen Grenze erneut mit Deutschland konferieren wolle. Ungarn zeigte sich daher sehr verwundert über den neuen deutschen Standpunkt.

Von Erdmannsdorff registrierte auch eine Nachgiebigkeit Ungarns in dieser Frage (50), die freilich andere Gründe hatte. Die ungarischen Verhandlungen mit der Tschechoslowakei über die Abtretung der 'magyarischen' Gebiete waren ins Stocken geraten. Budapest hatte die Vorschläge Prags als unbefriedigend abgelehnt.

Ungarn beabsichtigte nun eine Mobilmachung innerhalb von 24 Stunden zu veranlassen, was auf eine Verdoppelung der Honvédstärke hinauslief. Diese Maßnahme, so versicherte der Kabinettschef im Außenministerium Graf István Csáky, sei nicht als Kriegserklärung gedacht, entspräche vielmehr den Erfordernissen der Zeit. Die Honvéd würde aber nur marschieren, wenn Deutschland und Italien dem Vorgehen Ungarns zustimmten (51).

Da von Erdmannsdorff auf dem deutschen Standpunkt beharrte, entschied sich der ungarische Ministerrat am 14. Oktober, von einer offiziellen Mobilisierung abzusehen, statt dessen aber doch wenigstens fünf Jahrgänge einzuberufen (52).

War Berlin nicht umzustimmen, versuchte man sein Glück

in Rom. Noch am 14. Oktober flog Csáky nach Rom, um dem Duce die Nöte Ungarns vorzutragen: Prag und Budapest sahen keinen Verhandlungsspielraum mehr, so daß die Verhandlungen ruhten. Ungarn rüste auf, da in der Tschecho-Slowakei keine Demobilisierung sondern eine Truppenkonzentrierung an der ungarischen Grenze erfolgt sei. Budapest wolle weiterhin den Großmächten und seinen Nachbarn über sein Vorgehen berichten.

Graf Csáky bat Mussolini, sich bei den Großmächten um eine Konferenz im Anschluß an München zu verwenden (53). Mussolini zeigte sich den ungarischen Wünschen geneigt und wünschte eine solche Konferenz schon für die folgende Woche einzuberufen.

Zur gleichen Zeit führte der ehemalige ungarische Ministerpräsident Darányi im Münchner 'Führerbau' ein Gespräch mit Hitler, von Ribbentrop, General Keitel und dem Gesandten von Erdmannsdorff. Darányi vertrat gegenüber Hitler das gleiche Konzept wie Csáky gegenüber Mussolini. Einleitend informierte er den 'Führer' darüber, daß die Verhandlungen der Ungarn mit der Tschecho-Slowakei deshalb ruhten, weil Prag nur einen Bruchteil der von Ungarn bewohnten Gebiete abzutreten bereit sei (54). Da die Verhandlungen von der Tschecho-Slowakei mit der Drohung, sich notfalls mit Waffengewalt zu verteidigen, begleitet wurden, habe es Ungarn ratsam erschienen,

"fünf Altersstufen einzuberufen und eine allgemeine Mobilisierung sei für morgen (15.10) vorgesehen" (55). Hitlers Antwort waren Vorhaltungen. Schon früher hätte er den Ungarn signalisiert, daß er im Oktober gegen die Tschecho-Slowakei vorgehen werde, was die Polen genützt hätten, um sich des Olsa-Gebietes zu bemächtigen. "Herr Kánya habe aber nichts als Bedenken geäußert" (56). Außerdem glaube er den Ungarn nicht mehr so recht, die ihm versichert hätten, "die Slowaken und Ruthenen wollten unbedingt zu Ungarn. Doch scheine dies heute ganz und gar nicht der Fall zu sein" (57). Dennoch lenkte Hitler insoweit ein, daß er versprach, auf jeder internationalen Konferenz die ungarischen Interessen zu verteidigen, obwohl seiner Meinung nach der günstigste Zeitpunkt für einen Anschluß verpaßt worden sei. Hitler machte sogar einen anderen Lösungsvorschlag und fragte, ob es nicht möglich sei, daß "Ungarn einen Teil besetze und den Rest durch Abstimmung zurückgewinne" (58). Von Ribbentrop warnte Darányi jedoch davor, den Anschluß nur durch eine Abstimmung erreichen zu wollen, da weder die Slowaken noch die Karpato-Ukrainer zu Ungarn wollten. Der deutsche Vorschlag lief darauf hinaus, sich notfalls mit den Slowaken zu einigen, die rein ungarischen Gebiete zu besetzen und über das Restgebiet abstimmen zu

lassen.

Darányi spürte das ihm entgegengebrachte Mißtrauen, das sich auch nicht legte, als er eine Erklärung der ungarischen Regierung, sich der Achse zu nähern, anbot.

Was das Verhandlungsklima belastete - ohne ausgesprochen zu werden - waren die ungarischen Beziehungen zu Polen. Hitler schnitt dieses Thema nur einmal an: selbst wenn Deutschland mit Polen und Ungarn einen großen Block formen würde, sei dies nichts Endgültiges, da Grenzverschiebungen immer noch möglich seien. Das war ein deutlicher Wink, auf den Darányi nicht einging.

Schon gegen Ende des Gesprächs fragte Darányi Hitler, was er von der ungarischen Mobilisierung halte. Nichts, meinte Hitler; "Es sei denn, die Ungarn seien wirklich entschlossen zu kämpfen" (59).

So blieben die ungarischen Vorstöße in Rom und Berlin nur Klärungsgespräche.

Am gleichen Abend trafen Darányi und von Ribbentrop in München nochmals zusammen (60). Darányi legte dem Reichsaußenminister ein mit Imrédy telephonisch abgestimmtes Konzept vor, demzufolge Ungarn nur einen Südstreifen der Slowakei forderte, wobei die Zugehörigkeit Preßburgs vorläufig offen bleiben sollte. In dem Gebiet südlich von Neutra, das als slowakische Enklave angesehen wurde, sollte eine Abstimmung erfolgen; Kaschau da-

gegen sollte ungarisch werden.

In einem anschließenden Gespräch mit dem tschecho-slowakischen Außenminister Chvalkovský erklärte von Ribbentrop, der "Neuaufbau des tschechoslowakischen Staates könne nur dann erfolgreich sein, wenn die Grenzen mit denen des Volkstums übereinstimmten und nicht nach strategischen, wirtschaftlichen und volkspolitischen Gesichtspunkten gezogen würden" (61). Nach dieser Einleitung zeigte er dem Tschechen auf einer Karte die von Ungarn geforderten Gebiete.

Chvalkovský mochte sich in diesem Gespräch nicht festlegen. Für ihn befand sich die ganze Angelegenheit noch im Verhandlungsstadium. Außerdem müsse Ungarn mit den Slowaken verhandeln, bei denen die Zentralregierung wenig Sympathien besitze. Dennoch werde Prag alles versuchen und den Reichsaußenminister dann informieren.

Von Wien aus verschickte die ukrainische Vertretung am 15. Oktober ein 'Memorial' über die Selbstbestimmungsfrage der Karpato-Ukrainer an alle führenden Persönlichkeiten des Reiches. Darin wurden alle geschichtlichen und rechtlich-ethnographischen Begründungen aufgezählt und - dem Selbstbestimmungsrecht folgend - die Selbständigkeit der Karpato-Ukraine und eine internationale Garantie ihrer Grenzen gefordert. Von Ribbentrop erhielt das 'Memorial' unmittelbar vor seiner Abreise nach Rom.

In der Hauptstadt Galiziens kam es am 15. Oktober zu blutig endenden Demonstrationen, die in Užhorod, Byckiv, Rachov, Jasin, Volové und Chust Wiederhall fanden. Die Demonstranten hatten vor allem die Bewaffnung der UNV gefordert.

Die wachsende Problematik der karpato-ukrainischen Frage nicht nur in der Tschecho-Slowakei führte dazu, daß sich die polnische Regierung veranlaßt sah, gegen die ukrainische Propaganda vom Boden des Deutschen Reiches aus zu protestieren. Der polnische Vize-Minister Graf Szemberg überreichte dem deutschen Botschafter in Warschau die Protestnote noch am Tag der Unruhen. In ihr hieß es, die Propaganda ginge von Leuten aus, die dem ermordeten Evhen Konovalc (62) naheständen. Der Protest richte sich an Deutschland, da das Reich nichts gegen diese Propaganda unternehme.

Man wandte sich besonders gegen den Wiener Sender, der eine selbständige Ukraine unter Einschluß polnischer Gebiete forderte. Graf Szemberg kündigte an, daß auch der polnische Botschafter in Berlin, Lipski, bei den deutschen Stellen vorsprechen werde.

Am 17. Oktober bestätigte Unterstaatssekretär Woermann gegenüber Konsul von Druffel in Budapest: Der "amtliche deutsche Kurs ist zurzeit nach wie vor Slowakei und Karpatho-Ukraine mit starker Autonomie und Anlehnung an

Prag" (63) zu unterstützen. Das Reich traute den Ungarn also eine Lösung der ungarisch-tschechischen Probleme nicht zu.

Unter diesen Umständen konferierten auch von Ribbentrop und Ciano. Nach Unterrichtung über dieses Gespräch ließ der Duce seine Vorstellung einer internationalen Konferenz fallen und empfahl Horthy, neue Wege der Verständigung mit der Tschecho-Slowakei zu suchen (64).

So meldete Sztójay am 17. Oktober Woermann, daß Prag und Budapest die Verhandlungen wieder aufgenommen hatten. Ungarn forderte die Tschechen auf, neue Vorschläge zu unterbreiten, die Horthy annehmen bzw. den Großmächten zur Arbitrage vorlegen könne. Der ungarische Gesandte in Berlin betonte, daß sich die militärische Lage dennoch verschärft und Ungarn weitere sechs Jahrgänge eingezogen hätte. Dies kam nun doch einer Vollmobilisierung gleich (65). In der Anlage, die Sztójay Woermann übergab, wurde im wesentlichen das bisher Besprochene schriftlich fixiert (66). Der ungarische Ministerpräsident wollte nicht über die Ausdehnung der abzutretenden Gebiete verhandeln, sondern über die rasche Lösung der Selbstbestimmungsfrage, da man bald eine Drangsalierung der ungarischen Bevölkerung in den slowakischen Gebieten befürchtete. Sollte aber Prag wiederum unbefriedigende Vorschläge unterbreiten, sollten Deutschland und Italien

intervenieren und als Schiedsrichter fungieren. Woermann beurteilte diesen ungarischen Vorschlag nur als eine neue Taktik.

Nach einer neuerlichen Regierungsumbildung am 4. Oktober hatte auch der neue tschecho-slowakische Außenminister Chvalkovský den 'Führer' als Vermittler zu gewinnen getrachtet und eine Wende des politischen Kurses um 180 Grad versprochen. Man wollte sich in Prag jetzt ganz nach Deutschland hin orientieren.

Chvalkovský machte deutlich, daß Prag seit dem Bestehen einer slowakischen Regierung dort keinen Einfluß mehr habe, Ungarn aber weiterhin seine Forderungen nur an Prag richte. So fordere Ungarn beispielsweise Preßburg, das als neue Hauptstadt des slowakischen Staates galt. Ginge man hier nach dem Selbstbestimmungsrecht der Nationalitäten vor, so würde wohl keine Bevölkerungsgruppe eine Mehrheit erringen, meinte Chvalkovský.

Ebenfalls am 17. Oktober wandte sich die slowakische an die deutsche Regierung. Ministerpräsident Tiso, Justizminister Durčanský und der karpato-ukrainische Innenminister Bačinský baten vor Übergabe ihrer Vorschläge an die ungarische Regierung um Rücksprache mit dem Reichsaußenministerium. Chvalkovský unterstützte bei den deutschen Stellen das Begehren der slowakischen Regierung (67), die sich Hilfe der Reichsregierung als Ver-

mittlerin erhoffte.

Am 16. oder 17. Oktober wurde Durčanský zu einer geheimen Sitzung von Feldmarschall Hermann Göring empfangen. Zunächst bekundete Durčanský seine Sympathie für den 'Führer' und erklärte dann, daß die Slowakei keinen Anschluß an Ungarn wünsche, sondern die Selbständigkeit mit politischer, wirtschaftlicher und militärischer Anlehnung an Deutschland suche. Auch der erste slowakische Landtag habe schon die Ausrufung einer selbständigen Slowakei erwogen und eine Mehrheit habe sich für die Loslösung von Prag ausgesprochen. Schließlich betonte er noch, daß Preßburg unbedingt slowakisch bleiben müsse (68).

Göring gewann durch diese Unterredung die Überzeugung, daß man die Selbständigkeitsbestrebungen der Slowaken in geeigneter Weise unterstützen müsse, da eine 'Tschechei' ohne Slowakei den deutschen Interessen restlos unterworfen sei. Außerdem könne eine Flughafenbasis in der Slowakei für den Einsatz der deutschen Luftwaffe im Osten von Bedeutung sein.

Von Ribbentrop fragte am 18. Oktober in Prag nach, wie man zu der am 14. Oktober mit Darányi ausgehandelten Position stünde. Derzufolge sollte Preßburg außerhalb des von Ungarn geforderten Gebietes liegen, während Kaschau noch als Verhandlungsproblem angesehen wurde (69).

Die Tschechen ihrerseits forderten Verhandlungen über Munkács und Užhorod, erklärten sich aber bereit, auf dieser Basis zu verhandeln. Chvalkovský sicherte von Ribbentrop zu, den Slowaken diesen Plan zu unterbreiten. In München empfing von Ribbentrop am 19. Oktober Tiso und Durčanský; später wurde Bačinskýj hinzugezogen (70). Tiso leitete seine Rede mit einem Dankeswort an den Führer ein, kam dann aber schnell zum eigentlichen Problem. So meinte der Ministerpräsident, daß der Plan von Darányi auch "die wirtschaftlichen und verkehrstechnischen Gründe" (71) berücksichtigen müsse.

Die Slowaken wollten mit den Ungarn verhandeln und schlugen als Verhandlungsort Wien vor. Was Preßburg anging, so forderte man den Verzicht Ungarns, da die Hauptstadt für die Slowakei eine Lebensfrage bedeutete. Von Ribbentrop beschwichtigte, daß man beiden Seiten gerecht werden wollte, im übrigen aber noch nichts definitiv entschieden war.

Kaschau stellte deshalb ein Problem dar, weil es nicht nur eine slowakische Metropole, sondern auch der wichtigste Eisenbahnknotenpunkt war. Ein Verlust Kaschaus bedeutete die Trennung der Ostslowakei von der Ukraine. Von einer Abstimmung hielt die slowakische Regierung an sich nichts, da die ungarischen Statistiken von 1910 ausgingen und die zwanzig Jahre danach nicht berück-

sichtigten.

Von Ribbentrop wollte sich für den Verbleib Kaschus in der Slowakei einsetzen; "Voraussetzung sei die Besetzung des von Ungarn akzeptierten Gebietes innerhalb drei Tagen" (72). Der Reichsaußenminister drängte zur Annahme des Verhandlungsergebnisses.

Nachdem die Slowaken gegangen waren sprach von Ribbentrop noch mit Bačinskýj, dem er versicherte: "Was rein ruthenisch sei, müsse ruthenisch bleiben. Das werde er auch den Ungarn mitteilen" (73). Bačinskýj meinte, daß es, falls die Gebiete entsprechend der Darányi-Linie an Ungarn abgetreten würden, für die Karpatho-Ukraine lebensnotwendig sei, Munkács und die Eisenbahnlinie zu erhalten. Im Verhältnis zu Prag steuere man auf ein "autonomes Karpatho-Rußland unter Prag. Er (Bačinskýj) wolle dasselbe, was auch die Slowaken wollten, und auf dieser Basis seien auch Verhandlungen mit der Slowakei geführt worden. Die genaue Grenze zwischen Karpathorußland und der Slowakei sei noch nicht festgelegt" (74).

Nun wartete von Ribbentrop auf Antwort aus Budapest.

Von Erdmannsdorff, der zu den Gesprächen in München hinzugezogen worden war, kehrte nach Budapest zurück.

Für Polen war die Mitte Oktober hochgepeitschte Frage des Ukrainertums nicht nur ein innenpolitisches Problem. In Warschau entzündeten sich an der 'Großukraine-Frage'

die deutsch-polnischen Gegensätze. Von Moltke, der deutsche Gesandte in Warschau, schien über die deutsche Politik in dieser Angelegenheit nicht genügend informiert (75). In einer Beschwerde an den Legationsrat Schliep meinte von Moltke, daß es ihn interessieren würde zu erfahren, "wie die Dinge eigentlich liegen. Machen wir eine großzügige ukrainische Politik, bei der wir gegebenenfalls sogar über die polnischen Interessen hinwegzusehen bereit sind, so muß man sich damit abfinden"; andernfalls sollte man es unterlassen "an den Lebensnerv des polnischen Staates zu rühren, und zwar an seiner kitzligsten Stelle" (76).

Die Angliederung der Karpato-Ukraine an Ungarn oder an Polen wurde von den Ukrainern in Polen als Vernichtung des Ukrainertums in der Tschecho-Slowakei gewertet. Wegen der beabsichtigten Grenzbildung mit Ungarn mußte Polen seinen rumänischen Bundesgenossen wenigstens benachrichtigen. Bukarest sah sich durch die Achse Warschau-Budapest isoliert und der Sowjetunion ausgeliefert. Zur Klärung all dieser Probleme begab sich völlig überraschend am 19. Oktober Außenminister Beck zu König Carol nach Bukarest. Aus politischen Kreisen Warschaws wurde "bestätigt, daß bei der politischen Aussprache mit König Carol die Lösung der karpato-ukrainischen Frage im Vordergrund stehen wird" (77).

Von Anfang an hatte man in Warschau den ungarischen Wünschen größte moralische Unterstützung gewährt; zur Oktobermitte hin wurde die Schaffung einer gemeinsamen Grenze mit Ungarn "in polnischen Kreisen als eine der Lebensfragen der Außenpolitik Polens betrachtet" (78).

Ziel war nicht nur eine Abriegelung gegen die bolschewistische Sowjetunion, sondern auch die Rückgewinnung der polnischen Machtstellung.

Eine Verständigung mit Rumänien war erst intensiviert worden, nachdem es in der Tschecho-Slowakei zu einer Regierungsumbildung gekommen war. Polen hatte bisher auf den Zerfall der Tschecho-Slowakei gesetzt und eine selbständige Slowakei erhofft, die sich an Polen oder Ungarn anlehnen würde.

Die daher nicht überraschende, doch entschiedene Anlehnung Rumäniens an Deutschland ließ in Polen Stimmen laut werden, die einen deutschen Einfluß bis nach Rumänien fürchteten. Man hielt dann auch ein unmittelbares Eingreifen Deutschlands in innerpolnische Probleme gegenüber den galizischen Ukrainern und in der karpato-ukrainischen Angelegenheit für möglich. Eine selbständige Karpato-Ukraine würde die angestrebte Verbindung Polens mit Ungarn verhindern.

Doch am 22. Oktober kehrte Beck sehr enttäuscht aus Bukarest zurück (79). König Carol hatte zwar Verständnis

für den polnischen Standpunkt gezeigt, aber auch entschieden erklärt, daß Rumänien diesen Standpunkt nicht teilen könne. Rumänien lehnte eine Gebietsvergrößerung Ungarns ab, und war gegen eine Abschnürung Rumäniens von der Tschecho-Slowakei. Beck schlug vor, daß Rumänien bei einer eventuellen Neuordnung den östlichen Gebietsstreifen der Karpatho-Ukraine mit der von Kolomyja nach Rumänien führenden Bahnlinie erhalten solle.

Es blieb bei dem Vorschlag, denn Beck konnte ein solches Vorgehen wohl nicht definitiv entscheiden. Nach seiner Rückkehr war er entschiedener denn je, "die gemeinsame Grenze mit Ungarn unter allen Umständen, nötigenfalls mit Gewalt durchzusetzen" (80).

Polen versuchte auch den Kontakt zu den deutschen Stellen nicht zu verlieren, da man wußte, daß Deutschland in der karpatho-ukrainischen Frage ein gewichtiges Wort mitreden wollte. Botschafter Lipski sprach am 22. Oktober bei Woermann vor und erklärte, daß Polen "für eine autonome Karpatho-Ukraine an Ungarn eintrete" (81). In der slowakischen Frage war Warschau mit Berlin einer Meinung: hier mußten von ungarischer Seite Abstriche vorgenommen werden. Im übrigen hielt Woermann an der offiziellen deutschen Linie, die das Selbstbestimmungsrecht der Ukrainer respektierte, fest.

Diese Unterredung war wohl das entscheidende Sondie-

zungsgespräch vor der Zusammenkunft zwischen von Ribbentrop und Lipski am 24. Oktober in Berchtesgaden.

Durch ein Telefongespräch Berlin-Rom am 20. Oktober wurde die Position der Achse in Übereinstimmung gebracht. Da Mussolini Rom verlassen hatte, sprachen von Ribbentrop und Ciano miteinander. Beide Außenminister waren sich in der Beurteilung der slowakischen und karpato-ukrainischen Frage einig: die Achse würde die Darányi-Linie als Einigungsgrundlage vertreten. Ohne weitere definitive Vereinbarung wurde das Telefonat beendet (82). Kaum aus München zurückgekehrt, traf von Erdmannsdorff in Budapest mit dem ungarischen Außenminister von Kánya zusammen. Der deutsche Botschafter eröffnete seinem ungarischen Gesprächspartner, daß die tschecho-slowakische Regierung und die slowakischen und ukrainischen Minister die vorgeschlagene sogenannte Darányi-Linie akzeptiert hätten (83).

Der Vereinbarung zufolge sollte Ungarn die Gebiete bis zum 26. Oktober besetzt haben. Laut Zustimmung Darányis sollten Preßburg, Neutra, Kaschau, Užhorod und Munkács nicht dazu gehören. Deutschland und Italien legten Ungarn die Akzeptierung dieser Grenze nahe.

Von Kánya war sich sicher, daß die ungarische Regierung diese Grenzziehung niemals akzeptieren werde, und wenn sie mit Zustimmung Darányis erfolgt sei, so beruhe sie

auf einem Irrtum Darányis (84). Man könne weder auf eine Volksabstimmung in den Randgebieten noch auf die genannten Städte verzichten.

Sollte Ungarn den genannten Vorschlag ablehnen, sehe das Deutsche Reich keine Vermittlungsmöglichkeit mehr, antwortete von Erdmannsdorff.

Tatsächlich reagierte Budapest mit Bestürzung auf den unterbreiteten Vorschlag. Reichsverweser Horthy erklärte, daß ein Verzicht auf Kaschau, Užhorod und Munkács nicht in Frage käme. Man sei zwar zu wirtschaftlichem Entgegenkommen bereit, könne aber auf die erwähnten Städte nicht verzichten. Im extremen Falle erwäge man einen Appell an die Achsenmächte (85).

Am Morgen des 21. Oktober wurde Sztójay bei Woermann vorstellig: die ungarische Regierung sehe keinen anderen Ausweg, als einen Appell an die Achsenmächte als Schiedsgericht zu richten (86). Auf den Einwand Woermanns, der Plan sei von Darányi und Imrédy ausgearbeitet worden, ging Sztójay nicht ein. Für die ungarische Regierung gehe es um Kaschau, Užhorod und Munkács, betonte der Gesandte.

Bezüglich Preßburg und Umgebung und der Gebiete um Neutra und Kaschau zeigte sich die ungarische Regierung nun doch konzessionsbereit. Nur wollte sie jetzt wegen der 'untragbaren Lage' in den Grenzgebieten nicht mehr mit

der Tschecho-Slowakei darüber verhandeln, sondern forderte die Achsenmächte auf, eine schiedsrichterliche Funktion zu übernehmen.

Die Ungarn hatten sich auch gegenüber der Slowakei alle 'Türen' offengehalten. Von Erdmannsdorff meldete, daß man in Preßburg auf neue ungarische Vorschläge warte. Weiter konnte der deutsche Gesandte erfahren, daß Mussolini sich bereit erklärt hatte, die Schiedsrichterrolle zu übernehmen. Frankreich und England wollten dagegen in diese Sache nicht hineingezogen werden, während die Ungarn ihrerseits die Polen zur Grenzziehung von Kaschau hinzuziehen wollten (87). Staatssekretär Woermann riet von Erdmannsdorff, nur in dieser Grenzziehungssache Stellung zu beziehen, alles andere aber weiterhin offenzulassen (88).

Die konziliantere Haltung Deutschlands gegenüber Budapest ging sicher auch auf eine interne Entscheidung Hitlers zurück: am 21. Oktober gab der "Führer und Oberster Befehlshaber" an Heer und Luftwaffe die Befehle zur "Erledigung der Rest-Tschechei" (89) aus.

Das Reich war bemüht, auch gegenüber Polen eine Klima-verbesserung zu erreichen. In einem am 22. Oktober abgesandten Erlaß wurde Hans Adolf von Moltke ermächtigt zu erklären, daß man die ukrainische Propaganda unterbinden und den Wiener Sender genauer kontrollieren werde.

Dieser Erlaß ging auch als Rundschreiben an das Propagandaministerium, das OKW (Abteilung Abwehr), an die Geheime Staatspolizei, an den Stellvertreter des Führers und an das Außenpolitische Amt der NSDAP. Er enthielt die Anweisung alles zu vermeiden, was den Eindruck der Zusammenarbeit zwischen amtlichen deutschen Stellen und der Jary-Gruppe (90) oder anderen nationalen ukrainischen Bewegungen machte. Auch wurde betont, die ukrainische Angelegenheit im Hinblick auf die deutsch-polnischen Beziehungen äußerst vorsichtig zu behandeln.

Am gleichen Tag klärte sich auch ein Irrtum zwischen den Deutschen und den Ungarn auf: die Darányi-Linie war tatsächlich falsch. Beide Parteien hatten die abzutretenden Gebiete auf ihren Karten mit unterschiedlichen Farben markiert. Nach der Korrektur war klar, daß Užhorod und Munkács an die Ungarn abgetreten werden sollten (91). Von Erdmannsdorff war der Meinung, daß man über diesen Punkt noch verhandeln könnte. Bei entsprechendem Druck würden die Ungarn auf Užhorod und Munkács wohl verzichten, nie jedoch auf Kaschau.

Erstmals wurde am 23. Oktober in der internationalen Presse die totale Ausrichtung der Tschecho-Slowakei auf Deutschland vermerkt. Den Slowaken und Karpato-Ukrainern bescheinigte man eine noch größere Reichsfreundlichkeit als den Tschechen.

In diesem Zusammenhang wurden in Prag die ungarischen Vorschläge erstmals in der Öffentlichkeit diskutiert (92).

Die unumstrittenen Gebiete, über die sich Prag und Budapest geeinigt hatten, sollten bis zum 27. Oktober an die Ungarn übergeben und von diesen militärisch besetzt werden. Die umstrittenen Gebiete, darunter die Städte Neutra, Kaschau, Užhorod und Munkács, sollten in acht Abschnitte aufgeteilt und dann Volksabstimmungen nach dem Status von 1918 durchgeführt werden. Diese sollten unter internationaler Aufsicht stattfinden. Als Termin wurde der 30. November genannt. Auch das Selbstbestimmungsrecht der Völker - speziell der Ruthenen - sollte unter internationaler Kontrolle gewährleistet werden.

Sollte die tschechische Zentralregierung diese ungarischen Vorschläge nicht annehmen, so wollte sich Ungarn um einen Schiedsspruch über das ganze umstrittene Gebiet an Deutschland und Italien wenden.

Von Ribbentrop äußerte am 24. Oktober, daß er persönlich gegen einen Schiedsspruch sei, doch wolle er erst die Stellungnahme Roms abwarten.

Der polnische Botschafter Lipski sagte in einem Gespräch mit von Ribbentrop in Berchtesgaden, daß die gemeinsame "polnisch-ungarische Grenze von großem Wert als Abriegelung gegen den Osten" anzusehen sei; die "Angliederung

an Ungarn sei der Wunsch Polens". Von Ribbentrop bezog dazu keine Stellung, fragte aber, "ob Polen an einen Teil der Karpatho-Ukraine interessiert sei?". Lipski beharrte jedoch darauf, daß "Ungarn die Karpatho-Ukraine bekäme" (93).

Am 25. Oktober trafen sich von Moltke und Außenminister Beck zu einem Meinungsaustausch in Warschau (94).

Gesprächsgegenstand war die politische Lage im tschechischen Raum; das Problem der Karpato-Ukraine wurde hervorgehoben. Von Moltke stellte fest, daß Beck sich bemühte, die Dinge so darzustellen, als ob polnische Interessen nicht berührt würden. Beck hielt die Karpato-Ukrainer für ein primitives und lebensunfähiges Bergvolk. Die polnischen Ziele in diesem Gebiet reduzierte er; seine Rumänienreise versuchte er vergessen zu machen. Der Frage von Moltkes, ob Polen bei Unruhen in der Karpato-Ukraine eingreifen würde, blieb der Pole die Antwort schuldig.

In der zweiten Oktoberhälfte arbeitete Polen auf die Abtrennung der Slowakei von Böhmen und Mähren hin (95).

Offensichtlich bediente man sich in dieser Angelegenheit des slowakischen Abgeordneten Sidor, den von Moltke für eine Kreatur Becks hielt, der aus Warschau Gelder bekäme. Dagegen war nicht festzustellen, ob man in Warschau "unter Verletzung der Interessen des eng befreundeten Un-

garn, eine selbständige Slowakei durch Personalunion mit Polen" (96) zu errichten suchte.

Die Absicht dieses Manövers war die Errichtung einer selbständigen Slowakei in Anlehnung an Polen, schlimmstenfalls an Ungarn. So deutete jedenfalls der ungarische Gesandte in Warschau die polnischen Pläne.

Am gleichen Tag, am 25. Oktober bat die tschechoslowakische Regierung das Deutsche Reich und Italien die Schiedsrichterrolle zwischen ihnen und Ungarn zu übernehmen (97).

Diese innenpolitische Schwäche der Tschecho-Slowakei ausnutzend, traten am 26. Oktober während einer Sitzung mit der Prager Zentralregierung alle karpato-ukrainischen Minister der Regierung Brodij zurück.

Dieser Rücktritt erfolgte aus dem Grund, daß Brodij und Fenčyk seit ihrem Regierungsantritt einen Volksentscheid ansteuerten und keinen Zweifel an ihrer Position der Annäherung an Ungarn ließen. Der ukrainische Zentralrat hatte daher entschieden, daß alle ukrainischen Minister zurücktreten sollten, damit eine neue, ukrainischer gesinnte Regierung gebildet werden konnte.

Außerdem wurde Brodij offen der Zusammenarbeit mit den Ungarn beschuldigt. In einem Verfahren konnte ihm seine Schuld nachgewiesen werden. Präsident Syrový enthob ihn daraufhin seines Amtes und ernannte den bisherigen

Staatssekretär Vološyn zum neuen Ministerpräsidenten der Karpato-Ukraine. Noch am gleichen Tag wurde er vereidigt.

Besorgt über die zunehmende polnische Aktivität zur Errichtung der polnisch-ungarischen Grenze, erkundigte sich am 28. Oktober der rumänische Geschäftsträger in Berlin bei Staatssekretär von Weizsäcker im Auswärtigen Amt nach der offiziellen deutschen Position in dieser Angelegenheit. Als "Zeichen der Freundschaft" bat der Rumäne um die Zusage, daß Hitler sich einer "ungarisch-polnischen gemeinsamen Grenze entgegensetzen werde" (98). Von Weizsäcker versicherte, daß Deutschland keine eigene Politik in der Slowakei und in der Karpato-Ukraine verfolgen werde. Der 'Führer' sei der Meinung, daß sich die Grenzziehung nach dem Wunsche der örtlichen Bevölkerung richten solle. Das Schiedsrichteramt sei keine Anmaßung des Deutschen Reichs, sondern an das Reich herangetragen worden (99).

Im Falle der Hinzuziehung Polens zur Lösung der karpato-ukrainischen Frage wünschte die tschecho-slowakische Regierung am 29. Oktober die Hinzuziehung Rumäniens (100). Am 30. Oktober übergab der Gesandtschaftsrat K. Werkmeister an Ungarn eine schriftliche Erklärung, in der sich Deutschland und Italien bereit erklärten, die Rolle des Schiedsrichters zwischen Ungarn und der Tschecho-Slowakei

zu übernehmen. Das Deutsche Reich forderte jedoch von der ungarischen Regierung eine verbindliche Erklärung, daß die von Deutschland und Italien getroffene Entscheidung als endgültige Regelung anerkannt und unverzüglich durchgeführt würde. Die Entscheidung sollte dann am 2. November in Wien fallen (101).

Die Unsicherheit selbst der Schiedsrichter geht aus den Vorbesprechungen am 30. Oktober hervor, in denen Ciano noch 'Unklarheiten' geäußert hatte (102).

Da man Polen nicht eingeladen hatte, war auch die Hinzuziehung Rumäniens verworfen worden. Gerade aus Rumänien wurden erste Befürchtungen laut, noch ehe die Konferenz eigentlich begonnen hatte. Sie waren in Berlin, aber auch in Bukarest zu hören. Hier hob der stellvertretende rumänische Außenminister Brătianu in einem Gespräch mit dem deutschen Botschafter Wilhelm Fabricius am 28. Oktober hervor, "wie wichtig die Erhaltung des Korridors zwischen Polen und Ungarn sei, die eine festere Verbindung Deutschlands und Rumäniens über die Tschechoslowakei gewährleiste" (103). Wenn Polen und Ungarn aber eine gemeinsame Grenze errichteten, wäre die Möglichkeit der Abriegelung Rumäniens von Deutschland gegeben.

Während die Rumänen noch letzten Einfluß zu gewinnen suchten, erbaten die Führer der karpato-ukrainischen Komitees Unterstützung bei den Botschaftern Litauens und

Japans. Am 28. Oktober suchte der Leiter der karpato-ukrainischen Vertretung in Wien, Julian Chymynec, die Diplomaten in ihren Berliner Residenzen auf und bat um Vermittlung.

In der Karpato-Ukraine hatte unterdessen die neue Regierung Vološyn ihre Amtsgeschäfte aufgenommen. Das Schulerferat wurde am 28. Oktober in ein Ministerium für Schule und Volksbildung, dem Augustin Stefany vorstand, umgebildet.

Die Regierungsumbildung war von großen Demonstrationen und Umzügen begleitet worden, die vor allem in Amerika, Kanada, Argentinien und Brasilien ein starkes Echo fanden. In Amerika koordinierte das 'Komitee zur Vereinigung des Zakarpattja' diese Aktionen. Das Komitee entsandte eine Delegation, die am 31. Oktober in Užhorod eintraf. Ihr Besuch galt der Regierung und der Führung der UNV. Die Ukrainer Amerikas erklärten sich mit den Bestrebungen der Regierung Vološyn solidarisch und versprachen materielle Hilfe.

Die eigentlich Betroffenen, um deren Territorien es bei der Konferenz in Wien ging, waren zu den Verhandlungen nicht hinzugezogen worden. Daher reiste Vološyn in eigener Regie über Prag nach Wien. In Prag traf er am 30. Oktober noch den deutschen Geschäftsträger Hencke (104), dem er statistisches Material überreichte. Dieser hatte

wenig Zeit, das Material zu sichten, da auch er sich im Aufbruch nach Wien befand.

Kaum war Vološyn abgereist, sah sich seine Regierung zu einer Demarche an die polnische Regierung veranlaßt: der polnische Konsul aus Munkács trat gemeinsam mit dem von seinem Amt resignierten Fenčyk eine Werbekampagne für den Anschluß der Karpato-Ukraine an Polen an.

Zur gleichen Zeit kamen im Schloß Belvedere zu Wien die Schiedsrichter zusammen.

3. Kapitel: Der Wiener Schiedsspruch

Am 1. November traf Vološyn in Wien ein. Mit ihm waren Braščajko, Dolynaj, Kločurak, Husnaj und Rohač angereist. Letzterer war nach seinem Aufenthalt in Wien Mitte Oktober nach Munkács zurückgekehrt und hatte dort als Sekretär Vološyns gearbeitet.

Zum Sprecher gegenüber der Öffentlichkeit wurde wegen seiner außerordentlichen Sprachkenntnisse der junge Journalist L. E. Huzar ernannt.

Die karpato-ukrainische Delegation war gekommen, um den Spruch in ihrer Angelegenheit zu hören; zu den Verhandlungen war sie aber nicht zugelassen.

Am 2. November kamen als Schiedsrichter die Außenminister Deutschlands und Italiens mit Vertretern der streitenden Parteien im Schloß Belvedere zusammen (105). Die Tschecho-Slowakei war durch Außenminister Chvalkovský und seinen Stellvertreter, den slowakischen Abgeordneten Krno vertreten, Ungarn durch Außenminister von Kánya und Kultusminister Graf Teleki.

In der Vormittagssitzung betonte von Ribbentrop in seinen einleitenden Worten, daß der zu fällende Schiedsspruch bindend und daher von Ungarn und der Tschecho-Slowakei im voraus als endgültige Regelung anzuerkennen sei.

Von Kánya begründete die Anrufung einer Schiedskommission damit, daß die im Münchner Abkommen vorgesehenen drei Monate zur Regelung der Grenzziehung eine zu lange Zeit sei, während Chvalkovský von Abrechnung mit Ungarn sprach.

Die ungarischen Vorschläge zur Grenzregelung beruhten nach Meinung Graf Telekis auf rein ethnographischen Prinzipien. Dagegen betonte Krno, daß die tschecho-slowakische Seite bei der Lösung dieser Frage vom 'geschlossenen Boden' ausginge. Als Unterlagen dienten die Statistiken von 1930. Da Ungarn die ganze Entwicklung der letzten dreißig Jahre ignoriere, könnte man die Statistik von 1880 ebenso heranziehen, wie Ungarn die von 1910.

Dieser Argumentation wußte von Kánya nur eine zu strenge Auslegung des Münchner Abkommens durch die tschecho-slowakische Regierung entgegenzuhalten. Graf Teleki bestätigte, daß Ungarn eine territoriale Lösung anstrebe und das 'Prinzip des geschlossenen Bodens' anerkenne, in der Ausgangsbasis aber die historische Argumentation zugrunde lege. In seinen Anspruchs begründungen ging er dann bis 1720 zurück.

Den Einwand Chvalkovskýs, Tiso und Vološyn in dieser Angelegenheit zu hören, lehnte von Ribbentrop mit der Begründung ab, daß man keine 'Sachverständigen' mehr anzu-

hören brauche. Beide könnten aber beim anstehenden Empfangsfrühstück inoffiziell gehört werden.

Chvalkovský hatte seinen Antrag damit zu untermauern versucht, daß Tiso bzw. die Slowakei allein Verhandlungspartner der Ungarn in Komorn gewesen sei und Vološyn immerhin Ministerpräsident der Gebiete sei, um deren Abtretung es gehe.

Von Ribbentrop wollte sich jedoch nicht weiter darauf einlassen.

Erst abends um 19 Uhr traf man sich zur Bekanntgabe des Schiedsspruchs. Von Ribbentrop verkündete, daß man auf "Grund des ethnographischen Prinzips eine Entscheidung gefällt" (106) habe.

In der Zeitung 'Večerní Česko Slovo' war zu lesen, daß den Ungarn 12.400 qkm mit 1,1 Millionen Menschen zugesprochen worden waren, während bei der Tschecho-Slowakei 98.000 qkm mit 10,37 Millionen Menschen verblieben.

Auch die völkische Zusammensetzung der Tschecho-Slowakei änderte sich: 6,75 Mill. (64,3%) Tschechen (früher: 7,6 Mill./51%), 2,2 Mill. (21%) Slowaken (2,55 Mill./16%), 0,64 Mill. (6,1%) Ukrainer (0,7 Mill./4%), 0,47 Mill. (4,5%) Deutsche (3,32 Mill./22,3%), 0,2 Mill. (2%) Ungarn (0,75 Mill./5%).

Auf die Karpato-Ukraine hatte der Wiener Schiedsspruch besondere Auswirkungen: drei wichtige Städte, Berehovo,

Munkács und Užhorod gingen verloren. Munkács war bisher Hauptstadt und Regierungssitz. Dazu wurde nun Chust bestimmt. Bis zum 10. November sollte die Übergabe vollzogen sein.

Die Karpato-Ukraine mußte von 1,6 Millionen Hektar Land 152.300 Hektar an Horthy-Ungarn abtreten; von 485 Dörfern 118 mit 173.000 Menschen bei einer Gesamtbevölkerung von etwa 700.000 Menschen. Dennoch blieb die Karpato-Ukraine wie die Tschecho-Slowakei ein Vielvölkerstaat: 525.000 Ukrainer, 60.000 Juden, 31.000 Tschechen bzw. Slowaken, 17.000 Magyaren, 15.000 Rumänen und 12.000 Deutsche. Durch die Abtretung verlor man vor allem einen Großteil der magyarischen und jüdischen Bevölkerung. Der Schiedsspruch hatte im Einzelnen keine Entscheidung getroffen (107). Zur Lösung aller aufgeführten sieben Punkte - Grenzverlauf (108), Räumung der Gebiete, Staatsangehörigkeits- und Optionsfragen, Schutz einzelner Personen fremder Nationalität, wirtschaftliche und verkehrstechnische Vor- bzw. Nachteile, Unklarheiten bei der Durchführung - sollten ungarisch-tschechoslowakische Kommissionen eingesetzt werden. Was die Schiedsrichter eigentlich hatten entscheiden sollen, wurde den seit Komorn zerstrittenen Parteien wieder zugeschoben. Ohne die Probleme gelöst zu haben wälzte man sie wieder auf die Kläger ab.

Obwohl Chvalkovský am gleichen Tag in einem Interview für das 'Giornale d'Italia' erklärte, der innenpolitische Neuaufbau der Tschecho-Slowakei werde sich nach dem Grundsatz des Föderalismus zwischen Tschechen, Slowaken und Ukrainer richten, war die große Enttäuschung der Ukrainer nicht zu übersehen.

Die Karpato-Ukrainer, die die Entscheidung von Belvedere über den Rundfunk erhielten, empfanden sie als Unrecht, dessen Urheber sie allein in den Tschechen sahen; den Deutschen und Italienern trauten sie eine solche Schlechtigkeit nicht zu.

Noch in Wien warfen Tiso und Vološyn Außenminister Chvalkovský Verrat vor. Die Gegensätze traten offen hervor.

Am 3. November ergingen die ersten Stellungnahmen der ukrainischen Delegationen. Die offizielle Regierungserklärung Vološyns besagte, daß man sich dem Schiedsspruch beugen werde, auch wenn er dem karpato-ukrainischen Interesse zuwiderlaufe. Myšuha, der Delegierte der 'Vereinigung Ukrainischer Organisationen in Amerika', unterstrich, daß die Entscheidung gegen das ethnographische Prinzip verstoße. Sie sei eine Beleidigung aller Ukrainer. Gemeinsam forderten Vološyn und Myšuha alle Ukrainer auf, sich zusammenzuschließen und weiter für die Interessen der Karpato-Ukraine zu kämpfen.

Gleichzeitig wurde die Evakuierung der Regierung Vološyn nach Chust angeordnet. Der Machtübergabe am 10. November wollte man unbedingt nachkommen.

Nach dem Schiedsspruch erfolgte auch die Auflösung der karpato-ukrainischen Vertretung in Wien, für die man eine neue in Prag gründete (109). Ihr gehörten Dr. Vikentij Šandor als Chef, Dr. Osyp Matkovskyj als Sekretär und Administrationsreferent und Dr. Vasyl Oreleckyj als Referent für außenpolitische Fragen an. Als Berater dienten u. a. V. Kačurovskyj und V. Bora. Dr. Šandor war gleichzeitig der Vertreter der Karpato-Ukraine im tschechischen zentralen Wirtschaftsrat.

Für die Polen ging es nach dem Wiener Schiedsspruch vorrangig um ein Problem: die Unterdrückung der ukrainischen Frage in der Karpato-Ukraine, da sie sich auf die ukrainische Bewegung im eigenen Land auswirkte.

Schon am 3. November meldete der ungarische Botschafter in Warschau, man erwarte in polnischen Kreisen, daß Ungarn die offensichtlichen Ungereimtheiten in bezug auf die Rückgliederung der Karpato-Ukraine nicht ungenutzt verstreichen lassen werde (110).

Außenminister Beck wies darauf hin, daß der Wiener Schiedsspruch von Polen nicht als endgültige Regelung anerkannt werden könne. Einige Tage zuvor (29.10.) war Beck in einem Interview der Hearst-Presse mehr als

deutlich auf die 'Frage im Süden' eingegangen. Seiner Aussage zufolge war "Ruthenien ein der Tschecho-Slowakei aus dem russischen alten Regime zur Verwahrung überlassenes Objekt. Es war sozusagen ein in diesem nach dem Westen gerichteten Teil Europas zurückgelassener leerer Stuhl"; vom Standpunkt eines allgemeinen Gleichgewichts aus wäre daher "die erwünschteste Lösung eine Union zwischen Ungarn und Karpatenruthenien" (111).

Da auch Polen in seiner Position nicht mehr hinter das in Mitteleuropa anerkannte Selbstbestimmungsrecht der Völker zurückgehen konnte, verlangte es die Ausübung dieses Rechts durch eine Volksabstimmung. Diese Forderung wurde von der Regierung verworfen, da sie sich angeblich aus Staatsräson gezwungen sah, die Entstehung eines mitteleuropäischen 'Mazedoniens', das die Rolle des spätmittelalterlichen Staates der Sič-Kosaken spielen könnte, zu verhindern.

Zur publizistischen Unterstützung der polnischen Politik war in Warschau ein "Presseausschuß zum Kampf für die gemeinsame polnisch-ungarische Grenze" (112) gegründet worden. Als auch die ungarische Presse dieses Thema mit Begeisterung aufgenommen hatte, schien eine Harmonie hergestellt worden zu sein. Dieser euphorische Höhenflug wurde abrupt gestoppt, als in der ungarischen Presse Spekulationen aufkamen, wonach ein polnisches Entgegen-

kommen dem Deutschen Reich gegenüber - hauptsächlich in der Frage des Korridors und der nach Danzig - die Partner in der polnisch-ungarischen Grenzfrage schneller an ihr Ziel bringen würde.

Polen sah hierin ein Eingreifen in innerstaatliche Angelegenheiten. Seit dem 25. November ging der Tenor dahin, daß die Polen ja nicht mehr unternehmen könnten als die Ungarn, die schließlich auch die territorialen Nutznießer der gemeinsamen Pläne seien.

Mit gewissem Unwillen wurde dagegen am 4. November in Budapest die Meldung aufgenommen, daß sich das Reich mit der Idee zur Schaffung einer unabhängigen Slowakei befaßte. Man ahnte wohl, daß man über die Slowakei auch mit Hitler in einen Interessenskonflikt geraten könnte. Diese Befürchtung wurde indirekt durch das Rundtelegramm Woermanns an die deutschen Botschaften vom 5. November bestätigt. Durch den Wiener Schiedsspruch, hieß es, sei "das gesamte geschlossene ungarische Siedlungsgebiet wiederum an Ungarn" (113) gekommen, was für Slowaken und Karpato-Ukrainer einen großen Verzicht bedeutet hätte. Der Meinung, den Slowaken und Karpato-Ukrainern eine Garantie seitens des Deutschen Reiches zu geben, schloß sich auch Altenburg, der deutsche Geschäftsträger in Budapest an (114).

Ungarn sah dies freilich anders. Daß man in Budapest

auch nach dem Wiener Schiedsspruch noch nicht alle Revisionsforderungen erfüllt sah, machte der Abgeordnete der Kleinlandwirtepartei, Eckhardt, deutlich, der am 6. November die Wiedereingliederung der von Ungarn bewohnten Gebiete der Tschecho-Slowakei als das größte Ereignis seit Trianon feierte. Dennoch könne die endgültige Lösung nur in der Vereinigung einer autonomen Karpato-Ukraine mit Ungarn bestehen, da Ungarn, um in Sicherheit leben zu können, eine gemeinsame Grenze mit Polen haben müsse (115). Wer Ungarns Sicherheit eigentlich bedrohte, wußte auch Eckhardt nicht zu sagen.

Warschau drängte derweil auf schnelles Handeln. Am 7. November schlug Kobylanski den Ungarn vor, die Besetzung der Karpato-Ukraine möglichst rasch durchzuführen (116). Während am 8. November die Wahlen zum polnischen Sejm, bei denen die Ukrainer zwanzig Sitze (von 208) errangen, stattfanden, drängte Beck insgeheim zur Bereinigung des karpato-ukrainischen Problems. Der polnische Außenminister wies auf die aktive Wühlarbeit der polnischen Insurgenten in der Karpato-Ukraine hin und wollte von Ungarn wissen, was sie zu tun gedächten. Man sollte doch die Unruhe, die der Schiedsspruch ausgelöst hatte, so weit wie möglich ausnutzen, bevor man sich in den Verhandlungen der ungarisch-tschecho-slowakischen Grenzkommissionen überhaupt festlegte.

Budapest betrachtete aber die Grenzregulierung schon als abgeschlossen und versuchte daher die Frage des Selbstbestimmungsrechts gegenüber der Bevölkerung der Karpato-Ukraine auszuspielen. Die ungarische Propaganda unterschied zwischen Russinen und Ukrainern. Als Russinen betrachtete man nur die autochtone, überwiegend analphabetische Bergbevölkerung. Die Führungsschicht dagegen, die sich als erste ukrainische Generation nach 1919 rus'ka, Russinen bzw. Karpato-Rusyny nannte, die außerdem weitgehend mit den in den ehemaligen ungarischen Schulen Erzogenen identisch war und auch noch die ungarische Verwaltungsherrschaft kannte, wurde nun von den Ungarn diffamiert. Man unterstellte ihr die Rolle eines Befürworters der Angliederung der Karpato-Ukraine an eine 'Groß-Ukraine'. Die Bergbevölkerung wurde aufgefordert, sich vorerst unter ungarische Oberherrschaft zu begeben; einer 'Groß-Ukraine' könnte man sich später immer noch anschließen.

Diese Idee einer 'Groß-Ukraine', deren Urheber Berlin war, paßte den Polen angesichts ihrer innenpolitischen Situation überhaupt nicht und führte zu Reibungen mit Budapest, das sich in diesem Punkt mit Berlin im großen und ganzen einig war.

Anfang November hatte sich auch die Tätigkeit der polnischen und ungarischen Diversionstruppen auf karpato-

ukrainischem Gebiet verstärkt. Am 7. November erfolgte ein Anschlag der proungarischen Gruppe um Fenčyk auf das Haus der Prosvita in Užhorod; am 10. November folgte ein Angriff polnischer Terroristen auf Torun und auf die Post in Pryslop. Da die Anschläge nicht von Fachleuten ausgeführt wurden, arteten sie mehr in Tumulte mit Sachbeschädigungen aus. Gleichzeitig provozierten die Ungarn Zwischenfälle bei Kosyn und Chomec. Zwischen dem 13. und dem 15. November kam es an der karpato-ukrainischen Grenze zu Polen zu einem Schußwechsel (117).

Zur Wahrung der inneren Ordnung wurde die Ukrainische Nationale Verteidigung in die Organisation der Nationalen Verteidigung - 'Karpats'ka Sič' - umgewandelt, die neben der Aufrechterhaltung der Ruhe im Lande auch für eine nationalistische ukrainische Propaganda sorgte. Zu diesem Zweck gab sie die Zeitschrift 'Nastup' (Angriff) heraus.

Die Tradition der Karpats'ka Sič ging auf die Pfadfinderbewegung und die Jugendorganisation Sokol zurück. Das halb-militärische Element wurde unter dem unmittelbaren Einfluß der Hitlerjugend in den Vordergrund geschoben. Bis zum 17. Lebensjahr wurden die Jugendlichen in sogenannten Pfadfindervereinen erfaßt, ehe sie dann in die Sič-Organisation übernommen wurden. Zum Kommandanten wählten sich die Pfadfinder Stefan Papa; Ehrenkommandant

wurde Volodymyr Birčak (118).

Die Sič wurde streng nationalistisch geführt; blinder Gehorsam und Opferbereitschaft zeichneten die 'Besten' aus. Dennoch hatte sie mit internen organisatorischen Schwierigkeiten zu kämpfen, nicht zuletzt, weil eine gut ausgebildete Führung fehlte. Hinzu kam, daß die radikale nationalistische ukrainische Bewegung, die die Bewaffnung und Unabhängigkeit forderte, ihre eigenen Leute in die Führung schleuste (119).

Da sich die Sič als selbständige Institution verstand, gestaltete sich ihr Verhältnis zur Regierung nicht problemlos.

Seine illegale Arbeit in der Karpato-Ukraine nahm am 9. November auch das Deutsche Reich auf. So wurde der Oberführer der Volksdeutschen Mittelstelle, Behrens, in einer Besprechung mit dem Reichsaußenminister beauftragt, "die illegale Arbeit in der Karpatho-Ukraine" (120) zu leiten.

Zur gleichen Zeit äußerte sich der ungarische Gesandte in Warschau, Hory, in einem Telegramm an Außenminister von Kánya zu den "Aktivitäten Ungarns und Polens auf demselben Gebiet" (121): die ruthenische Frage müsse nun rasch gelöst werden. Es bestünde die Möglichkeit, dieses Ziel mit 'Rebellentruppen' zu erreichen. Die Verwendung polnischer regulärer Truppen für die Diversionsarbeit

könnte dagegen nach außen hin nicht glaubwürdig vertreten werden.

Dieses Problem war schon einmal im Gespräch zwischen Csáky und Beck behandelt worden und dann zur Ausarbeitung der Einzelheiten an die Generalstäbe weitergeleitet worden. Beck hatte gegen den Einsatz von Freiwilligenverbänden nichts einzuwenden gehabt.

Hory warf jedoch die Frage auf, was geschehen sollte, wenn diese Verbände aus der Karpato-Ukraine herausgedrängt würden.

Zu ernsthafter militärischer Kraftentfaltung gegen Polen und Ungarn gleichzeitig würden die Tschechen nicht in der Lage sein. Durch bestimmtes Auftreten würde Ungarn eine klare Situation schaffen und dann die Bedingungen festlegen. Man könnte ja auch die Bevölkerung der Karpato-Ukraine dazu bringen, den Einmarsch polnischer und ungarischer Truppen zu 'ersuchen'.

Hindernisse für ein solches Vorgehen sah Hory nicht.

Außenminister von Kánya zeigte sich mit den Plänen seines Gesandten im wesentlichen einverstanden (122).

Sollte es wirklich der ungarischen Propaganda gelingen, die Regierung der Karpato-Ukraine so unter Druck zu setzen, daß diese den Einmarsch erbäte, wollte Ungarn mit der Losung 'Wiederherstellung der Ordnung' einmarschieren. Dazu aber - und dies sollte Hory bei Beck zu errei-

chen versuchen - bräuchte man reguläre polnische Truppen als Unterstützung. Im Falle eines tschechischen Widerstandes müßte ein gemeinsames Vorgehen gesichert sein. Ein proungarischer Rat, der um 'Hilfe' bitten müßte, sollte die ganze Aktion legalisieren.

Beck lehnte jedoch jeden Einsatz regulärer Truppen ab. Bei Kooperation der Freischärlertruppen sicherte er aber diplomatische Unterstützung gegenüber Rumänien zu: Ungarn befürchtete einen Angriff Rumäniens, sobald man in die Karpato-Ukraine einmarschieren würde.

Trotz all dieser Pläne war Ungarn sehr zurückhaltend, da man sich durchaus bewußt war, daß man wegen der Karpato-Ukraine auch mit dem Deutschen Reich in einen Interessenskonflikt geraten konnte. Während man sich in Berlin ruhig verhielt, wagte von Kánya in Rom einen Vorstoß zur Erkundung einer eventuellen Reaktion der Achse auf einen Einmarsch ungarischer Truppen in die Karpato-Ukraine.

Der ungarische Gesandte in Rom meinte, man sollte Außenminister Ciano nicht unnötig vor vollendete Tatsachen stellen. Tatsächlich reagierte Ciano auf eine ungarische Rückfrage gereizt: das Reich betrachte "dieses Gebiet als das ihre" (123).

Am 10. November wurde gemäß dem Wiener Schiedsspruch die Hauptstadt der Karpato-Ukraine den Ungarn übergeben. Neue Hauptstadt wurde Chust, wo bisher der von Prag ein-

gesetzte Gouverneur residiert hatte. Hierhin kam jetzt auch die karpato-ukrainische Regierung.

Gleichzeitig wurden die Verhandlungen über die endgültige Grenzregulierung, über Transitfragen etc. in Komorn und Budapest aufgenommen.

Zu diesem Zeitpunkt zählte die Regierung der Karpato-Ukraine nur noch drei Mitglieder: Vološyn, Revay und Bačínskyj. Fenčyk hatte am 5. November resigniert und war nach Ungarn gegangen; Staatssekretär Pješčak war in die Prjašivščyna zurückgekehrt. Als wichtigstes Ministerium wurde das Innenministerium, das eine neue Verwaltungsorganisation einführte, angesehen. Die Rechtskommission unter Braščajko hatte die Landesgesetzgebung juristisch abzusichern. Personell schlecht war es um das Wirtschaftsministerium gestellt, da Revay oft unqualifizierte Ressortleiter ernannte.

Vordringliche Probleme der Regierung waren Versorgungs- und Kommunikationsfragen. Der Wiener Schiedsspruch hatte sowohl die Verbindung mit der Slowakei als auch die mit Rumänien unterbrochen. Innerhalb der Regierung begann die Auseinandersetzung mit der moskophilen Einstellung Bačínskyjs. Außenpolitisch trat trotz des Schiedsspruchs keine Beruhigung ein, da Polen und Ungarn weiterhin an einer gemeinsamen Grenze bastelten, wenn die ungarische Regierung und ihre Presse auch etwas zurückhaltender ge-

worden war. Dafür äußerte der polnische Außenminister Beck, die Karpato-Ukraine sei wirtschaftlich nicht lebensfähig und ihre Bevölkerung müsse daher "von sich aus und zwar in aller nächster Zeit den Wunsch nach einer Abstimmung zum Ausdruck bringen" (124). Warschau betonte zwar, daß alles von Budapest abhänge, verlegte aber dennoch einige Truppenverbände in das Grenzgebiet zur Karpato-Ukraine. Gleichzeitig versuchte man, in der Karpato-Ukraine "durch Geld, Agenten, Rundfunksendungen, bestellte Relationen u.s.w. sein Ziel zu verwirklichen" (125).

In Berlin entschied man sich, Budapest auf die deutsch-italienische Demarche hinzuweisen und auf die Einhaltung des Wiener Schiedsspruchs zu pochen.

Gegenüber Warschau sah man von diesem Schritt ab. Dafür sollte der Karpato-Ukraine gegen die polnische Agitation wirtschaftlich und finanziell geholfen werden.

Staatssekretär Keppler vom Auswärtigen Amt wurde mit den Vorarbeiten zu diesem Plan betraut. Als eine erste Maßnahme wurde ein deutscher Generalkonsul nach Chust entsandt.

Am 11. November empfing Generalfeldmarschall Göring den 'ukrainischen' Minister Durčanský und andere Herren zu einer Aussprache. Göring führte aus, daß "die slowakische und ukrainische Frage nur im tschechoslowakischen

Staatsverband behandelt werden" könne, "dass aber das Ziel eine selbständige Slowakei und eine autonome Ukraine in Anlehnung an diese selbständige Slowakei sei" (126). In diesem Zusammenhang erwähnte er auch, daß man sich schon Gedanken über eine Soforthilfe für die Karpato-Ukraine gemacht habe. Schließlich vereinbarte man, die deutsche Gesandtschaft in Prag zu beauftragen, die tschecho-slowakische Regierung in geeigneter Form in Kenntnis zu setzen.

Die Reise Durčanskýs nach Berlin war nicht mit dem deutschen Konsul in Preßburg, von Druffel, abgesprochen worden. Darüber beschwerte sich dieser einige Tage später bei Woermann. Von Druffel meinte, daß die "Reise Durčanský nach Berlin nicht nur ohne Fühlungnahme mit mir vorbereitet" wurde und er wisse "... auch jetzt noch nicht viel. Sie scheint ungenügend vorbereitet und unter Druck zustande gekommen zu sein" (127).

Dieses 'Mißverständnis' schien auf die Praxis des Sicherheitsdienstes zurückzugehen, der auch in der Slowakei eigene Verbindungen unterhielt. Erst als die Finanzierungsfragen den Sicherheitsdienst dazu zwangen, war er zur Zusammenarbeit mit dem Auswärtigen Amt bereit und stellte seine Informationen zur Verfügung. Zu ihrer eigenmächtigen, nicht mit den deutschen Stellen abgesprochenen Politik gehörte auch die Reise Durčanskýs

nach Berlin (128).

Durch die offene Stellungnahme Deutschlands für die Slowakei waren die ungarischen Pläne zumindest in Frage gestellt. Budapest zog es vor, die Angelegenheit vorerst auf sich beruhen zu lassen, zumal der ungarische Gesandte am 12. November aus Rom meldete, daß vorläufig keine Zugeständnisse, die nicht schon im Spruch von Belvedere enthalten oder angesprochen sind, zu erwarten seien; man solle erst die Beziehungen zu Berlin und zur Achse ausbauen. Ein großer Schritt dazu könne Ungarns Austritt aus dem Völkerbund sein (129).

Ähnlich werteten der italienische und der ungarische Gesandte in Berlin dieses Problem: das Reich sei in Fragen bezüglich der Karpato-Ukraine empfindlich (130).

In Berlin galt der Wiener Schiedsspruch sowieso nicht als Erfolg von Ribbentrop. Es herrschte die Ansicht, daß von Ribbentrop in den Verhandlungen von Ciano 'überfahren' worden sei. Als Beweis dafür wurden die großen deutsch-italienischen Konzessionen an die Ungarn angeführt, die von Ribbentrop nicht nur nicht gewollt, sondern am 19. Oktober noch strikt abgelehnt hatte (131). Die einfachste Lösung war vielleicht ein 'Hilferuf' der Karpato-Ukraine an Ungarn, durch den Ungarn seine historischen Grenzen wieder errichten konnte. Doch Ungarn hielt sich merklich zurück, so daß Warschau am 15. No-

vember nach dem Erfolg der vereinbarten, aber von ungarischer Seite wahrscheinlich unterbliebenen Freischärleraktionen erkundigen ließ. Man war nämlich überrascht, daß Ungarn nur eine kleine Insurgententruppe, deren Erfolge kaum spürbar waren, in die Karpato-Ukraine geschickt hatte. Warschau fragte nach, ob Ungarn die gemeinsame Grenze weniger mit Waffengewalt als mit Propagandaparolen errichten wollte (132).

Am 15. November führte Reichsverweser Horthy ein Gespräch mit von Erdmannsdorff. Horthy sprach von seinen Sorgen über die Karpato-Ukraine und davon, daß die ungarische Regierung bestürmt würde, den Zuständen ein Ende zu machen. Aus der Ukraine vertriebene und in die tschechische Armee eingereichte Truppen unter Katljura (Petlura ?) (133) würden die Bevölkerung terrorisieren. Daher, so meinte Horthy, "bestehe (die) Möglichkeit, dass ungarische Truppen, falls etwa in Karpatho-Russland (eine) Explosion erfolge, einmarschieren und dort verbleiben, bis (das) Selbstbestimmungsrecht (der) Bevölkerung evtl. durch Entsendung internationaler Truppen für die Zeit der Volksabstimmung gewährleistet würde" (134).

Gegen die deutschen Pläne, die Karpato-Ukraine zum deutschen Brückenkopf gegen die Sowjetunion auszubauen, wandte Horthy ein, daß sich dies aus verkehrstechnischen Gründen nicht realisieren lasse.

Am folgenden Tag erklärte der deutsche Legationsrat Werkmeister in einem Gespräch mit dem ungarischen Gesandtschaftssekretär Semsey, daß die karpato-ukrainische Frage nur im Zusammenhang mit einer 'Groß-Ukraine' gelöst werden könnte. Ungarn hätte bei Schaffung der Groß-Ukraine, zu der auch die Karpato-Ukraine gehören würde, die Gelegenheit zur Lösung der siebenbürgischen Frage. Diese neue Perspektive konnte Semsey nur zur Kenntnis nehmen.

In Prag trat am 17. November das neugewählte Abgeordnetenhaus, dessen Mitgliederzahl von 300 auf 231 gesenkt worden war, zusammen. Dominierend waren weiterhin die etablierten Parteien; die karpato-ukrainische Partei hatte nur fünf Sitze erringen können.

Das Nationalitätenproblem war nach wie vor ungelöst. Nach langen Diskussionen nahm das Haus am 19. November die Gesetze über die Autonomie der Slowakei und der Karpato-Ukraine an. Der Name Karpato-Ukraine, seit dem 2. November im Gespräch, wurde endgültig fallengelassen; offiziell lautete er jetzt Karpato-Rußland. Als Amts- und Unterrichtssprache wurde das Ukrainische gesetzlich verankert. Für die Gesetzgebung, die nicht dem gesamtstaatlichen Parlament vorbehalten blieb, sollte ein karpato-ukrainischer Landtag verantwortlich sein, der innerhalb der nächsten 18 Monate zu wählen war. Das Parla-

ment in Prag behielt aber die Entscheidung in allen Verfassungsfragen, in der Außen- und Verteidigungspolitik, in Fragen der Ein- und Auswanderung, im Münz-, Maß- und Gewichtswesen, über Steuern, Gebühren, Monopole und Staatsbetriebe u. a. m.

An eben diesem Tag sandte der ungarische Außenminister von Kánya ein Telegramm an den Gesandten in Warschau. Hory sollte sich bei Beck erkundigen, ob die polnische Regierung unverändert an ihrem Standpunkt zur karpato-ukrainischen Problematik festhielt und ob Polen nötigenfalls bereit sei, die Rumänen auch militärisch davon abzuhalten, den Ungarn bei einem Einmarsch in die Karpato-Ukraine in den Rücken zu fallen (135).

Gleichzeitig vergewisserte von Kánya sich in Rom, daß die italienische Regierung abgesehen von dem von den Deutschen gewünschten Protest keine Schwierigkeiten machen würde.

Offensichtlich stand Ungarn kurz vor dem Beginn einer militärischen Aktion.

Von Kánya erhielt noch am gleichen Tag vom polnischen Gesandten in Budapest, Orlowski, die Antwort der polnischen Regierung auf die ungarische Anfrage. Beck sicherte Ungarn volle diplomatische Unterstützung auch gegen Rumänien zu; von einer militärischen Unterstützung war allerdings nicht die Rede (136).

Durch die Zusage Polens und die indifferente Haltung Italiens abgesichert, ging Budapest zur Realisierung seiner karpato-ukrainischen Pläne über. Unter dem Druck Warschaus, den vor allem der polnische Generalstabschef ausübte, hatte man sich dazu entschieden. Polen wünschte eine große Honvéddemonstration. Der polnische Generalstabschef wollte drei Tage vor Aufbruch der ungarischen Truppen benachrichtigt werden: einige tausend Freischärler standen bereit, an dieser Aktion teilzunehmen (137). Am 18. November erklärte die ungarische Regierung gegenüber von Erdmannsdorff, daß die Lage in der Karpato-Ukraine unhaltbar zu werden drohe und es für Ungarn immer schwieriger würde Zurückhaltung zu üben. Sollte es zu Aktionen kommen, wollte man weiterhin Rücksprache mit den deutschen Stellen halten.

Von Erdmannsdorff gab zu bedenken, daß die Tschecho-Slowakei das ungarische Vorgehen nicht ohne weiteres hinnehmen würde. Außerdem müßte Ungarn alle Konsequenzen allein tragen (138).

Bezüglich des Gesprächs zwischen Horthy und von Erdmannsdorff am 15. November teilte Sztójay aus Berlin mit, daß Deutschland die "Regelung der ruthenischen Frage in der obigen Form nicht für opportun" (139) hielt. Zur gleichen Zeit rieten Ciano und Mussolini den Ungarn von diesem 'Abenteuer' ab. Italien würde zwar bei einer

ungarischen Aktion nur protestieren, doch müsse man bedenken, daß, wenn Ungarn im Falle eines deutschen Protests seine Truppen zurückziehen müßte, auch ein Makel an den Schiedsmächten von Belvedere haften bliebe (140). Der ungarische Gesandte in Rom, Villani, sollte Ciano durch die Erklärung beschwichtigen, daß Ungarn unter dem Druck der öffentlichen Meinung handeln müsse.

Wegen Verschärfung der politischen Situation, aus Berechnung oder aus Unkenntnis der Lage - Deutschland zog sich vom unmittelbaren Geschehen zurück. Schon am 19. November wurde der deutschen Gesandtschaft in Prag Zurückhaltung in der karpato-ukrainischen Frage befohlen (141). Die Gesandtschaft erhielt die telegraphische Anweisung, "in der slowakischen und karpatho-ukrainischen Frage bis auf weiteres Zurückhaltung zu üben" (142). Der Presse im Reich war eine Anweisung zugegangen, nichts mehr über die Karpato-Ukraine zu veröffentlichen. Die Errichtung eines deutschen Generalkonsulats wurde zurückgestellt. Auch die Einschaltung in die Namengebung der Karpato-Ukraine und die in die Frage der Gleichbehandlung der Karpato-Ukraine und der Slowakei war nun unerwünscht.

In einem Gespräch mit dem ungarischen Außenminister erklärte von Erdmannsdorff, daß die Zeit für eine ungarische Aktion ungünstig sei. Von Kánya sicherte dem Reich

jede Information zu, doch könne man sich der öffentlichen Meinung nicht länger entziehen (143).

Am gleichen Tag noch informierte von Erdmannsdorff Berlin darüber, daß Ungarn seinen Standpunkt gegenüber der Karpato-Ukraine geändert habe: man fordere jetzt den Anschluß des Landes (144).

Von Erdmannsdorff wußte auch, daß hinter dieser Politik einflußreiche Leute standen und war sich nicht sicher, ob die Regierung stark genug war, eine gewaltsame Lösung zu verhindern.

In diesem Zusammenhang schlug der deutsche Botschafter dem tschecho-slowakischen Gesandten in Budapest vor, die Tschecho-Slowakei solle der ungarischen Lösung durch eine Volksabstimmung unter internationaler Kontrolle zuvor kommen.

Es kann angenommen werden, daß weder von Erdmannsdorff noch von Kánya beim militärischen Teil ihres Gesprächs ihre Position deutlich genug artikulierten.

Von Erdmannsdorff hatte den Ungarn mit Sicherheit keine Zustimmung zum Einmarsch in die Karpato-Ukraine erteilt. Seine Feststellung, die ungarische Armee sei zur Lösung dieser Aufgabe zu schwach, verstanden die Ungarn nicht als Absage. So jedenfalls stellte man Mussolini die deutsche Stellungnahme zu den ungarischen Plänen dar (145). Da Mussolini seine Zustimmung nur von der

Zusage Deutschlands abhängig gemacht hatte und es nun so aussah, als würde die Aktion mit Billigung des Reiches unternommen werden, hatte auch er keine Einwände mehr. Ciano warnte die Ungarn dagegen, daß sie in die Isolation gerieten, sollte die Aktion gegen deutsche Interessen verstoßen.

Noch am gleichen Tag (19.10.) meldete der ungarische Gesandte aus Warschau, daß in den nächsten Tagen eine Formation polnischer Insurgenten in die Karpato-Ukraine eingeschleust werden würde.

Am folgenden Tag wurde von Erdmannsdorf darüber informiert, daß in der karpato-ukrainischen Frage die "Möglichkeit gewaltsamer Lösung im Laufe dieser Woche" (146) bestünde. Dieser Schritt wurde mit einer Karpato-Ukraine-Psychose, die das ungarische Volk erfaßt haben soll, begründet. Außerdem würde die Armee auf Eingreifen drängen und schließlich hätten die Slowaken Horthy um Hilfe gegen die ukrainischen Ansprüche auf die Ostslowakei gebeten.

Am gleichen Tag wurden vorbereitende Maßnahmen zur Besetzung der Karpato-Ukraine getroffen und Berlin benachrichtigt, daß Rom damit einverstanden sei.

Die Entsendung einiger Freischärler-Kompanien durch den polnischen Generalstabschef beschleunigte die ungarischen Vorbereitungen (147). Das Unternehmen schien mit

deutscher und italienischer Zustimmung anzulaufen.

Doch Außenminister von Ribbentrop hatte keine Ahnung.

Am 21. November äußerte er nochmals, daß sich die Verhandlungen mit der Tschecho-Slowakei im Herbst ganz anders gestaltet hätten, wenn die Ungarn damals genauso viel Energie aufgebracht hätten wie jetzt. Heute stünden den Ungarn immerhin zehn bis zwölf Divisionen gegenüber und die Entwicklung sei nicht abzusehen (148).

Ungarn blieb bei seiner Position, daß, "nachdem der Vorschlag einer Volksabstimmung abgewiesen wäre, Ungarn sein Ziel nur durch eine direkte Aktion" (149) erreichen könne. Die Lösung der karpato-ukrainischen Frage wurde von allen Parteien als nationale Aufgabe angesehen.

Aus den bisherigen Andeutungen Roms glaubte man in Budapest folgern zu können, daß auch Deutschland nichts gegen einen ungarischen Einmarsch einwenden werde, zumal Ungarn diese Aktion aus eigener Kraft zu realisieren suchte. Rom wollte seine Einwilligung geben, sobald die deutsche vorlag. Diese hatte Ungarn fälschlicherweise dem Gespräch mit von Erdmannsdorff entnommen und nun hoffte man, durch das Plazet Roms auch das Berlins zu erhalten.

Diese ausgelöste Verwirrung führte dazu, daß Rom nun doch erst eine Entscheidung Berlins vorliegen haben wollte. Sztójay wurde in Berlin beauftragt, mit dem Ver-

sprechen dem Antikominternpakt beizutreten das Wohlwollen oder zumindest eine Aussage des Desinteresses des Reiches zu erlangen (150).

Zur gleichen Zeit informierte Krno den deutschen Geschäftsträger in Prag, Hencke, daß sich Polen und die Tschecho-Slowakei in den Verhandlungen über den Grenzverlauf einig geworden seien (151). Nur für die ungarisch-tschecho-slowakische Grenze forderte man eine Garantie seitens des Deutschen Reiches.

Doch Hencke wußte, um was es den Ungarn ging: es war "nicht nur ein neuer Gebietszuwachs, sondern vor allem die Herstellung einer gemeinsamen Grenze mit dem befreundeten Polen" (152).

Unabhängig von Krnos Vorsprechen hatte die Reichsregierung der Budapester Regierung eine Note gesandt: man protestierte gegen die unterschiedliche Auslegung der ungarischen Aktion in Rom und Berlin (153). Berlin erinnerte daran, daß der Wiener Schiedsspruch auch von Ungarn als endgültige Regelung anerkannt worden war. Das eigenmächtige Vorgehen Ungarns schade dem Ansehen der beiden Schiedsmächte. Auch müsse Ungarn bei einem Einmarsch in die Karpato-Ukraine mit tschecho-slowakischem Widerstand rechnen, dessen Folgen nicht abzusehen seien. Dies war eine deutliche Absage an das ungarische Vorhaben durch das Deutsche Reich.

Nach Analyse der politischen Vorgänge entschied sich Budapest, seine geplante Aktion gegen die Karpaten-Ukraine fallenzulassen.

Dafür gibt es kein Dokument expressis verbis, doch die Auswertung der Unterlagen der folgenden Tage legt diesen Schluß nahe.

4. Kapitel: Das Scheitern der ungarischen Militäraktion und die Folgen

Dem Protest des Deutschen Reiches folgte noch am gleichen Tage der Italiens (154). Man drohte den Ungarn, alle versprochenen Hilfsmaßnahmen zurückzunehmen. Außenminister Ciano bezeichnete das ungarische Vorgehen als achsenfeindlich.

Aus Warschau beruhigte Beck die Ungarn: Mussolini habe Hitler über alle Vorgänge in bezug auf die Karpato-Ukraine informiert. Trotzdem bat Ciano den ungarischen Militärattaché in Rom um schriftliche Aufzeichnungen, damit sich Italien vor dem Reich erklären konnte (155).

Die Reaktion der deutschen Seite auf die ungarischen Pläne hatte wohl das berechnete Ziel, Ungarn zum Austritt aus dem Völkerbund und zum Beitritt zum Antikominternpakt zu bewegen.

Unmittelbare Auswirkung des Protests der Achse war die Unterbindung der Freischärler-Unterstützung in der Karpato-Ukraine durch Polen (156). Als Hory dem polnischen Generalstabschef Stachiewicz am 22. November meldete, daß Ungarn alle militärischen Aktionen einstellen müßte, war man in Warschau mehr als pikiert: die Polen hatten bereits eine Kompanie Freischärler in die Karpato-Ukraine entsandt. Man fühlte sich von den Ungarn hintergan-

gen und lehnte jede weitere Freischärleraktion ab. An der Schaffung der gemeinsamen Grenze hielt man aber, nun auf eigene Kräfte hoffend, weiterhin fest.

Dieser Schritt führte zu einer Note von Moltkes an Außenminister Beck, in der Berlin und Rom die Aktion Ungarns verurteilten. Polen wurde aufgefordert, sich an die Beschlüsse des Wiener Schiedsspruchs zu halten und die Pressekampagne im Lande zu dämpfen. In der Frage der Karpatho-Ukraine könne er, von Moltke, "noch nicht recht darum glauben, dass tatsächlich eine militärische Aktion beabsichtigt sei" (157). Beck rückte von der militärischen Aktion ab, fragte aber, "ob angesichts der paradoxalen Lage, in der sich die Karpatho-Ukraine befände, nicht Möglichkeiten vorhanden seien, um auf friedlichem Wege dem Wunsche der Bevölkerung nach Anschluss an Ungarn Rechnung zu tragen" (158). Polens Standpunkt sei, daß in diesem Punkte den ungarischen Revisionsforderungen nachgegeben werde. Vielleicht könne man so die ungarischen Revisionspläne gegenüber Rumänien befriedigen. Von Moltke bestand jedoch auf die Einhaltung der Wiener Beschlüsse. Im übrigen müßten die ukrainisch-polnischen Beziehungen nicht unweigerlich die deutsch-polnischen belasten.

Am 22. November 1938 wurde das Gesetz über die Autonomie der Karpatho-Ukraine publiziert: es war mit 146 zu 23

Stimmen angenommen worden (159). Durch dieses Gesetz wurde die Karpato-Ukraine auch de jure föderativer Bestandteil der Tschechoslowakei. Fünf Monate später sollte der erste karpato-ukrainische Sejm zusammentreten. In der Zwischenzeit kämpfte Rumänien für die Erhaltung des Status quo in Ostmitteleuropa. Die im Verlauf seiner Europareise am 23. November in Paris geäußerte Aufforderung König Carols, die Garantiemächte des Münchner Abkommens sollten keine territorialen Veränderungen in Mitteleuropa mehr zulassen, fand keinen Anklang (160). In einer Unterredung am 24. November zwischen von Erdmannsdorff und Horthy erklärte der Reichsverweser, daß man Budapest aus Rom keine Absage hinsichtlich der ungarischen Militäraktion habe zukommen lassen. Die Bedenken des Reiches wegen des tschecho-slowakischen Widerstandes seien unbegründet. Das deutsche Eingreifen habe Ungarn schmerzlich berührt, sei aber noch rechtzeitig erfolgt, da sich das ganze Unternehmen aufgrund notwendiger Umgruppierungen und tschechischer Gegenmaßnahmen "um ein bis zwei Tage verzögert hätte" (161). Die Lebensunfähigkeit des Restes der Karpato-Ukraine würde sich in Kürze erweisen.

Am gleichen Tag zeigte auch König Carol im Gespräch mit Hitler "Interesse für das karpatho-ukrainische Problem" (162). König Carol von Rumänien war in Berchtesg-

den im Beisein von Ribbentrop von Hitler empfangen worden. Der König betonte die Notwendigkeit eines von Ungarn nicht berührten Weges nach Zentraleuropa. Dies sei eine vitale Frage, da jeder Weg über Ungarn für Rumänien niemals als sicher gelten könnte. Daher sei man gegen einen Anschluß der Karpato-Ukraine an Ungarn. Hitler antwortete, daß Deutschland nicht unmittelbar an diesem Problem interessiert sei und erst kürzlich diesen ungarischen Tendenzen entgegengewirkt habe, da man immer noch auf der Entscheidung von Belvedere beharre.

Dies entsprach jedoch nicht ganz der deutschen Position. Schon vor der Unterredung hatte sich Hitler gegenüber von Ribbentrop geäußert, daß die Frage der Karpato-Ukraine in bezug auf Rumänien offen bleiben sollte. Die Grundidee der deutschen Politik gegenüber Ungarn und Rumänien sei derzeit die, diese beiden Eisen im Feuer zu halten und je nach Entwicklung der Lage die Dinge im deutschen Interesse zu gestalten.

Was König Carol unter dem 'Weg nach Zentraleuropa' verstand, präziserte er am 26. November in einem Gespräch mit Göring. Er lehnte eine gemeinsame polnisch-ungarische Grenze ab, weil Rumänien neben der Eisenbahnverbindung über Polen nach Deutschland eine zweite über die Karpato-Ukraine und die Tschechoslowakei haben müßte; dies umsomehr, als der Ausbau des Donauschiffahrtsweges

als eine weitere große Verbindung zwischen Rumänien und Deutschland durch Ungarn - in Gemeinschaft mit Polen und Italien - behindert werden könnte (163).

Polen bildete nach der ungarischen Absage des Einmarschs am 21. November das schwächste Glied bei den gemeinsamen Grenzplänen. In Warschau wuchsen die Spannungen zwischen Beck und Stachiewicz, da das Militär stärker zum bewaffneten Eingreifen drängte (164). Die regulären polnischen Truppen wurden nicht von der Grenze abgezogen und geheime Organisationen beabsichtigten die Regierung zu entschlossenerem Handeln zu zwingen.

Die negative Haltung Deutschlands und Italiens zur ungarischen Lösung des karpato-ukrainischen Problems, das Drängen Polens und schließlich das Beigeben Ungarns führten zu einer immer verhärteteren politischen Lage.

Am 25. November versuchte von Moltke nochmals, Beck zur Aufgabe der Grenzpläne zu bewegen. Gegenüber Ungarn äußerte Beck, daß die Zusammenarbeit beider Staaten ungewiß bliebe, während Stachiewicz die karpato-ukrainische Angelegenheit noch nicht für erledigt hielt (165).

Rom sandte daraufhin seinen Konsul aus Preßburg in die Karpato-Ukraine. Gleichzeitig hielt sich in Chust der erste Legationssekretär der deutschen Gesandtschaft in Prag, Dr. Hamilkar Hofmann, auf, der vom Auswärtigen Amt den Auftrag erhalten hatte, an Ort und Stelle die Ver-

hältnisse zu erkunden. Der karpato-ukrainischen Landesregierung sollte er eine wohlwollende Stellungnahme des Reiches übermitteln (166).

Hofmann wurde kurz darauf erster deutscher Konsul in Chust - ein äußeres Merkmal der sich verschlechternden Beziehungen zwischen der Achse und Ungarn.

Hinzu kam die 'interne' Spannung zwischen Warschau und Budapest über die Verwirklichung der gemeinsamen Pläne. Außenminister von Kánya hielt die Lösung dieser Frage zu diesem Zeitpunkt für unmöglich. Wegen des Widerstandes anderer Mächte sollten Presse und Rundfunk als Propagandamittel eingesetzt werden, ohne daß die Regierungen im Vordergrund standen. Ungarn wollte auch in den laufenden Grenzverhandlungen mit der Tschecho-Slowakei eine Verzögerungstaktik anwenden, indem man keine Grenzgarantien abgab.

Der polnische Botschafter in Budapest, Orłowski, gab jedoch zu verstehen, daß die Presse in Polen für eine solche Kampagne nicht mehr zu gewinnen war, da die polnische Allgemeinheit durch die ungarische Unentschlossenheit brüskiert worden sei. In Warschau ziehe man militärische Schritte vor.

Damit waren selbst zwischen denen an einer gemeinsamen Grenze unmittelbar Interessierten, Differenzen offen ausgebrochen.

In Westeuropa begrüßte man - ohne die wahren Hintergründe zu kennen - die geänderte ungarische Haltung in bezug auf das karpato-ukrainische Problem.

Es hatte sich eine politische Wandlung vollzogen, die Ungarn aus der vorübergehenden Isolierung nach dem 21. November in eine nachhaltige Abseitsstellung drängen konnte: Hitler hatte erreicht, daß man die mitteleuropäischen Länder in die "deutsche Interessensphäre" (167) einbezog, wie sich der französische Botschafter François-Poncet seinem ungarischen Kollegen gegenüber in Rom äußerte. Aus dieser Perspektive betrachtet war es für Ungarn das Gebot der Stunde, das karpato-ukrainische Problem zumindest vorläufig aus den Blättern der europäischen Presse herauszuhalten. Die hieraus resultierende Zurückhaltung Ungarns fand wenig Sympathie in Polen. Stachiewicz teilte auch nicht die ungarische Befürchtung, daß Berlin und Rom beim Einmarsch Polens und Ungarns in die Karpato-Ukraine den Rückzug fordern würden. Rumänien und Jugoslawien hielten als geeignete Lösung ein zweites Belvedere, nun zwischen Ungarn und der Karpato-Ukraine vermittelnd, für möglich.

Als am 27. November Hitlers Ziel - der Erwerb sowjetischer Gebiete - erkennbar wurde und daß man in diesem Zusammenhang der Slowakei und der Karpato-Ukraine die Rolle eines Korridors zugedacht hatte, lenkte Ungarn

ein (168). Schon am 28. November teilte der ungarische Gesandte in Rom Außenminister Ciano mit, daß der 'Zwischenfall' Karpato-Ukraine abgeschlossen sei. Auch das Reich nahm die ungarische Entschuldigung an, wie aus dem Gespräch zwischen von Erdmannsdorff und dem Leiter der politischen Abteilung im ungarischen Außenministerium hervorgeht (169).

Sicherlich zwang auch die Haltung Jugoslawiens und Rumäniens Ungarn zum Einschwenken auf die deutsche Politik. Der ungarische Einmarsch in die Karpato-Ukraine hätte ein gemeinsames jugoslawisch-rumänisches Vorgehen nach sich gezogen. Zudem hatte die Reise König Carols einer Neuorientierung der rumänischen Politik nach Belvedere gedient. Das beim Besuch des Königs in Berlin abgeschlossene deutsch-rumänische Wirtschaftsabkommen (170) war indirekt gegen Ungarn gerichtet. Dem Abkommen zufolge sollte rumänisches Öl über Siebenbürgen, die Karpato-Ukraine und die Slowakei nach Deutschland fließen. Eine Festsetzung der Deutschen in Siebenbürgen lief aber den ungarischen Revisionsforderungen zuwider. Eher konnte man in der karpato-ukrainischen Angelegenheit zurückstecken, zumal diese eine für Ungarn positive Entwicklung zu nehmen schien: Am 30. November erhielt man Informationen, nach denen die groß-ukrainisch orientierte Regierung der Karpato-Ukraine unpopulär war (171).

Beobachter meinten, daß Budapest mit der Abstellung der Terroraktionen, dem Versprechen einer Autonomie und der Inaussichtstellung wirtschaftlicher Hilfe mehr erreichen könnte.

Offiziell schlug man diesen Weg auch ein, doch suchte man weiter nach Möglichkeiten, "diese Aktion" (172) zu verwirklichen. Partner in diesem Unternehmen war wieder Italien: Mussolini erklärte sich bereit, die Erlaubnis zur Besetzung der Karpato-Ukraine unter der Bedingung zu geben, daß auch das deutsche Plazet vorliege.

Am 28. November kehrte Hofmann von seiner Inspektionsreise durch die Karpato-Ukraine nach Prag zurück. Seiner Ansicht nach herrschte in der Karpato-Ukraine "völlige Ruhe, mit Ausnahme von Überfällen polnischer Terroristen an der Nordgrenze" (173). Ebenso wußte man von polnischen und ungarischen Grenztruppenverschiebungen. Gegen wen sie gerichtet waren und was man damit bezweckte, war unklar. Nach Hofmann waren jedoch die Meldungen über die "Existenz karpato-ukrainischer Terroristen ... unbegründet" (174).

In Prag wurde am 30. November der bisherige Präsident des Verwaltungsgerichts in Prag, Dr. Emil Hácha, mit 272 Stimmen zum Präsidenten der zweiten föderativen tschecho-slowakischen Republik gewählt. Die Regierung General Syrovýs demissionierte und mit ihr fiel auch die

Regierung Vološyn. Am folgenden Tag ernannte Hácha Rudolf Beran zum Ministerpräsidenten und betraute ihn mit der Neubildung der Regierung. Für die karpato-ukrainische Landesregierung wurde wiederum Vološyn vorgeschlagen und bestätigt. Dieser zweiten Regierung Vološyn gehörte nur noch Revay an, da Bačínškyj nicht mehr kandidiert hatte.

Anfang Dezember wurde die Lage immer gespannter. Ungarn hielt am Selbstbestimmungsrecht der 'Russinen' fest. Als solche betrachtete Ungarn aber nur die alteingesessene Bergbevölkerung, die zu 80% aus Analphabeten bestand. Von der gemeinsamen Grenze mit Polen sprach man in Budapest zumindest offiziell nicht mehr, während Polen eine Verständigung mit Rumänien über eine eventuelle Aufteilung der Karpato-Ukraine suchte. König Carol hielt diese Überlegungen für unrealistisch. Warschau erhoffte sich durch die Zerschlagung der Karpato-Ukraine die Bildung eines Staatenblocks zwischen der Sowjetunion und dem Deutschen Reich und innenpolitisch die Beendigung der Diskussion über das Ukrainertum.

Dementgegen entwickelte Deutschland immer mehr Aktivitäten in der Karpato-Ukraine. Anfang Dezember genehmigte die dortige Regierung den 'Deutschen Volksrat'. In allen deutschen Siedlungen wurden Ortsleiter nominiert. Vorgeesehen war die Aufstellung des 'Freiwilligen deutschen

Schutzdienstes'. Ein deutsches Schulinspektorat sollte in Svalava entstehen. Vertreter der deutschen Volksgruppe bei der Landesregierung wurde Oldofredi.

Diese deutschen Aktivitäten führten nicht nur bei den Polen und Ungarn, sondern auch bei den Sowjets zu Mißtrauen. So meldete der deutsche Botschafter in Moskau, Graf von der Schulenburg, daß der Kreml die Tschecho-Slowakei als deutschen Vasallenstaat betrachte, "als Sprungbrett für das weitere Vordringen Deutschlands in Richtung Sowjetunion"; die Karpato-Ukraine unter deutschem Einfluß werde als "Kristallisationspunkt für eine ukrainische Unabhängigkeitsbewegung" und "als eine große Gefahr" (175) angesehen.

Die vorübergehende Passivität Ungarns führte dazu, daß der Kabinettschef des polnischen Außenministeriums in Budapest nachfragte, ob Ungarn seine karpato-ukrainische Politik geändert habe (176). Gleichzeitig teilte Beck Csáky mit, daß Polen seine Grenzsperrre gegenüber der Tschecho-Slowakei teilweise aufgehoben habe, gedenke dies aber nicht gegenüber der Karpato-Ukraine zu tun.

Daß Csáky darauf nicht antwortete, lag an einem anderen Umstand. Am gleichen Tag (3.12.) äußerte sich nämlich in Warschau von Moltke gegenüber Hory dahingehend, daß das Reich eine Angliederung der Karpato-Ukraine an Ungarn mißbilligen müsse, da sowohl eine gemeinsame polnisch-

ungarische Grenze als auch eine Annäherung Warschau-Budapest unerwünscht sei. Das Reich sehe in der Karpato-Ukraine eine Basis zur Verwirklichung seiner Politik des 'Drangs nach Osten'. Diese Pläne müßten im Zusammenhang mit der Gründung einer Groß-Ukraine und der Isolierung Polens gesehen werden. Ungarn solle sich deshalb gegenüber Polen zu nichts verpflichten (177).

Hory meldete daraufhin am 5. Dezember nach Budapest, daß sich Warschau entschieden hätte, im Notfall - wenn die vitalen Interessen Polens bedroht wären - das Problem Karpato-Ukraine auch alleine, ohne die Ungarn, militärisch zu lösen (178).

Während Ungarn die Beziehungen zu Warschau schleifen ließ, versuchte man die zu Berlin zu intensivieren. So jedenfalls verstand man in Berlin die Wiedereröffnung des tschecho-slowakisch-ungarischen Eisenbahnverkehrs am 7. Dezember. Der ungarische Vertreter in Berlin deutete an, daß Ungarn dem Antikominternpakt beitreten wolle und an langfristigen wirtschaftlichen Beziehungen zum Reich interessiert sei (179). Trotz dieses ungarischen Entgegenkommens konnte sich von Ribbentrop nicht die Frage verkneifen, warum Ungarn dann immer noch Aktionen gegen die Karpato-Ukraine plane.

Daß das Reich in der Karpato-Ukraine neben politischen auch wirtschaftliche Interessen hegte, zeigte das mit

Wissen und Zustimmung der Prager Zentralregierung am 7. Dezember abgeschlossene Wirtschaftsabkommen zwischen der karpato-ukrainischen Landesregierung und der Gesellschaft für praktische Lagerstättenforschung m.b.H. in Berlin (180). Die Landesregierung übertrug der Gesellschaft die Erforschung und Ausbeutung aller territorialen Bodenschätze. Die geförderten Produkte sollten zunächst den Eigenbedarf des Landes decken, der Überschuß nach Deutschland exportiert werden. Von der Erdölförderung sollten 2% der Bruttoförderung im Lande bleiben. Gleichzeitig trafen Staatssekretär Keppler und Minister Revay ein Abkommen über wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen dem Deutschen Reich und der Karpato-Ukraine. Die Karpato-Ukraine sollte vor allem Holz, Milchprodukte und Wolle liefern; Deutschland Material zur Errichtung von Industrieanlagen. Darüber hinaus wollte Deutschland beim Ausbau der Hauptstadt und des Straßen- bzw. Eisenbahnnetzes behilflich sein.

Diese Zusammenarbeit brachte Ungarn in Verlegenheit. Ohne Zweifel hatte sich das deutsche Interesse verschoben. Ciano riet den Ungarn am 8. Dezember, sich die Gunst Deutschlands durch den Austritt aus dem Völkerbund und den Beitritt zum Antikominternpakt zu erobern. Die polnische Öffentlichkeit dagegen bescheinigte der ungarischen Regierung totales Versagen: Ungarn habe den

Zeitpunkt der Angliederung der Karpato-Ukraine versäumt. Anders werteten polnische Regierungskreise die Lage. Man riet Ungarn bezüglich der Karpato-Ukraine, in Berlin offen nachzufragen.

Drei Tage zögerte Budapest mit einer Entscheidung. Am 10. Dezember ließ man Beck durch den ungarischen Gesandten in Warschau wissen, Ungarn gebe die "bisherigen Pläne nicht auf" (181). Ändern wollte man jedoch die Taktik. Zunächst sollten die Pläne aus den Spalten des internationalen 'Blätterwaldes' verschwinden. Und dann wollte man die Zustimmung der Achsenmächte zu erreichen suchen.

In Warschau glaubte man mit anderen Mitteln vorgehen zu müssen. Man war überzeugt, daß die Ungarn durch die Unterbindung der Lebensmittel- und Waffentransporte in die Karpato-Ukraine schneller das gemeinsame Ziel erreichen würden.

Die polnische Seite führte diese Maßnahmen schon durch; hinzu kamen Störungen auf den Verkehrswegen und Aufwiegungen unter der Bevölkerung (182).

In einem Memorandum vom 10. Dezember an die deutsche Regierung sprach Ungarn unter Punkt fünf auch die Karpato-Ukraine als "heikle, komplizierte Frage" (183) an.

Budapest bezeichnete einen 50 x 200 Kilometer langen Streifen zerklüftetes Gebirgsland als das Gebiet, um

dessen Abtretung es gehe. Die Karpato-Ukraine sei politisch ein Korridor des Sowjetkommunismus zur Tschecho-Slowakei hin und in Zukunft vielleicht Verbindungsstück eines Panslawismus von Moskau bis Prag. "Wenn daher Ungarn ein gewisses Interesse für diesen Gebietsstreifen hat, so liegt dies daran, daß es vorteilhaft erscheint, die Westslawen (Tschechen und Slowaken) von den Ostslawen zu trennen und die schützende Karpatengebirgskette im eigenen Besitz zu haben, an welcher einzig und allein ein nachhaltiger Widerstand gegen von Osten her kommende Wellen geleistet werden könnte ... dies liegt nicht in letzter Linie nach unserem Ermessen auch im deutschem Interesse" (184).

Ungarn schob hier seinen historischen Missionsgedanken, Bollwerk des Westens zu sein, vor seine Revisionsansprüche gegen die Tschecho-Slowakei bzw. die Karpato-Ukraine.

Zur gleichen Zeit wurde in der Karpato-Ukraine entschieden, nur den Ukrainischen Zentralrat als politische Gruppierung zuzulassen. Alle anderen Parteien sollten in Kürze verboten werden.

Am 14. Dezember wurde in Chust ein Wirtschaftsrat gebildet, der einen Plan zum Ausbau der Wirtschaft erarbeiten sollte.

Am gleichen Tag ließ der polnische Außenminister Beck

den deutschen Botschafter in Warschau zu sich rufen. Auf die Lage in der Karpato-Ukraine eingehend, meinte der Außenminister, daß diese zu Unruhen in der polnischen Öffentlichkeit geführt habe. Außerdem seien in politischen Kreisen Befürchtungen laut geworden, daß "Deutschland die Absicht habe, von der Karpatho-Ukraine aus eine gegen Polen gerichtete Politik zu treiben, und in Deutschland argwöhne man, dass Polen eine 'Barrage' gegen die natürliche deutsche Expansion im Donaauraum errichten wolle. Letzteres sei grundfalsch und er hoffe, dass auch das erstere nicht richtig sei" (185).

Die durch die karpato-ukrainische Frage entstandene Spannung zwischen Deutschland und Polen wirkte sich auch auf das deutsch-ungarische Verhältnis aus. Man ließ den ungarischen Geschäftsträger in Berlin wissen, daß das Reich die slowakische Separationsbewegung billige und an dem Plan einer Groß-Ukraine festhalte (186). Ungarn müsse verstehen, daß Berlin in der Karpato-Ukraine eigene Interessen zu vertreten suche. In diesem Zusammenhang sei die am 18. Dezember gestartete Pressekampagne für die Karpato-Ukraine zu sehen.

Der deutsche Einfluß auf die Slowakei und die Karpato-Ukraine nahm zu. In der deutschen Presse erschienen gegen Ungarn gerichtete Artikel. Doch das sich verschlechternde Klima in Mitteleuropa war nicht nur auf die ge-

spannte Lage zwischen Deutschland, Polen und Ungarn zurückzuführen. In Moskau sah man Mussolini als den Hauptschuldigen: Italien plante eine Achse Rom-Budapest-Warschau (187).

Die deutsche Pressekampagne gegen Ungarn und Berlins Mißstimmung gegenüber Warschau waren Begleiterscheinungen der Verärgerung über die von Rom angestrebte Achse. Daß die karpato-ukrainische Frage nur als Mittel gegen die ungarische Revisionspolitik eingesetzt wurde, das die Ungarn zu antiitalienischen Stellungnahmen zwingen sollte, hatte man in Rom schnell durchschaut.

Der italienische Außenminister, der sich vom 19. bis zum 23. Dezember auf Einladung Horthys zur Jagd in Gödöllő aufhielt, erklärte am 20. Dezember, daß nun "eine Aktion gegen (die) Karpatho-Ukraine nicht mehr in Frage komme" (188).

In Polen bedauerte man derweil die Wiederaufnahme des Eisenbahnverkehrs zwischen Ungarn und der Karpatho-Ukraine, bedeutete sie doch nur eine Stärkung der Karpatho-Ukraine (189). Nach polnischen Berechnungen wäre bei Aufrechterhaltung der Blockade ein Chaos innerhalb des nächsten Monats unvermeidlich gewesen.

Ungarn seinerseits unternahm nur einen schwachen Protest gegen die deutsche Pressekampagne, den Sztójay am 31. Dezember in Berlin vortrug (190).

Nach dem endgültigen Scheitern der Achse Rom-Budapest-Warschau begann Mussolini zum Jahreswechsel mit einem neuen 'Bauwerk', der Achse Rom-Belgrad-Budapest.

Die Karpato-Ukraine hatte am 30. Dezember eine Umbenennung vorgenommen: aus der Karpats'ka Rus' wurde die Karpats'ka Ukraina. Wichtigste Stütze der Regierung wurde die Karpats'ka Sič, die sich seit Ende Dezember über das ganze Land ausgebreitet hatte und eine starke Massenorganisation wurde. Für eine verständnisvolle Zusammenarbeit mit der deutschen Minderheit war ja der 'Deutsche Volksrat' genehmigt und ein deutsches Schulinspektorat geschaffen worden (191).

Obwohl Warschau und Budapest offiziell nichts davon wissen wollten, hatten sie die Insurgententätigkeit in der Karpato-Ukraine mit Beginn des neuen Jahres intensiviert. Es wurde nämlich bekannt, daß ungarische Terroristen bei Berehovo, Munkács und Sevluš eingefallen waren. Seit November schon wurden polnische Terroraktionen bei Volové, Nyžni und Vyšni Verečky registriert.

Anfang Januar änderte sich die polnische Taktik. Man unterließ zwar die direkte Einflußnahme, doch vermehrten sich sprunghaft die 'Flüchtlinge' aus Galizien. Leider fehlte eine geschulte Gegenspionage, die Flüchtlinge von Insurgenten hätte unterscheiden können.

Eine am 2. Januar 1939 veröffentlichte offizielle Sta-

tistik der Tschecho-Slowakei informierte über die Einwohnerzahl und den Religionsproporz nach dem Spruch von Belvedere. Von 9.819.000 Einwohnern bekannten sich 63,5% zum römisch-katholischen Glauben, jeweils 7,5% gehörten der tschecho-slowakischen Staatskirche bzw. der evangelischen Kirche an, 5,25% bekannten sich zum griechisch-katholischen, 2,5% zum mosaischen Glauben und 6,5% gaben an, konfessionslos zu sein.

Am 3. Januar setzte die Prager Zentralregierung die finanziellen Beiträge zur Arbeitslosenunterstützung um die Hälfte herab. Diese Regelung sollte am 1. März in Kraft treten. Da sie auch für die Karpato-Ukraine galt, sorgte sie hier schon jetzt für böses Blut.

Der deutsche Botschafter in London, von Dirksen, übermittelte am 4. Januar den Inhalt der Neujahrsbotschaft der britischen Regierung. In England denke man hauptsächlich über die deutschen Ziele im Osten nach, wobei vor allem die ukrainische Frage großes Interesse bei der Bevölkerung fände. Man sei überzeugt, daß in der Karpato-Ukraine deutsche Agenten tätig seien, weil das Reich beabsichtige, sich den "Weizen, das Eisen, die Kohle und die Schwerindustrie der Ukraine, seiner Wirtschaft und Industrie dienstbar zu machen" (192). Wie dies erreicht werden sollte, wußte man in England noch nicht; aber "man rechnete damit, daß der erste Anstoß einer Neuordnung

Osteuropas von der ukrainischen Frage ausgehen wird, die von Deutschland aufgenommen und einer Lösung zugeführt werden würde" (193).

Der polnische Außenminister traf am 5. Januar in Berchtesgaden mit Hitler zu einem Meinungsaustausch zusammen, zu dem auch von Ribbentrop hinzugezogen wurde.

Der Führer dementierte die in der deutschen Presse hochgespielten Pläne einer Groß-Ukraine. Er bezeichnete sie als Spekulationen, zumal Deutschland keinerlei Interessen jenseits der Karpaten hätte. Ohne die Karpato-Ukraine zu erwähnen, sagte Hitler, daß die Ungarn schon im September 1938 eine Lösung hätten herbeiführen können. Nur durch ihre eigene zögernde Haltung, ihre Angst vor England und Frankreich hätten sie den günstigsten Zeitpunkt verpaßt. Hitler riet Polen zu einer politischen Lösung, die aber Ungarn 'gestalten' müßte. Im übrigen sollten in der karpato-ukrainischen Frage nur die unmittelbar Beteiligten, also Ungarn, Polen und Deutsche eine gemeinsame Entscheidung treffen (194).

In seiner Antwort qualifizierte Beck die Karpato-Ukrainer als alte Feinde, deren Agitation ein polnisches Eingreifen ermöglichen könnte. Dies sei die Grundlage der polnisch-ungarischen Grenzpläne.

Am folgenden Tag kam es zu einem weiteren Gespräch zwischen Beck und von Ribbentrop in München (195).

Von Ribbentrop bestand darauf, daß der Wiener Schieds-
spruch, der nur ethnographische Grenzen festgelegt hät-
te, unbedingt eingehalten werde. Im Gegensatz zu Hitler
am Vortag, sprach von Ribbentrop heute davon, daß man an
einer Verschiebung der Grenzen über die Karpaten hinaus
zumindest nicht uninteressiert sei. Der Reichsaußenmini-
ster bedauerte, daß sich die vieldiskutierte Frage der
Groß-Ukraine negativ auf die innenpolitische Situation
Polens ausgewirkt habe.

Da das polnische Mißtrauen letztlich nicht ausgeräumt
werden konnte, kam es zu weiteren Gesprächen.

In einer Unterredung am 9. Januar meinte von Ribbentrop
zu seinem polnischen Amtskollegen, man solle in Polen
verstehen, daß "Deutschland ein Desinteresse an einer
Grenzverschiebung auch darüber hinaus an der Tschecho-
slowakei und an der Karpatoukraine nicht ausspre-
chen" (196) könne. Er bezog sich hier wohl auf die An-
fang Januar im Grenzgebiet zwischen Ukrainern, Slowaken
und Ungarn erfolgten Zusammenstöße. Am 5. Januar war es
in und um Munkács zu ernstlichen militärischen Zwischen-
fällen gekommen. Nach ungarischer Darstellung hatten
tschechoslowakisches Militär und ukrainische Freischär-
ler - durch Artillerie und Panzerwagen unterstützt - das
nördliche Stadtviertel angegriffen. Die Gegenseite be-
schuldigte ungarische Terroristen. Nach einer ungari-

schen Intervention im tschecho-slowakischen Außenministerium entschloß sich Prag, zur Aufklärung der Vorfälle eine tschecho-slowakisch-ukrainische Kommission einzusetzen.

Zu neuen Grenzzwischenfällen kam es am 7. und 8. Januar bei Użhorod. Ungarische Terroristen sollten, geschützt durch reguläres Militär, zweimal die Grenze überschritten haben. Ein von Prag entsandter Unterhändler wurde von den ungarischen Terroristen beschossen und verwundet (197).

Dieser Zwischenfall war so schwerwiegend, daß man sogar in Rom aufmerksam wurde (198).

Man besaß wohl genauere Informationen; Ciano meinte, daß die Verantwortung für die Grenzzwischenfälle nicht ausschließlich bei Prag zu suchen sei. "Im Gegenteil. Die ungarische Haltung ist nicht sympathisch. Von den ersten Tagen an versuchen sie, dem Schiedsspruch von Wien entgegenzuarbeiten. Eine dumme Politik, denn sie reizt Deutschland und uns und wird sicher nichts zu einer Änderung der Lage beitragen" (199). Ciano riet den Ungarn daher, ihre "Regierung zu einem redlichen Verhalten ... ermahnen und davon abzusehen Zwischenfälle hervorzurufen, bei denen sie weder auf unsere noch auf die deutsche Unterstützung rechnen können" (200).

Erst am 11. Januar kam es zu Vereinbarungen zwischen Un-

garn und der Tschecho-Slowakei. Es sollte eine 1,5 km breite Pufferzone zwischen den Fronten geschaffen werden, eine gemischte Untersuchungskommission eingesetzt und die Gefangenen ausgetauscht werden.

In der Karpato-Ukraine wurde am 12. Januar die Wahl zum ersten Sejm ausgeschrieben. Alle politischen Parteien wurden nun aufgelöst. Die kommunistische Partei war schon am 27. Oktober 1938, die übrigen Parteien drei Tage später aufgehoben worden. Angestrebt wurde ein Einparteiensystem. Am 13. Januar rief der Führer des Ukrainischen Zentralen Volksrats, die Ukrainische Nationale Vereinigung, als einzige legitime politische Organisation aus.

In der Eile wurde übersehen, daß nach tschecho-slowakischem Recht alle ukrainischen Parlamentsmitglieder, die nicht auf der UNV-Liste standen, ihr Mandat verloren. Obwohl man in Chust diese Entscheidung schnellstens zu revidieren suchte, entschied das Oberste Verwaltungsgesicht in Prag, daß alle karpato-ukrainischen Abgeordneten und Senatoren de jure ihren Sitz im Prager Zentralparlament verloren hätten.

Auch das Zusammenleben mit den Slowaken gestaltete sich immer schwieriger. So erklärte der Oberbefehlshaber der Hlinka-Garde, der slowakische Staatsminister Karl Sidor, am 15. Januar gegenüber der Presse, daß nach dem Gesetz

über die Länderorganisation von 1927 die slowakisch-karpato-ukrainische Grenze nicht mehr geändert werden konnte.

Die Ukrainer bestanden jedoch auf einer separaten ukrainisch-slowakischen Übereinkunft in der Grenzfrage. Das slowakische Zugeständnis, zu den Wahlen zwei ukrainische Kandidaten aufzustellen, wurde in Chust als ungenügend abgelehnt, zumal die Kandidatenaufstellung ohne vorherige Rücksprache erfolgt war (201).

Das geheime Abkommen über Holzlieferungen zwischen Ungarn und der Karpato-Ukraine verärgerte die Tschechen und Slowaken (202). Die Ungarn hatten angeblich aus diesem Grund die Eisenbahnstrecke Jasinja-Prag, die nach dem Wiener Schiedsspruch teilweise auf ungarischem Territorium lag, am 13. Januar wieder freigegeben (203). Die nicht immer mit Prag abgestimmten Aktivitäten der karpato-ukrainischen Regierung führten immer häufiger zu Mißstimmungen. Eine Verschärfung der Situation brachte die Ernennung des tschechischen Generals Prchala am 16. Januar zum Minister der karpato-ukrainischen Landesregierung. Diese Einsetzung des Generals - als Ersatz für den resignierten Bačinskýj - durch Prag wurde als Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Karpato-Ukraine betrachtet und führte zu Protesten und Demonstrationen.

Dieser Vorgang hatte eine längere Vorgeschichte. Durch den Ausfall Bačinskýs war die Stelle des dritten Ministers freigeworden. Prag war bereit, einen Vorschlag aus Chust zu akzeptieren. Auf der offiziellen Regierungsliste standen drei Kandidaten: Augustin Stefany, Leiter des Schulressorts, Stefan Kločurak, Mitglied der Agrarpartei und ein gewisser Kolunjak, Kreisvorsteher in Tacovo. Favorit der Regierung war Kločurak. Der Ukrainische Nationalrat entsandte dagegen eine Delegation unter Fedir Revay, Bruder des Ministers Julian Revay, nach Prag, um eine eigene Kandidatenliste vorzulegen.

Inzwischen hatte aber Prag von sich aus den General ernannt. Leo Prchala (204) war zunächst Legionär in Rußland, besuchte dann die Militäarakademie in Paris und wurde schließlich Kommandant in Užhorod. Mit einer Russin verheiratet, verkehrte er überwiegend in russischen Emigrantenkreisen und stand dem polnischen Adel nahe. Zu den Ukrainern hatte er so gut wie keine Beziehungen. Dennoch richtete sich der Protest gegen seine Ernennung nicht gegen den General persönlich - er war als korrekter und erfahrener Beamter bekannt - sondern gegen die zentralistische Politik Prags.

Die antitschecho-slowakischen Demonstrationen waren vor allem Wasser auf die Mühlen der ungarischen Propaganda. Trotzdem kann angezweifelt werden, daß die Ernennung

durch Prag ausdrücklich gegen das Votum der karpato-ukrainischen Landesregierung gerichtet war. Vološyn, der am 14. Dezember des Vorjahres bei Beran weilte, war sich mit diesem darin einig, daß der dritte Minister der Karpato-Ukraine ein Tscheche werden sollte. Als dann am 17. Januar die Ernennung publik wurde, sah sich die Regierung Vološyn unter dem Druck der öffentlichen Meinung zu einer Reaktion gezwungen.

Die Prager Zentralregierung verstand diese Ernennung als Hilfe für die bedrängte Regierung in Chust. Prchala erzwang dann auch - dem Prager Zentralismusedanken folgend - die Entlassung einiger nationalistischer Regierungsmitglieder, darunter die des Pressechefs Komarinsky. Hencke leitete diese Überreaktion Prags von der tschechischen Unterlegenheit gegenüber dem Reich ab: war Prag in Berlin unterlegen, so wollte man im innerstaatlichen Bereich seine Autorität beweisen (205).

Erst am 20. Januar protestierte Chust telegraphisch gegen die Ernennung. Aber selbst in dieser Affäre behielt die Feststellung von Il'nyc'kyj ihre Gültigkeit: "Territorial klein und wirtschaftlich schwach, von feindseligen Ungarn und Polen umgeben, sah die Karpatho-Ukraine ihre Zukunft - bei aller Entschlossenheit, von der Autonomie nichts preiszugeben - in der Anlehnung an die Tschecho-Slowakei, ihre Chance in einer tschechisch-slo-

wakisch-ukrainischen Föderation" (206).

Dieses Ziel wird deutlich, wenn man die weitere politische Entwicklung betrachtet.

Am 22. Januar wurde das Einparteiensystem gesetzlich verankert. Einzige zugelassene Partei wurde die Karpato-Ukrainische Nationale Einheitspartei.

Um Unruhen vorzubeugen wurde ein Versammlungsverbot verhängt und das Tragen von Abzeichen, außer solchen in den Nationalfarben gelb-blau, untersagt.

Das Innenministerium gab bekannt, daß die Wahlen zum ukrainischen Landtag auf den 12. Februar festgelegt waren. Zweiunddreißig Abgeordnete sollten das Land im Sejm repräsentieren (207).

Die Stimmung steigerte sich zur Euphorie, als der slowakische Ministerpräsident Tiso am 27. Januar ankündigte, daß Deutsche und Ukrainer in der Slowakei einen eigenen Referenten erhalten sollten (208).

Die internationale Lage hatte sich zwischenzeitlich gewandelt. Das Reich hatte sich deutlich Rumänien genähert und während sich auch Ungarn immer stärker der Achsenpolitik anschloß, verschärfte sich seine Beziehungen zu Rumänien, da man in Budapest weiterhin an der Revisionspolitik gegenüber Bukarest festhielt.

Dazu äußerte Ciano in Rom gegenüber Villani, daß er nicht verstehe, "daß ein Land wie Ungarn, das sich sol-

che Sorgen wegen der deutschen Gefahr macht, nicht einsieht, wie gefährlich es ist, die Gegensätze mit Rumänien zu verschärfen auf das sich die gefährlichsten Begierden Berlins werfen könnten. Welches wäre die ungarische Lage an dem Tag, an dem sich die Deutschen auch an der transsylvanischen Grenze befinden würden?" (209).

Eine wahrhaft fatale Prophezeiung.

Von Mackensen, deutscher Botschafter in Rom, traf am 2. Februar zu einer Unterredung mit Ciano zusammen. Man war sich einig, daß man Rumänien auf ihre Seite bringen müsse. Der Botschafter versicherte, "die deutsche Regierung habe in keiner Weise Budapest abgeraten, sich mit Bukarest zu verständigen" (210).

Am 5. Februar überreichte der ungarische Gesandte im tschecho-slowakischen Außenministerium eine Note, in der man dagegen protestierte, daß die karpato-ukrainische Regierung die Einreichung einer Kandidatenliste der ungarischen Volksgruppe verhindert habe. Dieses Vorgehen verstoße gegen § 5 der Wiener Entscheidung (211).

Der Protest wurde erst am 12. Februar durch Minister Re-vay zurückgewiesen. In Chust erklärte man dazu, daß seinerzeit alle politischen Parteien suspendiert worden seien, dem ungarischen Nationalrat als Vertretung der Ungarn aber keine Beschränkung in seiner Tätigkeit auferlegt worden sei. Die Zurückweisung der ungarischen

Liste sei aus dem Grunde erfolgt, weil sie durch die Uneinigkeit der Ungarn zu spät eingereicht wurde (212). Größeres Entgegenkommen zeigte die ukrainische Landesregierung in deutschen Angelegenheiten. Durch eine Verordnung bewilligte der ukrainische Ministerpräsident der deutschen Volksgruppe in der Karpato-Ukraine die Bildung einer Organisation nach den Grundsätzen des Nationalsozialismus. Die Bewilligung erstreckte sich sogar auf die Verwendung des Hakenkreuzes und der deutschen Reichsflagge.

Als harten Schlag traf die Landesregierung das Urteil des Prager Wahlgerichtshofes vom 7. Februar, das acht ukrainische Mitglieder des Prager Zentralparlaments, die auf Listen der Parteien kandidiert hatten, die kürzlich in der Karpato-Ukraine verboten bzw. aufgelöst worden waren, ausschloß.

Von Weizsäcker unterrichtete am 9. Februar den italienischen Botschafter in Berlin darüber, daß Ungarn in Sachen Karpato-Ukraine nervös würde und auf eine Lösung des Problems dränge. Man vereinbarte, daß bei einer eventuellen Anfrage Ungarns lediglich auf den Wiener Schiedsspruch verwiesen werden sollte (213).

Die politische Umorientierung führte wohl am schnellsten in Rumänien zu neuen Ergebnissen. Der rumänische Außenminister Gafencu äußerte am 10. Februar gegenüber dem

deutschen Gesandten in Bukarest, daß Rumänien seine "frühere Auffassung geändert habe, da nach der Coupierung des direkten Verbindungsweges über die Tschecho-Slowakei nach Prag und Deutschland das Interesse an der Erhaltung des unpassierbaren Landstreifens, der sich Karpatho-Ukraine nennt, nicht mehr so groß sei" (214).

Die Wahl am 12. Februar in der Karpato-Ukraine verlief ruhig. Bei einer Wahlbeteiligung von 92,55% stimmten 243.557 von 263.202 Wählern (92,4%) für die Einheitspartei (215).

Daß der Wahlsonntag ohne Zwischenfälle ablief, war auf die deutschen Warnungen gegenüber Budapest zurückzuführen. Sztójay hatte am 9. Februar Altenburg gegenüber angedeutet, daß sich Budapest zum Eingreifen gezwungen sähe, falls es in der Karpato-Ukraine am Wahltag zu Unruhen käme (216). Zweimal innerhalb einer Woche hatte der ungarische Gesandte in Berlin nachgefragt, wie sich die deutsche Regierung verhalten würde, wenn es in der Karpato-Ukraine zu einer 'Explosion' käme. Woermann hatte jedoch beide Male vor ungarischen Eigenmächtigkeiten gewarnt.

Die innenpolitische Lage der Karpato-Ukraine wurde aber immer kritischer. Am 17. Februar erließ das Innenministerium ein Rundschreiben an alle Sicherheitsbehörden, jede staatsfeindliche und antinationale Propaganda ener-

gisch zu unterbinden. Man wußte, daß die Unruhen und die Propaganda gegen die ukrainische Regierung vom Ausland gesteuert wurden und deren Ziel es war, das Verhältnis zwischen Tschechen und Karpato-Ukrainern zu belasten (217).

Auch in den Gesprächen zwischen Ciano, der am 25. Februar nach Warschau gekommen war, und Beck spielte das karpato-ukrainische Problem eine Rolle. Ciano fand bei Beck eine "lebhaft Beunruhigung wegen der ruthenischen Frage. Man findet sich noch nicht damit ab, die Grenzen der Tschechoslowakei als endgültig zu betrachten und hofft noch auf die Schaffung einer gemeinsamen Grenze mit Ungarn. Die Sorge um das ukrainische Problem beherrscht im Stillen das polnische Denken, obwohl Beck oft mit Befriedigung, jedoch ohne Überzeugung, die von Hitler in dieser Beziehung abgegebenen Versicherungen betont" (218). In bezug auf die Tschecho-Slowakei äußerte Beck, sie sei "ein Provisorium, das auch lange dauern kann, ohne jedoch aufzuhören, ein Provisorium zu sein" (219).

In der Zwischenzeit sahen sich die Ungarn veranlaßt eine Erklärung für ihr Verhalten abzugeben. So bat der ungarische Militärattaché in Berlin, Hardy, am 27. Februar Staatssekretär von Weizsäcker privatim, die "kürzlichen Anfragen wegen etwaigen ungarischen Einrückens in die Karpatho-Ukraine nicht als ein p o l i t i s c h e s

Drängen aufzufassen. Die Gründe, welche Ungarn zu dem Wunsch veranlassten, das karpato-ukrainische Gebiet unter seine Verwaltung zu nehmen, seien ganz vorwiegend wirtschaftlicher Natur" (220).

Ab März wurden dann die Beziehungen zwischen der Karpato-Ukraine und der Tschecho-Slowakei gespannter. Prag mußte für das Finanzdefizit und die Versorgung des verkehrstechnisch abgeschnittenen Landes aufkommen. Chust bestand darauf, daß diese beiden Probleme zu den gemeinsam zu lösenden gerechnet wurden. Während Prag der Meinung war, wer zahlt sollte wenigstens ein Mitspracherecht erhalten, wollte Chust keinen weiteren Einfluß Prags dulden.

Zudem sah sich die Zentralregierung dazu gezwungen, die ungarische Propaganda, die die Karpato-Ukraine für sich reklamierte, zu entkräften, was sie auf der Grundlage des Wiener Schiedsspruchs versuchte (221).

Budapest verwandte dagegen wirtschaftliche Argumente, um seinen Anspruch auf die karpato-ukrainischen Gebiete zu untermauern (222).

Zwischen Ungarn und Tschechen suchte der italienische Gesandte in Prag zu vermitteln. Sein Vorschlag zur Lösung sah die Abtretung des Gebiets um Kaschau an die Tschechen gegen die der Karpato-Ukraine an die Ungarn vor.

In gleicher Weise wirkte der polnische Gesandte in Prag, Kasimir Papée. Von diesem erfuhr der ungarische Gesandte, daß Deutschland sein Interesse an der Karpato-Ukraine längst verloren habe und nur noch aus Prestigegründen an dem Spruch von Belvedere festhalte (223).

Die Aufgabe Polens und Ungarns läge darin, die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Karpato-Ukraine zu steigern. Auch Rumänien habe zum Märzanfang seine Getreidelieferungen an die Karpato-Ukraine eingestellt. Und schließlich soll Hitler Beck erklärt haben, er hätte sich bisher mit der Karpato-Ukraine nicht ernstlich beschäftigt.

Parallel zu diesen Bemühungen wurde in der polnischen und ungarischen Presse nicht nur die Loslösung der Karpato-Ukraine vom tschechischen Staatsverband, sondern auch die Unabhängigkeitsbestrebung der Slowakei unterstützt.

Csáky, seit Dezember 1938 Nachfolger von Kányas, übermittelte am 3. März eine wichtige Nachricht über die Koordinierung des ungarischen Vorgehens an Sztójay in Berlin. Die vorübergehenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Achse sollten voll in das ungarische Kalkül einbezogen werden. Sztójay sollte eine deutliche Stellungnahme einreichen: Budapest strebe den Besitz der Karpato-Ukraine nicht deshalb an, "um mit Polen eine ge-

meinsame Grenze zu haben, sondern damit die sogenannte ukrainische Regierung die Wälder nicht ausrotte. Wir streben also nicht nach dem Besitz des Karpatengrates, sondern danach, daß die Karpatoukraine bis zur oberen Grenze des Waldstreifens uns gehört" (224).

Es gäbe Anzeichen dafür, daß die Vološyn-Regierung durch die Abholzung der Wälder ihr Budgetdefizit abzudecken suchte. Diese Rodung aber - so sollte Sztójay argumentieren - hätte für Ungarn schlimme Folgen: die "ganze Karpathoukraine würde zum Karst werden, das Gebiet jenseits der Theiß aber, eines unserer reichsten Weizenanbaugebiete, würde zu einem Sumpfgelände werden" und daher "werde die ungarische Regierung gezwungen sein, zwischen der Untätigkeit und dem darauffolgenden Selbstmord oder dem Handeln zu wählen, und wahrscheinlich werde sie sich für die letzte Möglichkeit entscheiden" (225).

Diese Argumente sollten überzeugen, entbehrten aber jeder Grundlage: die Vološyn-Regierung hatte keine technischen Möglichkeiten, die Abholzung der Wälder überhaupt zu beginnen.

Csáky sah einfach eine Chance darin, die Aufmerksamkeit Berlins und Prags auf die Gefahren des Waldabbaus zu lenken. War dies vergeblich, konnte man immer noch zur Selbsthilfe greifen. Andererseits sollte Sztójay in Berlin versichern, daß "wir im Falle der Angliederung der

Karpathoukraine Deutschlands Verkehrswünsche nach Osteuropa weitestgehend honorieren würden, dergestalt, daß wir die vom Reich eventuell geplanten Straßen in das auszubauende ungarische Straßennetz einfügen würden. Wir wären sogar bereit, auch technische Wünsche über Straßenbreite, Baumaterial usw. zu beachten" (226).

Dies war ein offensichtliches Angebot der Ungarn.

Auf Sztójay's Anfrage in Berlin, ob Ungarn in diesem Zusammenhang "ein erstes Anrecht auf das Gebiet der Karpatho-Ukraine habe, bzw. bei einer Neuregelung ihm dieses Gebiet zugesprochen werden sollte" (227), erhielt er zur Antwort, Ungarn müsse sich gedulden. Die Gegenfrage von Ribbentrop, inwieweit Budapest in die über karpato-ukrainisches Gebiet laufenden Waffenlieferungen nach Polen verwickelt sei, wußte der ungarische Gesandte nicht zu beantworten (228).

Am 5. März wurde in Budapest bekannt, daß Rumänien seinen Widerstand gegen die ungarischen Pläne aufgegeben hatte. Bukarest war aber der Meinung, daß bei der Regelung der ungarisch-karpato-ukrainischen Frage auch die ungarisch-rumänischen Probleme gelöst werden sollten.

Am gleichen Tag enthob der tschecho-slowakische Staatspräsident Hácha den ukrainischen Minister Revay wegen ernster Differenzen mit General Prchala seines Amtes. Per Dekret wurde die ukrainische Landesregierung umge-

bildet. Ministerpräsident Vološyn erhielt zusätzlich die Ressorts für Justiz, Gesundheit, Soziales und Schulwesen; General Prchala erhielt das Innenministerium und war verantwortlich für die Finanzen und das Kommunikationswesen; Stefan Kločurak verwaltete die Ressorts für Agrikultur und öffentliche Arbeit (229).

Die erste Tätigkeit der dritten Regierung unter Vološyn war die Einrichtung eines Nationalfonds zum Aufbau der Karpato-Ukraine. Vološyn rief alle Ukrainer im In- und Ausland auf, ihren Beitrag zum Aufbau zu leisten.

Die ungarische Diplomatie nutzte auch die Schwierigkeiten zwischen Chust und Prag aus, indem man an den tschecho-slowakischen Außenminister mit dem Wunsch der Angliederung der Karpato-Ukraine an Ungarn herantrat. Dabei operierte man wie in Berlin mit den wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die dieses Gebiet Ungarn zufüge. Außenminister Chvalkovský "verschloß sich dem Gedanken nicht" (230), wollte aber nichts entscheiden, solange Deutschland nicht zugestimmt hatte. Budapest wußte aber, daß Deutschland nicht mehr sonderlich an der Karpato-Ukraine interessiert war.

Aus polnischen Kreisen hatte man erfahren, daß Polen bei antipolnischen Demonstrationen in der Karpato-Ukraine notfalls auch ohne die Ungarn in die Karpato-Ukraine einmarschieren wollte. In einem Gespräch am 7. März mit

Ciano unterstrich Beck, daß Polen keine militärische Intervention beabsichtige, sondern nur die Entstehung der ungarisch-polnischen Grenze wünsche. Ohne Deutschlands Einwilligung, warnte Ciano, sollten sich auch die Ungarn nicht an dieses Abenteuer wagen.

Am 7. März entschieden sich die UNV und die Delegierten des Sejms in Chust, gegen das Vorgehen der Prager Regierung zu protestieren. Die Berufung eines nichtukrainischen Ministers - gemeint war Prchala - sei ein Mißtrauensvotum gegen das ukrainische Volk und verstoße gegen das der Karpato-Ukraine am 22. November zugestandene Landesrecht. Auch habe die Handlungsweise Prags erneut große Unruhen hervorgerufen (231).

Staatspräsident Hácha unterzeichnete am 8. März ein Dekret, das die baldige Einberufung des autonomen karpato-ukrainischen Sejms vorsah.

Anfang März lebten in der Karpato-Ukraine auf 11.085 qkm 552.124 Menschen. Der ukrainische Bevölkerungsanteil betrug 70,6%, der ungarische 12,5%, der deutsche 12%, der rumänische 2,5% und der slowakische 1,3%. Nur 0,8% gehörten anderen Nationalitäten an (232).

Da Prag trotz der zeitweiligen Schwierigkeiten mit Chust nicht bereit war, mit der Karpato-Ukraine zu brechen, beeilte sich Budapest zu versichern, daß man nicht auf das Gebiet der Karpato-Ukraine spekuliere und es der

Herrschaft der Tschechen bzw. nach einer Einigung den Polen überlassen wolle (233).

Budapest räumte ein, daß die territoriale Frage zwischen Ungarn und der Tschechoslowakei durch den Wiener Spruch entschieden war, doch sei die Lösung der karpato-ukrainischen Frage für Ungarn lebenswichtig. Aus diesem Grunde soll Ungarn der Tschechoslowakei den Ankauf der Karpato-Ukraine angeboten haben (234).

Während Warschau geneigt war, eigene Interessen im Hinblick auf die polnisch-ungarische Freundschaft zurückzustellen, verstärkte Berlin die Beziehungen zur Slowakei und zu Rumänien.

So trafen am 7. März die slowakischen Minister Pružinský und Durčanský in Berlin ein. Diese Reise war wohl direkt mit Berlin verabredet worden, denn weder Außenminister Chvalkovský noch der deutsche Geschäftsträger in Prag, Hencke, wußten von ihr (235).

In einem Gespräch mit Göring erhielten die Slowaken die Versicherung, daß das Deutsche Reich die slowakische Autonomie weiterhin unterstützen werde (236).

Die Annäherung des Reichs an Rumänien war eine Folge der gerade entdeckten rumänischen Erdölvorkommen.

Dagegen verschlechterte sich das deutsch-polnische Verhältnis zusehends. Von Moltke meldete am 9. März aus Warschau, daß die Gründe der Verschlechterung "zunächst

einmal in der karpato-ukrainischen Frage" (237) zu sehen waren. In Polen schob man den Deutschen die Schuld dafür zu, daß die polnisch-ungarische Grenze nicht zustande gekommen war.

Im diplomatischen Corps Berlins war zu vernehmen, daß sich die Slowakei und die Karpato-Ukraine mit deutscher Hilfe unabhängig erklären würden, dann aber den Ungarn als Lohn für ihre Hilfe in einem etwaigen Krieg gegen Rumänien ausgeliefert würden (238).

Obwohl man in Berlin von der ungarischen Freundschaft nicht überzeugt war, sagte der Oberbefehlshaber des Heeres, von Brauchitsch, einer Ungarnreise zu (239).

Gleichzeitig mahnte von Ribbentrop die Ungarn nochmals zur Geduld. Man war in Berlin gegen jede Stärkung Polens, zumal man einen polnisch-ungarisch-rumänischen Block fürchtete (240).

In der Karpato-Ukraine hatte man durch Einlenken einen neuen modus vivendi mit der Zentralregierung gefunden. Da General Prchala wegen der Unruhen in Chust sein Amt nicht hatte antreten können, war eine interne Regierungsumbildung vorgenommen und von Prag akzeptiert worden.

Als Innenminister wurde für Prchala Mychajlo Braščajko eingesetzt; ferner wurden Dolynaj und Perevuznik in die Regierung aufgenommen.

Doch das Schicksal der Karpato-Ukraine war besiegelt. In einem Gespräch mit Sztójay am 10. März äußerte sich von Weizsäcker dahingehend, daß das Reich den Ungarn keine öffentliche Anerkennung in bezug auf die Karpato-Ukraine aussprechen könne.

Die deutsche Zurückhaltung war aufgegeben. Sztójay verstand und versicherte, daß nur der Reichsverweser und der Außenminister von diesem deutschen Zugeständnis erfahren sollten (241). Als Gegenleistung versprach der ungarische Gesandte jede deutschfeindliche Kritik in Ungarn zu unterbinden.

Mit diesem unausgesprochenen Plazet des Deutschen Reichs ging Ungarn die Verwirklichung seiner karpato-ukrainischen Pläne an.

5. Kapitel: Das Plazet des Reichs und die ungarische 'Polizeiaktion'

Die Verhandlungen am 10. März zwischen Tschechen und Slowaken führten zu keinem Ergebnis. Ein Teil der Slowaken hielt an der Föderation mit den Tschechen fest, ein anderer Teil wünschte ein deutsches Protektorat.

Die Lage spitzte sich zu, als Prag den slowakischen Ministerpräsidenten seines Amtes enthob und seinen bisherigen Stellvertreter, Josef Sivák, mit der Amtsführung betraute. Die Entlassung der Minister Pružinský und Durčanský wurde durch das plötzlich an diesem Tag einsetzende 'Trommelfeuer' der Reichspresse begleitet.

Obwohl sich Hitler offiziell von dieser Pressekampagne distanzierte, wurde deutlich, wem seine Gunst gehörte, als er am 13. März Tiso und Durčanský in Berlin empfing (242). Ein deutlicherer Affront gegen Prag war nicht möglich.

Die Spannungen innerhalb der Tschecho-Slowakei und das deutsche - freilich noch inoffizielle - Einlenken in der karpato-ukrainischen Frage gegenüber Budapest beflügelte die Ungarn in ihrem Vorgehen. Der ungarische Generalstabschef Werth schlug dem Außenminister vor, nun diese Frage im Einverständnis mit dem Reich und mit Polen zu bereinigen (243). Werth berichtete, daß unter Anleitung

aktiver Offiziere ein schlagkräftiger Verband entstünde, der jederzeit zum Einmarsch in die Karpato-Ukraine bereit sei. Zur Koordinierung der Aktionen sollte man in Chust ein ungarisches Konsulat einrichten.

Bukarest signalisierte am 10. März, daß es mit Budapest Verhandlungen über die karpato-ukrainische Frage aufnehmen wolle. Ungarn sah sich am Ziel seiner Wünsche, als der rumänische Außenminister erklärte, Rumänien werde keine Schwierigkeiten machen, wenn Ungarn in die Karpato-Ukraine einmarschieren sollte (244).

Ungewiß blieb nur noch die Frage nach der Besetzung der Slowakei durch die Deutschen. Am 11. März hatte Villani in Rom Ciano versichert, daß die slowakische Agitation "im Herzen der Ungarn neue Hoffnungen für die Lösung der ruthenischen Frage entzündet" habe und wenn "die Deutschen in die Slowakei vorrücken sollten, wollen die Ungarn eine gemeinsame Grenze herstellen" (245). Hier war aber wohl die polnisch-ungarische Grenze gemeint. Ciano traute mehr den Mitteilungen aus Berlin. So hieß es einmal, daß "die Slowaken die Lösung allein finden werden" (246). Außerdem wurde Ciano am folgenden Tag von Budapest gebeten, einem deutschen Einmarsch in die Slowakei entgegenzuwirken (247). Andernfalls sähe sich Ungarn gezwungen, aus strategischen Gesichtspunkten und wegen des politischen Gleichgewichts die Karpato-

Ukraine zu besetzen.

Während man in Rom die ungarische Besetzung als Folge einer deutschen darstellte, erklärte man sie in Warschau als gleichzeitiges Vorgehen.

Am 12. März zog Ungarn fast alle Truppen aus den an Deutschland angrenzenden Gebieten ab und konzentrierte sie an der Grenze zur Ostslowakei und der zur Karpato-Ukraine (248). Nicht festzustellen war, ob Polen drei Divisionen in seine karpato-ukrainischen Grenzgebiete beordert hatte.

Warschau hatte bisher entschieden Wert darauf gelegt, die ukrainische Frage rasch zu lösen und die gemeinsame Grenze mit Ungarn herzustellen (249). Parallel dazu unterstützte man auch die Selbstständigkeitsbestrebungen der Slowakei. Hinter dieser Politik stand der polnische Wunsch, entweder eine Eingliederung der Slowakei in den polnischen Staat zu erreichen, wenigstens eine militärische Verantwortung für sie zu übernehmen oder über sie die ukrainische Frage zu lösen.

In Chust wurden bereits am folgenden Tag die ungarischen militärischen Verschiebungen an ihrer Grenze registriert und man forderte von Prag die Bewaffnung der Sič.

Derweil man sich in der Karpato-Ukraine anschickte, Verteidigungsmaßnahmen zu treffen, wurde ihr Los anderweitig entschieden.

Noch am 13. März kamen von Erdmannsdorff und Altenburg mit dem stellvertretenden ungarischen Außenminister János Vörnle, Generalstabschef Werth, Ministerpräsidenten Graf Teleki und dem Reichsverweser zusammen und überreichten letzterem eine "Anregung" (250).

Diese war im Text nur umschrieben. Doch in einem handschriftlichen Brief auf seinem offiziellen Briefpapier "an den Führer und Reichskanzler" sagte Horthy über die Karpato-Ukraine, "dieses Quellgebiet ist für Ungarn - ich gebrauche ungern große Worte - faktisch eine Lebensfrage. Trotz unserer fünfwöchigen Rekruten gehen wir die Sache mit Begeisterung scharf an. Die Dispositionen sind bereits getroffen. Am Donnerstag, den 16. M. erfolgt ein Grenzzwischenfall, dem Samstag der große Stoß folgen soll" (251).

Aus dieser Antwort auf die deutsche 'Anregung' geht hervor, daß bereits ein Konzept über den Einmarsch in die Karpato-Ukraine mit allen Zeitangaben, Begleitumständen und Rechtfertigungen vorlag.

In der oben erwähnten Zusammenkunft hatte Werth die Meinung vertreten, mit dem Einmarsch in die Karpato-Ukraine wegen eines möglichen tschechischen Widerstandes und der kurzen Ausbildungszeit der Rekruten statt am 16. oder 18. März frühestens in einer Woche zu beginnen. Von Erdmannsdorff hatte geantwortet, daß dieser Termin ent-

schieden zu spät sei.

Wie der Brief Horthys zeigt, war sich Ungarn nun auch ohne formellen Beschluß der Zustimmung Deutschlands sicher. Der Verwirklichung der ungarischen Revisionspolitik gegenüber der Tschechoslowakei stand nichts mehr im Wege.

Am gleichen Tag analysierte von Moltke in Warschau die politische Lage Polens. Mittelpunkt der polnischen Politik sei nach wie vor die ukrainische Frage. Bei der Errichtung der polnisch-ungarischen Grenze solle die Karpato-Ukraine an Ungarn fallen. Dies habe Beck an eben diesem Tage nochmals bestätigt. Man rechne ferner damit, daß sich eine selbständige Slowakei nach Polen orientieren werde; eine Slowakei unter deutschem oder ungarischem Protektorat sei unerwünscht.

Abschließend bemerkte von Moltke, daß die Polen bei den Slowaken wegen der militärischen Grenzaufmärsche viele Sympathien verloren hätten (252).

Gleichzeitig begann Berlin damit, die Unruhen in der Karpato-Ukraine zu dämpfen, deren Ursache darin gesehen wurde, daß Prag in die Belange der Landesregierung "durch Einsetzen eines tschechischen Generals als Minister ... diktatorisch eingegriffen habe" (253).

Dem italienischen Botschafter in der Reichshauptstadt, Attolico, sagte man über das Vorhaben der Ungarn, "daß

diese in der letzten Zeit selbst bei uns mehrfach um freie Hand gegenüber der Karpatho-Ukraine gebeten hätten" (254). Berlin äußerte sich also sehr zurückhaltend und Attolico schien dieser Information nicht mehr Bedeutung als irgendeiner anderen beigemessen zu haben.

Während sich Budapest und Berlin einig waren, hatte Rom noch keine Entscheidung getroffen. Mussolini wollte der sich ausbreitenden slowakischen Krise noch keine Bedeutung beimessen. Eine Stellungnahme Deutschlands war "mit Ausnahme von Äußerungen allgemeiner Unzufriedenheit gegenüber der Prager Regierung" (255) in Rom nicht abgegeben worden. Nur von Ribbentrop gab Attolico am 14. März zu verstehen, "daß die deutschen Absichten aufs ganze gehen: Böhmen einverleiben, aus der Slowakei einen Vasallenstaat machen, Ruthenien den Ungarn geben. Man kann noch nicht sagen, wann und wie dies verwirklicht werden soll ..." (256). Zu diesem Zeitpunkt war die ungarische 'Polizeiaktion' bereits angelaufen.

Am 14. März begann der ungarische Einmarsch in die Karpatho-Ukraine (257). Die als 'Polizeiaktion' deklarierte Operation wurde mit den Grenzzwischenfällen von Anfang Januar begründet. Die ungarischen Verbände hatten den Befehl erhalten, die gesamte Karpatho-Ukraine zu besetzen (258).

Die ersten ungarischen Truppen wurden bei der Grenzüber-

schreitung nördlich von Munkács beobachtet. Das Ziel dieser vier Regimenter starken Truppe war Svalava.

Um 10 Uhr erteilte General Prchala den Befehl zum Widerstand (259).

Seit dem frühen Morgen wurden auch stärkere polnische Truppentransporte in Richtung Karpato-Ukraine ausgemacht (260). Beck war zwar der Ansicht, daß die Ungarn keine polnische Hilfe benötigten (261), doch für den Notfall stand man 'Gewehr bei Fuß' an der Grenze.

Mussolini und Ciano begrüßten den ungarischen Einmarsch und empfahlen einen raschen Vorstoß. Im Bedarfsfall wollten die Italiener diplomatische Unterstützung gewähren (262).

In Budapest herrschte dagegen Nervosität. Als offizielle Erklärung für das ungarische Vorgehen gab man an, daß durch die Proklamation der slowakischen Selbständigkeit die Karpato-Ukraine isoliert sei und Exzesse gegen die ungarische Minderheit zu befürchten seien (263).

Gleichzeitig wurde die Regierung in Chust aktiv. Nachdem sich die Slowakei selbständig erklärt hatte, proklamierte Vološyn die Unabhängigkeit der Karpato-Ukraine (264).

In diesem Zusammenhang meldete Hofmann, der sich seit dem 9. März als Konsul in Chust aufhielt, daß General Prchala dem Ministerpräsidenten seine Unterstützung im Falle der karpato-ukrainischen Selbständigkeit bei

gleichzeitiger Unabhängigkeitserklärung der Slowakei angeboten habe (265).

Noch im Laufe des Vormittags erfuhr Prchala von den Ereignissen in Prag - Zerschlagung der Tschecho-Slowakei durch den Einmarsch deutscher Truppen - und befahl den tschecho-slowakischen Einheiten in der Karpato-Ukraine die Demobilisierung.

Vološyn hatte Prchalas Angebot 'übersehen' und forderte den Tschechen- Gendarmeriekommandanten von Chust auf, die Waffen der ukrainischen Sič auszuhändigen, damit diese den Grenzschutz übernehmen konnte.

Für den Nachmittag war eine Sitzung der ukrainischen Regierung anberaumt. Als man zwischen 13 und 14 Uhr offiziell von der slowakischen Selbständigkeitserklärung erfuhr, teilte die Regierung Vološyn den Nachbarstaaten mit, daß es unter diesen Umständen auch der Karpato-Ukraine nicht möglich sei, noch länger im tschecho-slowakischen Staatsverband zu verbleiben.

Dem deutschen Reichsaußenminister teilte man mit, daß die Regierung der Karpato-Ukraine die Unabhängigkeit ihres Landes unter deutschem Schutz anstrebe (266).

Eine Protestnote sandte man dagegen der italienischen Regierung, mit deren Hilfe bzw. Billigung die Ungarn in die Karpato-Ukraine eingefallen waren.

Nachmittags um 15 Uhr übermittelte die ungarische Regie-

rung der in Prag ein auf zwölf Stunden befristetes Ultimatum, in dem es in bezug auf die Karpatho-Ukraine hieß: "Nichtsdestoweniger machen es die auf dem Gebiete Karpatho-Russlands unlängst stattgefundenen Ereignisse und die sich ständig wiederholenden Zwischenfälle ... der ungarischen Regierung zur Pflicht, von der tschechischen Regierung zu fordern", daß "die Räumung Karpatho-Russlands durch die tschechisch-mährischen Truppen binnen 24 Stunden begonnen werde" (267).

Um 22 Uhr überbrachte Kobr die Antwort der Prager Regierung (268). Prag zeigte sich den ungarischen Wünschen nicht prinzipiell verschlossen und hatte eine tschechische Evakuierung schon angeordnet. Die Bewaffnung der ungarischen Selbstverteidigungsorganisation wurde allerdings abgelehnt.

Das Eindringen weiterer ungarischer Verbände in die Ostslowakei wurde mit der Teilmobilisierung der slowakischen Streitkräfte beantwortet. Ungarn beschwichtigte, indem es die Grenzverletzungen als Verirrung einiger ungarischer Einheiten darstellte.

Ähnlich wie Ungarn in seinem Ultimatum an Prag argumentierte Woermann in seinem Rundtelegramm an die deutschen Botschaften vom 14. März. Wegen der Ernennung von General Prchala sei es zu Zusammenstößen zwischen tschechoslowakischem Militär und der ukrainischen Selbstschutz-

Organisation Sič gekommen. "Infolge dieser Vorgänge und wegen anderer Vorkommnisse an der Grenze wären Teile der ungarischen Armee in die Karpatho-Ukraine zur Sicherung der ungarischen Bevölkerung eingerückt" (269).

Anders lauteten freilich die vom ukrainischen Pressedienst am Nachmittag des 14. März veröffentlichten Nachrichten (270). Hier hieß es, Vološyn hätte einen Hilferuf an die Achsenmächte gerichtet. Im Lande sei alles ruhig; nur tschechisches Militär hätte die Grenzen besetzt. Man sei bereit, sich mit den Tschechen gegen einen gemeinsamen Angriff der Polen und Ungarn zu wehren. Notfalls werde man umfassende Maßnahmen zum Aufstand in sämtlichen ukrainisch bewohnten Gebieten Polens treffen. Gegen 17 Uhr traf sich die karpato-ukrainische Regierung mit allen Abgeordneten, um über die Selbständigkeit des Landes zu konferieren. Man war sich einig, weder mit den Tschechen noch den Slowaken weiterhin eine Föderation bilden zu können.

Auch aus internationaler Sicht verursachte der 14. März rege diplomatische Aktivitäten. Die ungarische Regierung hatte am 14. März noch keine andere Regierung über ihre militärische Aktion informiert.

Als der offizielle ungarische Einmarsch in die Karpatho-Ukraine am 15. März um 6 Uhr begann, war die 'Polizeiaktion' schon einen Tag alt.

Bisher hatten wohl nur Berlin und Budapest volle Kenntnis der wahren Ereignisse. Sztójay bemerkte ausdrücklich gegenüber Woermann, daß weder Rom noch Warschau von Budapest informiert worden seien (271).

Der ungarische Gesandte rechtfertigte nochmals die Aktion, die der Wiederherstellung der Ordnung diene (272). Sozusagen als Gegenleistung erfuhr Sztójay vom Einmarsch deutscher Truppen in Böhmen und Mähren (273). Selbst der deutsche Verbündete, Italien, wurde erst in den Mittagsstunden über die deutsche Aktion zur Errichtung des Protektorats informiert. Ein englisch-französisches Eingreifen hatte Berlin nicht befürchtet.

Aus den Tagebüchern Cianos geht hervor, daß sich er und Mussolini persönlich gekränkt fühlten. "Inzwischen kommt der Prinz von Hessen mit der üblichen Botschaft. Sie ist diesmal mündlich und sehr unbefriedigend. Der 'Führer' läßt uns sagen, er habe gehandelt, weil die Tschechen ihre Truppen nicht entließen, weil sie weiter mit Rußland in Verbindung blieben und weil sie die Deutschen mißhandeln. Diese Vorwände taugen vielleicht für die Propaganda von Goebbels, wenn man aber mit uns spricht, sollte man uns solches Geschwätz ersparen" (274).

Er war der Meinung, daß man jetzt nicht mehr die Tschechoslowakei von Versailles, sondern die von München und Wien zerschlage. Pessimistisch schrieb Ciano: "Welches

Gewicht kann in Zukunft noch jenen anderen Erklärungen und Versprechungen, die uns unmittelbar betreffen, beigelegt werden?" (275).

In Prag sah man dagegen noch am 15. März den "Ereignissen in der Slowakei und Karpatho-Ukraine ... verhältnismäßig gleichgültig" (276) zu.

Nur die karpato-ukrainische Vertretung in Prag hatte um deutschen Schutz gegen die einmarschierenden Ungarn gebeten. Gleichzeitig protestierte sie bei der Prager Regierung gegen die in der chaotischen Situation vorgekommenen tschechischen Ausschreitungen.

Eine für die Karpato-Ukraine angeordnete allgemeine Mobilmachung kam nicht zur Ausführung. General Svatek, Kommandant der tschecho-slowakischen Verbände in der Karpato-Ukraine, hatte nicht nur die Verteidigung des Landes, sondern auch die Rückeroberung von Munkács und Užhorod versprochen, mußte aber auf Befehl von Prchala am 15. März zurücktreten (277).

Gegen 15 Uhr - schon unter dem Donner ungarischer Kanonen - trat die ukrainische Regierung zu einer Sitzung zusammen. Es ging einzig um die Proklamation der Selbständigkeit der Karpato-Ukraine (278). Nochmals bat man um den Schutz des Deutschen Reiches und ließ über Konsul Hofmann fragen, ob Deutschland das Protektorat über die Karpato-Ukraine übernehmen wolle (279). Wenn nicht, wür-

de man sich an Rumänien wenden. Bukarest hatte gerade drei Jahrgänge zusätzlich mobilisiert.

Hofmann schien über die Zukunft der Karpato-Ukraine nicht genau informiert, da er erst in Berlin nachfragte, ob die Karpato-Ukraine wirklich den Ungarn zugesprochen worden sei. Von Weizsäcker konstatierte jedoch nur, "unter gegebenen Umständen ... (sehe) sich (die) Reichsregierung zu ihrem Bedauern nicht in der Lage, Protektorat zu übernehmen" (280).

Nach der Absage an die Ukrainer riet von Weizsäcker den Ungarn, ihren Vorstoß zu beschleunigen.

Göring beglückwünschte von Kánya zum Einmarsch und gab zu verstehen, daß die Slowakei unter deutschem Schutz stand (281). Dieser letzte Hinweis war gegen Polen gerichtet. Beck hatte nämlich in Budapest angeregt, unter irgendeinem Vorwand die administrativen Grenzen der Karpato-Ukraine zu überschreiten und die Eisenbahnlinie von Hamonna (?) zu besetzen (282). Die ungarischen Verbände hatten sich in ihrem Eifer bis auf slowakisches Gebiet vorgewagt. Jetzt entschuldigte sich Budapest dafür beim Deutschen Reich.

Göring hatte schon in einer früheren Unterredung mit Sztójay klar gemacht, daß Deutschland keinen Übergriff Ungarns oder Polens auf deutsches Einflußgebiet - zu dem auch die Slowakei zählte - dulden würde (283).

Die Entwicklung in Chust verlief in eigenen Bahnen. Die Regierung hatte auf ihrer Sitzung am Nachmittag die Republik ausgerufen, zu deren Präsidenten Vološyn gewählt wurde. Als Ministerpräsidenten nominierte er Julian Re-vay, in dessen Regierung alle früheren Regierungsmit-glieder ein Ressort übernehmen sollten.

Man ging auch auf das ungarische Ultimatum ein. Um Blut- vergießen zu vermeiden hatte Budapest die Chuster Regie- rung aufgefordert, die Gewalt dem einmarschierenden Kom- mandanten der Honvéd zu übertragen (284).

Die karpato-ukrainische Regierung antwortete, daß man den Konflikt durch Verhandlungen beilegen und drei Un- terhändler nach Budapest schicken wolle - allerdings nur dann, wenn alle militärischen Handlungen sofort einge- stellt würden (285).

Von Kánya antwortete, daß auch Ungarn zu Verhandlungen bereit sei, die militärischen Aktionen aber nicht einge- stellt werden könnten (286).

Budapest hatte jedoch schon eine eigene Interpretation für die Öffentlichkeit parat, die nicht der Realität entsprach (287). Dieser 'Deutung' zufolge hatte Vološyn "unter Anerbietung ewiger Freundschaft und inniger Zu- sammenarbeit (die) Unabhängigkeit der Karpatho-Ukraine durch (die) ungarische Regierung telegraphisch gefor- dert ..., die von ihm bisher de facto ausgeübte Gewalt

zur Verhütung von Blutvergießen dem Kommandanten der einmarschierenden Truppen übergeben" (288).

Diese Erklärung war freilich nur ein Wunschtraum Ungarns; die Wirklichkeit stellte sich anders dar: Vološyn bot Rumänien das Protektorat über die Karpato-Ukraine an. Bukarest lehnte zwar ab, doch forderte König Carol von Budapest die Erhaltung des Status quo. Andernfalls sollten alle interessierten Mächte konsultiert werden. Die Vermittlung Becks lehnte Vološyn ab. Insgeheim hatte Beck zur gleichen Zeit eine Division Freischärler an die Grenze zur Karpato-Ukraine beordert.

Ausblick und Wertung

Noch im Verlauf des 15. März kam es zu Streitigkeiten zwischen Ungarn, Polen und Rumänien. Beck versuchte bei den Rumänen zugunsten Ungarns zu intervenieren: Bukarest sollte nicht in die ungarische Invasion eingreifen, um diese nicht zweifelhaft erscheinen zu lassen (289).

Rumänien erkannte die politische Lage an, wünschte aber, daß Ungarn das Gebiet östlich von Chust, Bresna, Bistra und Wischkow unbesetzt ließe. Man versicherte, man werde die Grenzen nicht überschreiten, solange rumänische Interessen nicht verletzt würden (290).

Diese zurückhaltende Stellungnahme Bukarests wurde in Budapest dahingehend interpretiert, daß Rumänien nichts unternehmen werde. Eine Beteiligung der Rumänen an der ungarischen Aktion hatte man abgelehnt. Auch Polen sprach sich gegen jede Gebietsvergrößerung in der Karpato-Ukraine zugunsten Rumäniens aus.

Für Polen änderte sich die Sachlage allerdings schlagartig, als man noch am gleichen Tag vom deutschen Einmarsch in die Slowakei erfuhr. Bisher hatte Warschau auf die Polarisierung Polen-Ungarn und Slowakei-Rumänien gesetzt. Die veränderte Situation machte den Polen deutlich, daß ihnen nur das deutsche Vordringen nach Osten zur Gefahr wurde. Beck änderte seine Politik, suchte die

Annäherung an Rumänien und forderte von den Ungarn, die von Rumänen bewohnten Gebiete der Karpato-Ukraine Rumänien zu überlassen (291).

Während sich Ungarn stärker an das Reich gebunden hatte, geriet Polen in die Isolation, zumal es jetzt durch die deutschen Truppen von den Grenzen der Slowakei verdrängt wurde (292).

Um 18.30 Uhr hatte Radio Chust die Selbständigkeitserklärung der Karpato-Ukraine übertragen (293). Die meisten Regierungsmitglieder befanden sich zu diesem Zeitpunkt bereits auf der Flucht.

Während des folgenden Tages eroberten die Ungarn die Karpato-Ukraine und stießen bis zur polnischen Grenze vor. Bis zum 18. März erfolgte nach teilweise großem Widerstand der Bevölkerung und der Sič die völlige Besetzung des Landes. Die tschechischen Gendarmen wechselten auf rumänisches bzw. polnisches Gebiet und ließen sich entwaffnen.

Reichsverweser Horthy ließ aus Anlaß der Erreichung der polnischen Grenze durch die Honvéd an Staatspräsident Mościcki ein Glückwunschtelegramm senden, in dem von Freundschaft und Bruderverbindungen die Rede war (294).

Doch gleichzeitig zeigten sich die ersten ernstesten Gegensätze zwischen den Siegern. Nach Beck's Vorstellungen sollten nun zur allgemeinen Entspannung die von Rumänen

bewohnten karpato-ukrainischen Gebiete an Rumänien fallen (295). Csáky antwortete am 16. März, daß man über dieses Problem nicht mehr verhandeln wolle; ein eventuelles militärisches Eingreifen Rumäniens würde von der Honvéd zurückgeschlagen.

Bukarest zeigte jetzt - von Warschau unterstützt - großes Interesse an der Lösung der karpato-ukrainischen Frage. Daß man damals das Protektoratsangebot Vološyns ausgeschlagen hatte lag daran, daß Bukarest von der Absprache zwischen Berlin und Budapest gewußt hatte (296). Außenminister Csáky wies seinen Gesandten in Bukarest an, sich in der karpato-ukrainischen Angelegenheit uninformiert zu zeigen. Den rumänischen Gesandten in Budapest, Bossy, vertröstete man und ließ ihn wissen, Ungarn werde zu gegebener Zeit Verhandlungen einleiten (297). Auch Berlin forderte nun von Ungarn etwas mehr Deutschfreundlichkeit.

Unruhe verbreitete das deutsch-ungarische Vorgehen besonders unter den Südslawen. Der jugoslawische Gesandte in Rom äußerte, daß "Hitlers Politik seine österreichische Herkunft deutlich erkennen läßt" und vermutete, "die Deutschen würden jetzt nach Budapest vorstoßen und dann den Balkan angreifen" (298).

Lange konnte der schwebende Zustand nicht andauern und so kam es am 17. März zum ersten Eklat zwischen Warschau

und Budapest. Beck sagte, die Ungarn seien undankbar und würden nicht einmal eine Bitte Polens zugunsten Rumäniens akzeptieren. Budapest reagierte gereizt. Schulmeisterisch wurde Beck von Hory belehrt, daß polnische Gunstbezeugungen gegenüber Rumänien zu unterbleiben hätten, sollten die ungarisch-polnischen Beziehungen keinen Schaden erleiden. Die Honvéd hätte den Befehl die ganze Karpato-Ukraine zu besetzen und jede rumänische Aktion würde von der Honvéd beantwortet.

Diese Drohung glaubte man aussprechen zu dürfen, da weder mit Polen noch mit Rumänen schriftliche Abmachungen über die Karpato-Ukraine bestanden (299).

Am gleichen Tag erreichten die Unterhändler der geflüchteten Chuster Regierung, die Minister Braščajko und Dolynej, Budapest. Da Budapest die gesamte Karpato-Ukraine besetzt hatte und die Angelegenheit als erledigt betrachtete, galt diese Unterhandlung nur noch als Formalität. Als Gesprächspartner wurde ihnen daher Ministerialsekretär Újpéteri zugeteilt, der gleich bei der Vorstellung äußerte, er dürfe nur als Privatperson mit ihnen verhandeln (300). Die Minister erhofften sich von Ungarn die Autonomie für die Karpato-Ukraine und entschuldigten sich quasi dafür, daß ihr Land unter zu starken deutschen Einfluß geraten sei. Doch als Privatperson konnte Újpéteri selbst hierzu keine verbindliche

Stellungnahme abgeben.

Der 17. März wurde Cianos Meinung nach als bedrückend empfunden. "Sogar in Ungarn feiert man die Besetzung von Ruthenien nicht, man befürchtet schlimmere Dinge" (301). Am gleichen Tag noch gab Graf Teleki im ungarischen Oberhaus eine Erklärung zur "Besitznahme der Karpatho-Ukraine durch Ungarn" (302) ab.

Erst nachdem Sztójay von Ribbentrop gemeldet hatte, daß Ungarn die gesamte Karpatho-Ukraine besetzt halte, äußerten sich auch andere Regierungen zum Vorgefallenen. Freilich war die Reaktion auf den deutschen Vormarsch wesentlich stärker und ließ die ungarische Aktion in den Hintergrund treten.

England und Frankreich erkannten die Besetzung der Tschecho-Slowakei durch Deutschland nicht an. England dagegen sah in der Besetzung der Karpatho-Ukraine eine Wahrung ungarischer Interessen (303). Chamberlain hatte die Fehler seiner Münchner Politik eingesehen und erklärte, man werde demnächst gezielter eingreifen (304).

Am deutlichsten wurde Montgomery, amerikanischer Gesandter in Budapest, in einem Gespräch mit Vörnle (305). Der Ungar bestätigte, daß der Einmarsch mit deutscher Zustimmung erfolgte, worauf Montgomery erklärte, der Krieg sei unvermeidlich geworden. Die Vereinigten Staaten hätten mit dem Wirtschaftskrieg schon begonnen.

Die rumänischen Stellungnahmen machten deutlich, daß man aus Angst vor einem deutschen Angriff nicht in das Geschehen um die Karpato-Ukraine eingegriffen hatte.

Diese Angst war auch in Ungarn zu spüren. Es wurde alles vermieden, was das Mißtrauen Deutschlands hätte hervorrufen können (306).

Aus dieser Situation heraus suchte Budapest neue Kontakte zu Warschau. Beck wurde gebeten, die Demarche vom 17. März als ungeschehen zu betrachten.

Zu den Spekulationen über einen Angriff auf Rumänien bezog Budapest keine Stellung und ließ offen, wie Ungarn sich entscheiden würde, wenn Deutschland den Durchmarsch durch Ungarn verlangen würde.

Am 18. März brachte Csáky in einem Telegramm an von Ribbentrop den Dank Ungarns "für die verständnisvolle, vertrauensvolle und aufrichtige Freundschaft beseelte Haltung Deutschlands" (307) zum Ausdruck.

Inzwischen hatten rumänische Truppen die karpato-ukrainische Grenze überschritten. Man sei dazu von Polen gedrängt worden und fordere vier überwiegend von Rumänen bewohnte Gemeinden und die Eisenbahnlinie Körösmező.

Rumänien hatte zur Selbsthilfe gegriffen, da Deutschland eine Mittlerfunktion abgelehnt hatte.

Die Karpato-Ukraine war wieder in den ungarischen Staatsverband eingegliedert. Ungarn sicherte dem Gebiet eine

autonome Verwaltung und den Gebrauch der eigenen Sprache als gleichberechtigte Amtssprache zu. Aus diesem Grunde konnte die Karpato-Ukraine nicht in die allgemeine ungarische Komitatsverwaltung einbezogen werden. Sie bildete daher unter dem Namen Kárpátalja-Pidkarpatja ein eigenes Gouvernement mit dem neuen Regierungssitz Užhorod.

Die Verwirklichung der polnisch-ungarischen Grenze war nur durch die Zerschlagung der Tschecho-Slowakei möglich. Dies scheint allen Beteiligten schon im Oktober 1938 klar gewesen zu sein.

Budapest sah in der Angliederung der Karpato-Ukraine den Beginn ihrer Revisionspolitik, deren Ziel die territoriale Wiederherstellung des Ungarns vor Trianon war. Dafür nahm man den Gegensatz zu Jugoslawien in Kauf und schlug sich auf die Seite der Achsenmächte, auch in der Hoffnung, diese würden Jugoslawien von Gegenaktionen abhalten können.

Diese Zusammenarbeit war für beide Seiten von Nutzen. Das Deutsche Reich verwirklichte über Ungarn, das zwar nicht nationalsozialistisch oder faschistisch aber deutsches Einflußgebiet geworden war, einen Teil seiner 'Drang nach Osten'-Politik.

Die Zerstückelung der Tschechoslowakei war schon nach dem Anschluß Österreichs beschlossene Sache gewesen; nur

das 'wie' war noch unklar. Indem Hitler den Ungarn freie Hand in der Erfüllung ihrer Revisionsforderungen gegenüber den Tschechen gab (13. März), kam auch er einen Schritt weiter. Ob die Ungarn hier Handlanger der deutschen Politik gewesen sind, bleibt dahingestellt; die Folgen ihres Vorgehens in der Karpato-Ukraine waren im einzelnen nicht abzusehen. Unbestritten ist, daß Hitler die ungarischen Ziele kannte, das ungarische Vorgehen seiner eigenen Politik dienstbar machte.

Neben der Karpato-Ukraine war Polen der Verlierer dieses Zusammenspiels. Polens großes Entgegenkommen gegenüber den Ungarn entsprang dem Wunsch, seine frühere Großmachtstellung wiederzuerlangen und durch die gemeinsame Grenze mit Ungarn einen Block zwischen dem Deutschen Reich und der Sowjetunion zu bilden. Doch bereits am 16. März mußten die Polen erkennen, daß die Ungarn auch ihnen gegenüber nicht gewillt waren, auch nur ein Quentchen ihrer Revisionsforderungen aufzugeben.

Für das Deutsche Reich war dies das deutlichste Zeichen dafür, daß Polen im Ernstfall allein dastehen würde.

Die Generalprobe, der 'Blumenkrieg' in Ostmitteleuropa, war beendet und bestanden; der Vorhang konnte sich für weit dramatischere Kriegsschauplätze heben.

Abkürzungsverzeichnis

AA	= Auswärtiges Amt
amerik.	= amerikanisch
ADAP	= Akten zur deutschen auswärtigen Politik
brit.	= britisch
dt.	= deutsch
ebd.	= ebenda
frz.	= französisch
Hrsg.	= Herausgeber
it.	= italienisch
jugosl.	= jugoslawisch
OKW	= Oberkommando der Wehrmacht
PA	= Politische Abteilung
poln.	= polnisch
RAM	= Reichsaußenminister(ium)
rum.	= rumänisch
slow.	= slowakisch
tsch.	= tschechisch
ukr.	= (karpato-)ukrainisch
ung.	= ungarisch
UNV	= Ukrainische Nationale Verteidigung (Ver- einigung)
vgl.	= vergleiche

Anmerkungen

1. WEIDLEIN Ungarns Revisionspolitik.
2. Karpato-Ukrainer, auch Karpato-Rusyny, oft nur Rusyny, Rus(s)inen; in der vorliegenden Arbeit wird der Begriff Karpato-Ukrainer bzw. -Ukraine als Eigenbezeichnung gebraucht.
3. HAGEN S. 179.
4. ADAP Bd. 5 S. 76.
5. CIANO Tagebücher S. 61.
6. Ebd. S. 64.
7. Ebd. S. 75.
8. Vgl.: DOCUMENTS vol. 5 S. 240; ROTHSTEIN S. 86.
9. CIANO Tagebücher S. 80/1.
10. Ebd. S. 120.
11. Ebd. S. 125.
12. Vgl.: ADAP Bd. 1 S. 215/6.
13. Vgl.: KOZÍŇSKI; dort auch weitere Literatur.
14. Zur Zerschlagung der Tschechoslowakei vgl. im einzelnen: HOENSCH Revisionismus.
15. ADAP Bd. 4 S. 33; vgl. auch: HAGEN S. 169-79.
16. Siehe: BALLREICH; BIRČAK; FREY; JEVSEJEV; KRÁL; KROFTA; ŠANDOR; STERCHO; vgl.: HAGEN S. 179-86.
17. Zur Autonomiefrage vor 1938 siehe: FANO; LAEUVEN Polens Politik; MARKUS Le statut; ŠANDOR Karpats'ka

- Ukraina; SUŠKO Rokovania.
18. Vgl.: VOLOŠYN.
 19. Machnovščyna - anarchistische Bewegung (1917-20)
in der südlichen Ukraine, benannt nach ihrem
Führer Nestor Machno (gestorben 1935).
 20. MIRČUK S. 543-62.
 21. KARPATS'KA UKRAINA Zbirnyk S. 36.
 22. Arkas ist u. a. auch Autor einer kurzen
'Istoria Ukrainy' (Geschichte der Ukraine).
 23. Vgl.: BIRČAK.
 24. Gemisch aus Altkirchenslawisch und lokaler
Umgangssprache.
 25. Vgl.: HOENSCH Slowakei.
 26. Vgl.: ADAP Bd. 4 S. 32/3.
 27. Rundtelegramm des Leiters der PA. Berlin,
den 1. Oktober 1938, in: ADAP Bd. 4 S. 9.
 28. Ebd.
 29. Telegramm des Gesandten in Belgrad an das AA. Bel-
grad, den 4. Oktober 1938, in: ADAP Bd. 5 S. 261.
 30. Telegramm des Geschäftsführers in Prag an das AA.
Prag, den 4. Oktober 1938, in: ADAP Bd. 4 S. 33.
 31. Aufzeichnungen des Leiters der PA. Berlin, den
7. Oktober 1938 (Anlage) Notiz für den Führer,
in: ADAP Bd. 4 S. 45-7.
 32. Der Chef des OKW an das AA. Berlin, den 6. Oktober

- 1938, in: ADAP Bd. 4 S. 39.
33. Ebd.
34. Aufzeichnungen des Legationsrats Erich Kordt
(Büro RAM). Berlin, den 8. Oktober 1938,
in: ADAP Bd. 4 S. 48.
35. Vgl.: CIANO Tagebücher S. 247.
36. Vgl.: KEESINGS ARCHIV 8. Oktober 1938, E 3756.
37. Vgl.: MIRČUK S. 546.
38. Telegramm des Gesandten in Budapest an das AA. Buda-
pest, den 8. Oktober 1938, in: ADAP Bd. 4 S. 48.
39. Aufzeichnungen aus dem AA. Berlin, den 9. Oktober
1938, in: ADAP Bd. 4 S. 49.
40. Veröffentlicht Berlin, den 10. Oktober 1938,
in: ADAP Bd. 4 S. 50/1.
41. Aufzeichnungen des Vortragenden Legationsrats
Schliep. Berlin, den 11. Januar 1938, in:
ADAP Bd. 5 S. 29.
42. Der Botschafter in Warschau an das AA. Warschau,
den 2. September 1938, in: ADAP Bd. 5 S. 64.
43. Ebd.
44. Der Botschafter in Warschau an das AA. Warschau,
den 15. Oktober 1938, in: ADAP Bd. 5 S. 91.
45. Ebd.
46. Der Botschafter in Warschau an das AA. Warschau,
den 8. Oktober 1938, in: ADAP Bd. 5 S. 76.

47. Der Botschafter in Warschau an das AA. Warschau, den 8. Oktober 1938, in: ADAP Bd. 5 S. 76.
48. Ebd. S. 77.
49. Chiffretelegramm des ungarischen Militärattachés in Warschau an den Generalstabschef. Warschau, 10. Oktober 1938, in: ADAM Allianz S. 197/8.
50. Telegramm des Gesandten in Budapest an das AA. Budapest, den 13. Oktober 1938, in: ADAP Bd. 4 S. 63.
51. Dasselbe, 22 Uhr 56, in: Ebd. S. 63/4.
52. Dasselbe, 14. Oktober 1938, 5 Uhr 25, in: Ebd. S. 64.
53. Mitteilungen der italienischen Botschaft (14. Oktober 1938), in: Ebd. S. 64/5.
54. Aufzeichnungen des Legationsrats Hewel. München, den 14. Oktober 1938, in: ADAP Bd. 4 S. 68-71.
55. Ebd. S. 69.
56. Ebd.
57. Ebd.
58. Ebd. S. 70.
59. Ebd. S. 71.
60. Aufzeichnungen des Gesandten in Budapest, z. Z. München, 14. Oktober 1938, in: ADAP Bd. 4 S. 72/3.
61. Ebd. S. 72.
62. Evhen Konovalec (14.6.1891-23.5.1938), militärisch-politischer ukrainischer Führer, Mitbegründer der

Organisation Ukrainischer Nationalisten.

63. Woermann an Konsul von Druffel. Berlin, den 17. Oktober 1938, in: ADAP Bd. 4 S. 77.
64. Mitteilungen der italienischen Botschaft (14. Oktober 1938), in: Ebd. S. 73.
65. Aufzeichnungen des Staatssekretariats. Berlin, den 17. Oktober 1937 (soll 1938 sein), in: Ebd. S. 73/4.
66. Veröffentlicht ebd.
67. Der Geschäftsträger in Prag an das AA. Prag, den 17. Oktober 1938, in: Ebd. S. 75.
68. Aufzeichnungen ohne Unterschrift (ohne Datum). Besprechung Gen(eral) Feldmarschall Göring mit dem slowakischen Minister Durčanský, in: Ebd. S. 76.
69. Aufzeichnungen des Vortragenden Legationsrats Altenburg. 18. Oktober 1938, in: Ebd. S. 78/9.
70. Aufzeichnungen des Legationsrats Hewel. München, 19. Oktober 1938, in: Ebd. S. 79-83.
71. Ebd. S. 80.
72. Ebd. S. 82.
73. Ebd.
74. Ebd. S. 83.
75. Vgl.: (Anlage) Aufzeichnungen Warschau, den 20. Oktober 1938, in: ADAP Bd. 5 S. 91; Botschafter von Moltke an Vortragenden Legationsrat Schliep. Warschau, den 25. Oktober 1938, in: Ebd. S. 90.

76. Botschafter von Moltke an Vortragenden Legationsrat Schliep. Warschau, den 25. Oktober 1938, in: ADAP Bd. 5 S. 90.
77. Botschafter in Warschau an das AA. Warschau, den 19. Oktober 1938, in: Ebd. S. 82.
78. Ebd.
79. Telegramm des Botschafters in Warschau an das AA. Warschau, den 22. Oktober 1938, 0 Uhr 25, in: ADAP Bd. 5 S. 85/6; vgl.: Botschafter in Warschau an das AA. Warschau, den 19. Oktober 1938, in: Ebd. S. 82-4.
80. Botschafter in Warschau an das AA, in: Ebd. S. 86.
81. Aufzeichnung des Leiters der PA. Berlin, den 22. Oktober 1938, in: Ebd.
82. Aufzeichnungen des Botschafters in Rom. Rom, den 20. Oktober 1938, in: ADAP Bd. 4 S. 84/5.
83. Telegramm des Gesandten in Budapest an das AA. Budapest, den 20. Oktober 1938, 15 Uhr 30, in: Ebd. S. 85/6.
84. Darányi hatte sich geirrt. Die Grenzmarkierungen waren falsch und mit unterschiedlicher Farbe übertragen worden. Darányi hielt dann die großzügigere ungarische Markierung für die mit den Deutschen vereinbarte, während diese von einer engeren Grenzziehung ausgingen.

85. Telegramm der Gesandtschaft in Budapest an das AA. Budapest, den 20. Oktober 1938, in: ADAP Bd. 4 S. 86.
86. Aufzeichnungen des Staatssekretärs. Berlin, den 21. Oktober 1938, in: Ebd. S. 86/7 Anlage 1/2.
87. Telegramm des Gesandten in Budapest an das AA. Budapest, den 21. Oktober 1938, in: Ebd. S. 88.
88. Telegramm des Leiters der PA an die Gesandtschaft in Budapest. Berlin, den 21. Oktober 1938, in: Ebd.
89. Veröffentlicht ebd. S. 90/1.
90. Jary-Gruppe - eine ukrainische Gruppe, die mit Hitler zusammengearbeitet haben soll. Jary scheint ein Pseudonym gewesen zu sein. Das Thema wurde bis heute wenig bearbeitet.
91. Von Erdmannsdorff an Woermann. Berlin, den 22. Oktober 1938, in: ADAP Bd. 4 S. 91/2.
92. Telegramm des Gesandten in Budapest an das AA. Budapest, den 23. Oktober 1938, 22 Uhr 55, in: Ebd. S. 97/8.
93. Aufzeichnungen des Legationsrats Hewel. Berchtesgaden, den 24. Oktober 1938, in: ADAP Bd. 5 S. 87-91.
94. Der Botschafter in Warschau an das AA. Warschau, den 25. Oktober 1938, in: Ebd. S. 91-3.
95. Derselbe, 27. Oktober 1938, in: Ebd. S. 96.

96. Der Botschafter in Warschau an das AA. Warschau, den 27. Oktober 1938, in: ADAP Bd. 5 S. 96.
97. Der Präsident der slowakischen Regierung an den Reichsaußenminister. Bratislava, den 25. Oktober 1938, in: Ebd. S. 99-100.
98. Aufzeichnungen des Staatssekretärs. Berlin, den 28. Oktober 1938, in: Ebd. S. 98.
99. Ebd.
100. Aufzeichnungen des Staatssekretärs. Berlin, den 29. Oktober 1938, in: ADAP Bd. 4 S. 104.
101. Die Gesandtschaft in Budapest an das AA. Budapest, den 30. Oktober 1938, in: Ebd.
102. Notiz des Chefs des Protokolls. Wien, den 30. Oktober 1938, in: Ebd. S. 105.
103. Der Gesandte in Bukarest an das AA. Bukarest, den 28. Oktober 1938, in: ADAP Bd. 5 S. 270.
104. HENCKE S. 218.
105. Dokumente zum Wiener Schiedsspruch, vgl.: ADAP Bd. 4 S. 106-14; KEESINGS ARCHIV 1938, D 3798; vgl. auch die Darstellungen: HENCKE S. 217-25; ŠANDOR Karpats'ka Ukraina S. 326/7.
106. Vgl.: Aufzeichnungen über die Verkündung des Schiedsspruchs in Anwesenheit der vier Außenminister am 2. November 1938 um 19 Uhr, in: ADAP Bd. 4 S. 112.

107. Zum Text vgl.: ADAP Bd. 4 S. 112/3.
108. Zum Grenzverlauf vgl.: Ebd. S. 114.
109. Vgl.: ŠĀNDOR Karpats'ka Ukraina S. 327.
110. Chiffretelegramm des ungarischen Gesandten in Warschau an den Außenminister (3.11.38), in:
ÁDÁM Magyarország S. 84.
111. DOKUMENT Interview S. 219.
112. Vgl. Osteuropa 13 (1937/38) S. 325-32.
113. Rundtelegramm des Leiters der PA. Berlin, den 5. November 1938, in: ADAP Bd. 4 S. 120/1.
114. Der Geschäftsträger in Prag an das AA. Prag, den 6. November 1938, in: Ebd. S. 121/2.
115. KEESINGS ARCHIV 1938, F 3798.
116. ÁDÁM Magyarország S. 92.
117. Telegramm des ungarischen Militärattachés in Warschau an den Generalstabschef (15.11.38), in: Ebd. S. 119.
118. Vgl. seine Erinnerungen: BIRČAK.
119. KARPATS'KA UKRAINA Zbirnyk S. 36.
120. Aufzeichnungen des Vortragenden Legationsrats Schliep. Berlin, den 9. November 1938, in: ADAP Bd. 4 S. 123.
121. Chiffretelegramm des ungarischen Gesandten in Warschau an den Außenminister. Warschau, den 9. November 1938, in: ÁDÁM Allianz S. 200/1.

122. Chiffretelegramm des Außenministers an den ungarischen Gesandten in Warschau (9.11.38),
in: ÁDÁM Magyarország S. 97-8.
123. Telephonchiffretelegramm des ungarischen Gesandten in Rom an den Außenminister (11.11.38),
in: Ebd. S. 107/8.
124. Aufzeichnungen des Leiters der PA. Berlin, den 12. November 1938, in: ADAP Bd. 5 S. 105.
125. Ebd. S. 106.
126. Notiz des Leiters der PA. Berlin, den 11. November 1938, in: ADAP Bd. 4 S. 127.
127. Konsul von Druffel an Woermann. Preßburg-Bratislava, den 15. November 1938, in: Ebd. S. 132-4.
128. Aufzeichnungen des Vortragenden Legationsrats Altenburg. Berlin, den 29. November 1938,
in: Ebd. S. 152.
129. Bericht des ungarischen Gesandten in Rom an den Außenminister (12.11.38), in:
ÁDÁM Magyarország S. 108/9.
130. Chiffretelegramm des ungarischen Gesandten in Berlin an den Außenminister (14.11.38), in:
Ebd. S. 112/3.
131. Vgl. dazu: HENCKE S. 219-23.
132. Chiffretelegramm des ungarischen Gesandten in Warschau an den Außenminister (15.11.38), in:

ÁDÁM Magyarország S. 118/9.

133. Katljura, wahrscheinlich Simon Petlura (5.5.1879-25.5.1926) gemeint. "Petlurivec" (Anhänger Petluras) ist heute noch ein Schimpfwort in der Sowjetunion für jeden national gesinnten Ukrainer.
134. Der Gesandte in Budapest an das AA. Budapest, den 15. November 1938, in: ADAP Bd. 4 S. 132.
135. Chiffretelegramm des Außenministers an den ungarischen Gesandten in Warschau (17.11.38), in: ÁDÁM Magyarország S. 126.
136. Aufzeichnungen des polnischen Gesandten in Budapest an den Kabinettschef des ung. Außenministers (17.11.38), in: Ebd. S. 128/9.
137. Telegramm des ung. Militärattachés in Warschau an den ung. Generalstabschef (18.11.38), in: Ebd. S. 133/4.
138. Telegramm des Leiters der PA an die Gesandtschaft in Budapest. Berlin, den 18. November 1938, in: ADAP Bd. 4 S. 135/6.
139. Sztójay an von Kánya. Berlin, 18. November 1938, in: ÁDÁM Allianz S. 202.
140. Telephonchiffretelegramm des ung. Gesandten in Rom an den Außenminister (18.11.38), in: ÁDÁM Magyarország S. 134.
141. Telegramm des Leiters der PA an die Gesandtschaft

- in Prag. Berlin, den 19. November 1938,
in: ADAP Bd. 4 S. 137/8.
142. HENCKE S. 236.
143. Tagesbericht über die Unterredung zwischen dem deutschen Gesandten in Budapest und dem ung. Außenminister (19.11.38), in: ÁDÁM Magyarország S. 137/8.
144. Telegramm des Gesandten in Budapest an das AA. Budapest, den 19. November 1938, in: ADAP Bd. 4 S. 138.
145. Aufzeichnungen über das Telefongespräch zwischen dem ung. Militärattaché in Rom und dem Leiter der Abteilung VI/2 im Ministerium für Landesverteidigung (19.11.38), in: ÁDÁM Magyarország S. 138/9.
146. Telegramm des Gesandten in Budapest an das AA. Budapest, den 20. November 1938, in:
ADAP Bd. 4 S. 140.
147. Telegramm des ung. Militärattachés in Warschau an den ung. Generalstabschef (20.11.38), in:
ÁDÁM Magyarország S. 140-4.
148. Aufzeichnungen des Reichsaußenministers. Berlin, den 21. November 1938, in: ADAP Bd. 5 S. 280.
149. Aufzeichnungen des Leiters der PA. Berlin, den 21. November 1938, in: ADAP Bd. 4 S. 143/4.
150. Telephonchiffretelegramm des ung. Außenministers an den ung. Gesandten in Berlin. Budapest, den 21. No-

vember 1938, in: ÁDÁM Allianz S. 203.

151. Telegramm des Geschäftsträgers in Prag an das AA. Prag, den 23. November 1938, in: ADAP Bd. 4 S. 147/8.
152. HENCKE S. 234.
153. Note der dt. Regierung an die ung. Regierung. Budapest, 21. November 1938, in: ÁDÁM Allianz S. 203-205; ÁDÁM Magyarország S. 143/4; vgl.: HENCKE S. 234-8.
154. Vgl.: ÁDÁM Magyarország S. 144/5.
155. Ebd. S. 147/8.
156. Ebd. S. 150/1.
157. Brief-Telegramm des dt. Botschafters in Warschau an das AA. Warschau, den 22. November 1938, in: ADAP Bd. 5 S. 112.
158. Ebd. S. 113.
159. Text vgl.: VERFASSUNGSGESETZ.
160. Vgl.: ÁDÁM Magyarország S. 154.
161. Telegramm des Gesandten in Budapest an das AA. Budapest, den 24. November 1938, in: ADAP Bd. 4 S. 150/1.
162. Aufzeichnungen des Reichsaußenministers. 24. November 1938, in: ADAP Bd. 5 S. 282-6.
163. Ministerialdirektor Wohlthat an Ministerialdirektor Wiehl. Berlin, den 1. Dezember 1938 (Anlage vom

30. November), in: ADAP Bd. 5 S. 288.
164. Vgl.: ÁDÁM Magyarország S. 156.
165. Ebd. S. 161/2.
166. HENCKE S. 237.
167. ÁDÁM Magyarország S. 165/6.
168. Ebd. S. 174-81.
169. Ebd. S. 184/5.
170. Ebd. S. 190-2.
171. Ebd. S. 190.
172. Ebd. S. 193-6, Beilage.
173. Telegramm des dt. Geschäftsträgers in Prag an das
AA. Prag, den 28. November 1938, in:
ADAP Bd. 4 S. 151.
174. HENCKE S. 238.
175. Der dt. Botschafter in Moskau an das AA. Moskau,
den 3. Dezember 1938, in: ADAP Bd. 5 S. 116.
176. Vgl.: ÁDÁM Magyarország S. 204/5.
177. Ebd. S. 206-8.
178. Ebd. S. 211/2.
179. Ebd. S. 217.
180. Vgl.: ADAP Bd. 4 S. 157/8.
181. ÁDÁM Magyarország S. 236.
182. Vgl.: Ebd. S. 228.
183. Memorandum der ung. Regierung an die dt. Regierung.
Budapest, 10. Dezember 1938, in:

ÁDÁM Allianz S. 205-11.

184. Ebd.
185. Aufzeichnungen des dt. Botschafters in Warschau.
Berlin, den 15. Dezember 1938, in:
ADAP Bd. 5 S. 121.
186. Vgl.: ÁDÁM Magyarország S. 245/6.
187. Ebd. S. 271-4, 277/8.
188. Der Gesandte in Budapest an das AA. Budapest,
den 20. Dezember 1938, in: ADAP Bd. 5 S. 296/7.
189. Vgl.: ÁDÁM Magyarország S. 282.
190. Ebd. S. 285.
191. Vgl.: KEESINGS ARCHIV 1939, B 3873.
192. Der Botschafter in London an das AA. London, den
4. Januar 1939, in: ADAP Bd. 4 S. 315-7.
193. Ebd.
194. Aufzeichnungen des Gesandten Schmidt (Büro RAM).
München, den 5. Januar 1939, in:
ADAP Bd. 5 S. 127-32.
195. Ebd.
196. Aufzeichnungen des Reichsaußenministers. Berlin,
den 9. Januar 1939, in: Ebd. S. 132-4.
197. KEESINGS ARCHIV 9. Januar 1939, B 3882.
198. Vgl.: CIANO Tagebücher 1939, S. 20.
199. Ebd. S. 22.
200. Ebd.

201. Vgl.: KEESINGS ARCHIV 1939, E 3892.
202. Von diesem Abkommen spricht ŠANDOR Karpats'ka
Ukraina S. 331; einen Quellenbeleg gibt es nicht.
203. Vgl.: Ebd.
204. Zu Prchala vgl.: Ebd. S. 330/1; HENCKE S. 280/1.
205. Vgl.: HENCKE S. 280/1.
206. IL'NYC'KYJ Bd. 1 S. 195/6.
207. Vgl.: KEESINGS ARCHIV 1939, E 3897.
208. Vgl.: Ebd. E 3908.
209. CIANO Tagebücher 1939, S. 38.
210. Ebd. S. 32.
211. Vgl.: KEESINGS ARCHIV 1939, F 3929.
212. Vgl.: Ebd. G 3939.
213. Aufzeichnungen des Staatssekretärs. Berlin, den
9. Februar 1939, in: ADAP Bd. 4 S. 181/2.
214. Der Gesandte in Bukarest an das AA. Bukarest, den
10. Februar 1939, in: ADAP Bd. 5 S. 324.
215. Vgl.: KEESINGS ARCHIV 1939, F 3939.
216. Telegramm des Staatssekretärs an die Botschaft in
Rom. Berlin, den 12. Februar 1939, in:
ADAP Bd. 4 S. 182.
217. Vgl.: KEESINGS ARCHIV 1939, A 3946.
218. CIANO Tagebücher 1939 S. 45.
219. Ebd.
220. Aufzeichnungen des Staatssekretärs. Berlin, den

27. Februar 1939, in: ADAP Bd. 5 S. 336.
221. Aufzeichnungen des Vortragenden Legationrats
Altenburg. Berlin, den 1. März 1939,
in: ADAP Bd. 4 S. 192-5.
222. Vgl.: ÁDÁM Magyarország S. 513/4.
223. Vgl.: Ebd. S. 514/5.
224. ÁDÁM Allianz S. 214/5.
225. Ebd.
226. Ebd. S. 215.
227. Aufzeichnungen des Reichsaußenministers. Berlin,
den 4. März 1939, in: ADAP Bd. 4 S. 196.
Vgl.: ÁDÁM Magyarország S. 523/4.
228. Vgl.: Ebd.
229. Vgl.: Ebd. S. 527/8; KEESINGS ARCHIV 1939, E 3976.
230. ÁDÁM Magyarország S. 526.
231. Vgl.: KEESINGS ARCHIV 1939, E. 3970.
232. Ebd. A 3978.
233. Telegramm des Geschäftsträgers in Prag an das AA.
Prag, den 8. März 1939, in: ADAP Bd. 4 S. 198.
234. Telegramm der Gesandtschaft in Prag an das AA.
Prag, den 8. März 1939, in: Ebd. S. 198/9.
235. Vgl.: HENCKE S. 266-9. Auch hier scheint es sich
um eine vom Sicherheitsdienst organisierten und
finanzierten Reise gehandelt zu haben; vgl.:
Ebd. S. 152.

236. Vgl.: ÁDÁM Magyarország S. 530/1.
237. Der Botschafter in Warschau an das AA. Warschau, den 9. März 1939, in: ADAP Bd. 5 S. 150.
238. Aufzeichnungen des Vortragenden Legationsrats Altenburg. Berlin, den 9. März 1939, in: ADAP Bd. 4 S. 201/2.
239. Vgl.: ÁDÁM Magyarország S. 535/6.
240. Vgl.: Ebd. S. 536-8.
241. Vgl.: Ebd. S. 538/9.
242. Vgl.: DURČANSKÝ.
243. Vgl.: ÁDÁM Magyarország S. 542-5.
244. Vgl.: Ebd. S. 547.
245. CIANO Tagebücher 1939, S. 51.
246. Ebd.
247. Vgl.: ÁDÁM Magyarország S. 551/2.
248. Aufzeichnungen des Legationsrats von der Heyden-Rynsch (PA). Berlin, den 12. März 1939, in: ADAP Bd. 4 S. 205/6.
249. Telegramm des Botschafters in Warschau an das AA. Warschau, den 13. März 1939, in: ADAP Bd. 5 S. 151/2.
250. Der Gesandte in Budapest an das AA. Budapest, den 13. März 1939, in: ADAP Bd. 4 S. 209.
251. Der ung. Reichsverweser an den Führer. Budapest, den 13. März 1939, in: Ebd. S. 210.

252. Telegramm des Botschafters in Warschau an das AA.
Warschau, den 13. März 1939, in:
ADAP Bd. 5 S. 151/2.
253. Vermerk des Staatssekretärs (ohne Datum),
in: ADAP Bd. 4 S. 215/6.
254. Ebd. S. 216.
255. CIANO Tagebücher 1939, S. 51.
256. Ebd. S. 52.
257. Vgl.: ÁDÁM Magyarország S. 559.
258. Vgl.: Ebd. S. 561.
259. Konsul in Chust an das AA. Chust, den 14. März
1939, in: ADAP Bd. 4 S. 222.
260. Aufzeichnungen des Legationsrats von der Heyden-
Rynsch. Berlin, den 14. März 1939,
in: Ebd. S. 220.
261. Vgl.: ÁDÁM Magyarország S. 558/9.
262. Ebd. S. 561.
263. Ebd. S. 562/3.
264. Ebd. S. 562.
265. Telegramm des Konsuls in Chust an das AA. Chust,
den 14. März 1939, in: ADAP Bd. 4 S. 219.
266. Text der Mitteilung vgl.: Ebd.
267. Text des Ultimatums vgl.: ÁDÁM Magyarország
S. 556/7; KEESINGS ARCHIV 1939, B 3983.
268. Text vgl.: ÁDÁM Magyarország S. 564.

269. Rundtelegramm des Staatssekretärs. Berlin, den 14. März 1939, in: ADAP Bd. 4 S. 229.
270. Vgl.: Aufzeichnungen des Legationssekretärs von Stechow (PA). Berlin, den 14. März 1939, in: ADAP Bd. 4 S. 224.
271. Aufzeichnungen des Staatssekretärs. Berlin, den 15. März 1939, in: Ebd. S. 241.
272. Vgl.: ÁDÁM Magyarország S. 565.
273. Vgl.: Ebd.
274. CIANO Tagebücher 1939, S. 53.
275. Ebd. S. 52.
276. Der Geschäftsträger in Prag an das AA. Prag, den 15. März 1939, in: ADAP Bd. 4 S. 236/7.
277. Vgl.: ÁDÁM Magyarország S. 456.
278. Telegramm des Premierministers der Karpato-Ukraine an das AA. Sighet, den 15. März 1939, in: ADAP Bd. 4 S. 240.
279. Aufzeichnungen des Attachés Tafel (PA). Berlin, den 15. März 1939, in: Ebd. S. 239/40.
280. Der Staatssekretär an das Konsulat in Chust. Berlin, den 15. März 1939, in: Ebd. S. 240; vgl. auch: ÁDÁM Magyarország S. 572/3.
281. Vgl.: Ebd. S. 567/8.
282. Ebd. S. 568.
283. Vgl.: ADAM Allianz S. 216.

284. Vgl.: ÁDÁM Magyarország S. 567.
285. Ebd. S. 570.
286. Ebd. S. 570/1.
287. Vgl.: Telegramm des Gesandten in Budapest an
das AA. Budapest, den 15. März 1939,
in: ADAP Bd. 4 S. 243/4.
288. ÁDÁM Magyarország S. 570/1; vgl. auch: Csáky an
von Erdmannsdorff, in: ÁDÁM Allianz S. 216/7:
"... die Massen und die Führer des ruthenischen
Volkes hätten sich gestern und auch heute an die
ungarische Regierung mit der Bitte gewandt, zur
schnellen Wiederherstellung der Sicherheit von
Leben und Eigentum, das von Ruthenen bewohnte Ge-
biet unverzüglich militärisch zu besetzen. Die
ungarische Regierung entspricht dieser Forderung.
Die ungarische Honvédarmee verläßt das bisher be-
setzte ruthenische Gebiet und nimmt, befehlsmäßig
weiter marschierend, das gesamte ruthenische Ge-
biet in Besitz".
289. Vgl.: ÁDÁM Magyarország S. 569/70.
290. Ebd. S. 566.
291. Ebd. S. 576.
292. Ebd. S. 572/3.
293. Text veröffentlicht in: ADAP Bd. 4 S. 219; vgl.
ebd. S. 240: Der Premierminister der Karpato-

Ukraine an das AA. Sighet, den 15. März 1939.

Vgl. auch: HENCKE S. 278-80.

294. Vgl.: KEESINGS ARCHIV 1939, E 3987.

295. Vgl.: ÁDÁM Magyarország S. 582.

296. Ebd. S. 588-90.

297. Vgl.: Ebd. S. 585.

298. CIANO Tagebücher 1939, S. 55.

299. ÁDÁM Magyarország S. 598/9.

300. Ebd. S. 605/6.

301. CIANO Tagebücher 1939, S. 55.

302. Text vgl.: KEESINGS ARCHIV 1939, 3986.

303. ÁDÁM Magyarország S. 615/6.

304. Ebd. S. 611.

305. Ebd. S. 614/5.

306. Ebd. S. 614.

307. KEESINGS ARCHIV 1939, A 3989.

Quellen- und Dokumentenverzeichnis

A németek magyarországi politikája a titkos német diplomáciai okmányokban (Die Ungarnpolitik der Deutschen in den geheimen deutschen diplomatischen Akten), Budapest 1950.

ÁDÁM, MAGDA (Hrsg.) A Müncheneri egyezmény létrejötte és Magyarország külpolitikája 1936-38 = Diplomáciai iratok Magyarország külpolitikájához (Diplomatische Schriften zur ungarischen Außenpolitik) 1936-1945, Bd. 2, Budapest 1965.

- " - (Hrsg.) Allianz Hitler-Horthy-Mussolini. Dokumente zur ungarischen Außenpolitik (1933-1944), Budapest 1966. (Zitiert als: ÁDÁM Allianz)

- " - (Hrsg.) Magyarország Külpolitikája 1938-1939 = Dipl. ir. magy. külpol. 1936-1945, Bd. 3, Budapest 1970. (Zit. als: ÁDÁM Magyarország)

AKTEN zur deutschen auswärtigen Politik 1918-1945, Serie D (1937-1945). Bd. 1: Von Neurath zu Ribbentrop, Sept. 1937-Sept. 1938, Baden-Baden 1950; Bd. 4: Die Nachwirkungen von München, Okt. 1938-März 1939, Baden-Baden 1951; Bd. 5: Polen, Südosteuropa, Lateinamerika, Klein- und Mittelstaaten, Juni 1937-März 1939, Baden-Baden 1953.
(Zit. als: ADAP)

ARCHIV für Geschichte und Gegenwart, hrsg. von
Keesing, Wien 1938 und 1939.

(Zit. als: KEESINGS ARCHIV)

BECK, JOZEF Beiträge zur europäischen Politi. Reden,
Erklärungen, Interviews 1932-1939, Essen 1939.

CIANO, GRAF GALEAZZO Tagebücher 1939-1943, Bern 1946.

(Zit. als: CIANO Tagebücher 1939)

- " - L'Europa verso la catastrofe. 184 colloqui con
Mussolini, Hitler, Franco, Chamberlain ecc.,
verbalizzati da G. Ciano con 40 documenti diplo-
matici inediti = Orientamenti 15, Verona 1948.

- " - Tagebücher 1937/38, Hamburg 1949.

(Zit. als: CIANO Tagebücher 1938)

DAL viaggio in Germania all' intervento dell' Italia
nella seconda guerra mondiale (1937-40) = Opera
omnia di Benito Mussolini vol. 29, Firenze 1959.

DOCUMENTS on German Foreign Policy 1918-1945.

Vol. 5, Serie D, London 1948.

(Zit. als: DOCUMENTS)

DOKUMENT. Interview des polnischen Außenministers,
Oberst Józef Beck, mit dem Vertreter der Hearst-
Presse Hillmann am 29. Oktober 1938, in:
Osteuropa 14 (1938/39) S. 217-20.

(Zit. als: DOKUMENT Interview)

DOKUMENTY rozpovidajut, Užhorod 1971.

FEIERABEND, LADISLAV Prag-London, vice-versa. Erinnerungen Bd. 1 = Dokumente und Kommentare zu Ost-Europa-Fragen 14, Bonn, Bruxelles, New York 1971.

GESCHICHTE des Zweiten Weltkrieges in Dokumenten.

I: Der Weg zum Kriege 1938-39, Freiburg, München 1953.

GYÓRGY, RÁNKI Adatok a magyar külpolitikához a Csehszlovákia elleni agreszió idején (Daten zur ungarischen Außenpolitik während der Aggression gegen die Tschechoslowakei) 1937-1939, in: Századok 2-4 (1959) S. 356-72.

HENCKE, ANDOR Augenzeuge einer Tragödie. Diplomatenjahre in Prag 1936-1939 = Veröffentlichung des Sudetendeutschen Archivs 11, München 1977.

(Zit. als: HENCKE)

HILL, LEONIDAS E. (Hrsg.) Weizsäcker-Papiere 1933-50, Berlin 1974.

VERFASSUNGSGESETZ vom 22.11.1938 über die Autonomie der Karpatho-Ukraine, in: Zeitschrift für osteuropäisches Recht 5,8 (1938) S. 526-33.

(Zit. als: VERFASSUNGSGESETZ)

WEIZSÄCKER, ERNST VON Erinnerungen, München, Leipzig, Freiburg i. Br. 1950.

WELTGESCHICHTE der Gegenwart in Dokumenten, München 1953.

Schrifttumsverzeichnis

- BALLREICH, HANS Karpathenrußland. Ein Kapitel tschechischen Nationalitätenrechts und tschechischer Nationalitätenpolitik = Heidelberger Akten der von Portheim-Stiftung 25, Heidelberg 1938.
(Zit. als: BALLREICH)
- BARAN, ST. Vesna narodiv v Avstro-uhors'kij Ukraini, Mjunchen 1948.
- BENEŠ, EDVARD Šest let Exilu a druhe svetove valky, London 1944.
- BIRČAK, VOLODYMYR Karpats'ka Ukraina. Spomyny i perežyvannja, Praha 1939. (Zit. als: BIRČAK)
- BRÜGEL, J.W. Der Fall Karpathorußlands. Ein Beitrag zur Entstehungsgeschichte des Kalten Krieges, in: Politisches Archiv 8 (1953) S. 621-8.
- BUDUROWYCZ, B.B. The Ukrainian Problem in international politics, October 1938 to March 1939, in: Canadian Slavonic Papers 3 (1958) S. 59-75.
- DARAS, GABRIEL Les Karpathorusses. Leur chemin vers la conscience et l'unité nationale, in: Nouvelle Revue de Hongrie 59 (1938) S. 587-95.
- DIE Karpaten-Ukraine, in: Nation und Staat 12 (1938/39) S. 75-80.
- DIE Karpathenukraine, in: Ostland 19, 21, S. 457-60.

- DIE slowakisch-ungarische Grenze, in: Ostland 20
(1939) S. 258.
- DOMARUS, MAX Hitler. Reden und Proklamationen 1932-
1945. Kommentiert von einem deutschen Zeitge-
nossen, Bd. 1-2, München 1962/63.
- DONAT, HEINRICH Die deutschen Katholiken der Tsche-
choslowakischen Republik, Warnsdorf 1934.
- DURČANSKÝ, FERDINAND Mit Tiso bei Hitler. Die Ent-
stehung der slowakischen Republik, in: Politi-
sche Studien 7 (1956) Heft 80, S. 1-10.
(Zit. als: DURČANSKÝ)
- FANO, ŠTEFAN Protičeskoslovenské ostriе pol'sko-mad'-
arského zblížovania v rokach 1934-1936, in:
Slovansky prehľad č. 5, 1970. (Zit. als: FANO)
- FENCZIK, J. Die ruthenische Frage, Wien 1943.
- FLACHBART, ERNST Der Gebietszuwachs Ungarns im Winter
1938/39 auf Grund des Schiedsspruchs von Belve-
dere, in: Ungarische Jahrbücher 19 (1939) S. 1-14.
- FREY, ANDRÉ La Ruthénie, in: Nouvelle Revue de Hon-
grie 59 (1938) S. 426-33. (Zit. als: FREY)
- GONDOR, F. Zakarpatskaja Ukraina v planach meždunarod-
noj reakcii v 1938-1939 gg., in: "Drang nach
Osten" i istoričeskoe razvitie stran central'noj,
vostočnoj i jugovostočnoj evropy, Moskva 1967,
S. 193-6.

HAGEN, WALTER (= HÖTTL, WILHELM) Die geheime Front.

Organisationen, Personen und Aktionen des deutschen Geheimdienstes, Zürich 1950.

(Zit. als: HAGEN)

HOENSCH, JÖRG K. Die Slowakei und Hitlers Ostpolitik.

Hlinkas Slowakische Volkspartei zwischen Autonomie und Separation 1938 bis 1939 = Beiträge zur Geschichte Osteuropas 4, Köln, Graz 1965.

(Zit. als: HOENSCH Slowakei)

- " - Der ungarische Revisionismus und die Zerschlagung der Tschechoslowakei = Tübinger Studien zur Geschichte und Politik 23, Tübingen 1967.

(Zit. als: HOENSCH Revisionismus)

HÜFNER, ADAM Die Bevölkerungsstruktur der Karpatenukraine,

in: Archiv für Bevölkerungswissenschaft 7

(1939) S. 55-9.

IL'NYC'KYJ, ROMAN Deutschland und die Ukraine 1934-45.

Tatsachen europäischer Ostpolitik. Ein Vorbericht,

München 1956. (Zit. als: IL'NYC'KYJ)

JEVSEJEV, J.F. Z dějin Zakarpatske Ukrajiny, Prag 1956.

KARMASIN, FRANZ Deutsche in der Slowakei und in der

Karpaten-Ukraine, in: Nation und Staat 12

(1938/39) S. 212-6.

KARPATHEN-UKRAINE, New York 1938.

KARPATOUKRAINISCHES Volkstum, in: Ostland 20

(1939) S. 82-6.

KARPATS'KA UKRAINA v Borot'by. Zbirnyk, Viden 1939.

(Zit. als: KARPATS'KA UKRAINA Zbirnyk)

KOZAUER, NIKOLAUS J. The Carpatho-Ukraine between the
Two World Wars - With special Emphasis on the
German Population, Phil.Diss., Rutgers 1964, Ms.

KOŹIŃSKI, MACIEJ Polska i Węgry przed drugą wojną
światową (październik 1938-wrzesień 1939).

Z dziejów dyplomacji i irredenty, Wrocław,
Warszawa, Kraków 1970. (Zit. als: KOŹIŃSKI)

KOZMA, NICOLAS Le problème ruthène, in: Nouvelle
Revue de Hongrie 61 (1939) S. 3-14.

KRÁL, JIŘI Podkarpatská Rus, Praha 1924.

(Zit. als: KRAL)

KROFTA, KAMIL Die Podkarpatská Rus und die Tschecho-
slowakei, Sonderabdruck der Prager Rundschau 4
(1934) Heft 6. (Zit. als: KROFTA)

KROLL, CURT Polen in der tschechoslowakischen Krise,
in: Osteuropa 14 (1938) S. 1-16.

LAEUEN, HARALD Polens Politik der "integralen Lösung",
in: Osteuropa 14 (1938) S. 87-100.

(Zit. als: LAEUEN Polens Politik)

- " - Polen nach dem Wiener Schiedsspruch, in:
Osteuropa 14 (1938/39) S. 217-20.

MARKUS, VASYL Carpatho-Ukraine under Hungarian Occupa-

- tion (1939-1944), in: The Ukrainian Quarterly 10 (1954) S. 252-6.
- MARKUS, VASYL Le statut juridique de l'Ukraine subcarpathique durant les 30 derniers annes, in: Analecta OSBM vol. I (VII) Fasc. 4, Series II, Sectio II, S. 625-7.
(Zit. als: MARKUS Le statut)
- MARTEL, RENÉ Le Nom d'"ukrainien" en Russie subcarpathique, in: Le Monde Slave 14,1 (1937) S. 560-9.
- MIRČUK, PETRO Narys istorii Organizacii Ukraïns'kych Nacionalistiv, T. 1: 1920-1939, Mjunchen, London, Nju-Jork 1968. (Zit. als: MIRČUK)
- NOWAK, ROBERT Von der Karpaten-Ukraine zum Karpatenland, in: Zeitschrift für Geopolitik (Mai 1939) S. 313-22.
- OBERLEITNER, WOLFGANG Unabhängigkeit für 48 Stunden, in: Die Presse (Wien) 15.3.1959.
- PANTSCHENKO-JUREWICZ, W. Die Karpaten-Ukraine. Bevölkerung, Wirtschaft, politische Entwicklung, in: Die Tat (Januar 1939) S. 649-60.
- PODKARPATSKA RUS, Praha 1923.
- PODKARPATSKA RUS. Sbornik hospodářského, kulturniho a politického poznání Podkarpatské Rusi, Bratislava 1936.
- REVAY, JULIAN The March to Liberation of Carpatho-

- Ukraine, in: The Ukrainian Quarterly 10
(1954) S. 227-34.
- REVAY, STEPHAN Die in Belvedere gezogene ungarisch-slo-
wakische Grenze = Veröffentlichung der Ungarischen
Statistischen Gesellschaft 14, Budapest 1941.
- RICHARD, D. Podkarpatská Rus jindy a nyní,
Mukačevo 1927.
- RIEDL, FRANZ Slowaken und Karpathenukruainer in Ungarn,
in: Volk und Reich 15,1 (1939) S. 70-2.
- ROOS, HANS Polen und Europa. Studien zur polnischen
Außenpolitik 1931 bis 1939 = Tübinger Studien zur
Geschichte und Politik 7, Tübingen 1957.
- ROTHSTEIN The Munich Conspiracy, Moscow 1959.
(Zit. als: ROTHSTEIN)
- SAFONOV, VADIM In der Transkarpaten-Ukraine,
Berlin 1948.
- ŠANDOR, VIKENTIJ Carpatho-Ukraine in the International
Bargaining of 1918-1938, in: The Ukrainian
Quarterly 10 (1954) S. 235-46.
- " - Karpats'ka Ukraina - sfederovana deržava, in: Na
pošanu simdesjatyriččja narodyn Romana Smal-Stoc'-
koho = Zapysky Naukovoho Tovarystva im. Ševčen-
ka 177, Nju-Jork 1963, S. 319-39.
(Zit. als: ŠANDOR Karpats'ka Ukraina)
- SCRIMALI, ANTOINE La Ruthenie subcarpathique et l'Etat

- tchechoslovaque, Paris 1938.
- SPIVAK, B.J. Narysy istorii rev(olucijnoi) borot'by trudjaščych Zakarpatja, o. Eo. 1963.
- STERCHO, PETER G. Diplomacy of double morality. Europe's Crossroads in Carpatho-Ukraine 1919-1939 = Carpathian Research Center 7. (Zit. als: STERCHO)
- SUŠKO, LADISLAV Nemecká politika voči slovensku a zakarpatskej Ukrajině v období od septembrovej krizy 1938 do rozbitia československa v marci 1939, in: Československý časopis historický 21,2 (1973) S. 161-97.
- " - Rokovania o autonómii zakarpatskej Ukrajině od roku 1936 do leta 1938, in: Nové Obzory č. 15, Prešov 1973, S. 33-59. (Zit. als: SUŠKO Rokovania)
- TREVISONO, G. La questione ucraina e l'interesse europeo = La vita Italiana 27, 1939.
- VOLOŠYN, AUGUSTIN Religijni vidnosyny na pidk(ar-patskij) Rusy, in: Acta conventus pragensis pro studiis orientalibus anno MCMXXIX celebrati, Olomucii 1930, S. 218-22. (Zit. als: VOLOŠYN)
- WEIDLEIN, JOHANN Ungarns Revisionspolitik und der Untergang des Deutschen Reiches. Die Schuld Ungarns

am Zweiten Weltkrieg und am Untergang des ungarländischen Deutschtums im Spiegel ungarischer Dokumentation, Schorndorf 1977.

(Zit. als: WEIDLIN Ungarns Revisionspolitik)

WELKISCH, KURT Die Wahlen in Polen. Betrachtungen zum autoritären Kurs der polnischen Staatsführung, in: Osteuropa 14 (1938/39) S. 161-80.

WIRCH, MICHAEL Republic for a Day, London 1939.

ZIEGLER, WILHELM Die Entstehung der Tschechoslowakei, in: Zeitschrift für Politik 28,6/7, S. 335-47.

ZOLYOMI, NORBERT D. Die gesetzliche Regelung der Nationalitätenfrage in der Slowakei, in: Donaauraum 3,6 (1943) S. 445-8.

Personen- und Ortsregister

Altenburg, dt. Geschäftsträger in Budapest 77, 141

Altenburg, Dr. G., Legationsrat PA(IV) im AA 127

Arkas, Mykola, Oberst 22, A.22

Attolico, Dr. Bernardo, Sept. 35-Mai 40 it. Bot-
schafter in Berlin 126, 142, 143

Bačiniškyj, Edmund, Okt./Nov. 38 ukr. Innenminister
20, 21, 32, 44, 52, 54, 55, 84, 107, 121, 122

Beck, Józef, Mai 33-Sept. 39 poln. Außenminister
12, 36, 39, 56, 57, 58, 64, 75, 78, 82, 83, 85,
90, 98, 99, 102, 108, 111, 112, 117, 118, 128,
130, 134, 142, 144, 150, 152, 153, 154, 156, 158

Behrens, Oberführer der Volksdt. Mittelstelle 81

Belgrad 11, 15, 28, 115

Beneš, Dr. Edvard, Dez. 35-Okt. 38 tsch. Staats-
präsident 15, 25, 26

Ben'o, Mykola 41

Beran, Rudolf, Dez. 38-März 39 tsch. Minister-
präsident 107, 123

Berchtesgaden 59, 63, 100, 101, 117

Bereg 17

Berehovo 17, 33, 44, 72, 115

Berlin 11, 12, 13, 14, 27, 29, 30, 35, 45, 48, 51,
58, 66, 67, 68, 79, 83, 85, 86, 87, 91, 93, 94,

95, 96, 99, 104, 105, 109, 110, 111, 113, 114,
123, 125, 126, 127, 130, 131, 132, 133, 135,
136, 138, 139, 142, 143, 148, 150, 155

Bilky 24

Birčak, Volodymyr, Ehrenkommandant der ukr.

'Pfadfinder' 81, A.118

Bistra 153

Bora, V. 75

Bossy, rum. Gesandter in Budapest 155

Braščajko, Mychajlo, März 39 ukr. Innenminister

18, 70, 84, 136, 156

Brătianu, Constantin, stellvertr. rum. Außen-
minister 67

Brauchitsch, Walter von, Generaloberst, Febr. 38-

Dez. 41 Oberbefehlshaber des Heeres 136

Bresna 153

Brodij, Andrij, Okt. 38 ukr. Ministerpräsident

20, 21, 32, 33, 34, 42, 43, 44, 65

Budapest 9, 11, 12, 13, 14, 27, 28, 35, 45, 46, 50,

51, 55, 59, 60, 61, 62, 77, 79, 84, 85, 87, 90,

91, 93, 95, 96, 100, 103, 106, 107, 108, 109,

111, 115, 124, 125, 127, 129, 130, 132, 133, 134,

135, 138, 139, 143, 144, 148, 150, 151, 152, 153,

155, 156, 157, 158, 159

Bukarest 11, 56, 57, 67, 124, 125, 127, 132, 139,

- 150, 152, 153, 155
- Byckiv 50
- Carol II., 1930-40 König von Rumänien 56, 57,
100, 101, 105, 107, 152
- Chamberlain, Neville, Mai 37-Mai 40 brit. Premier-
minister 157
- Chomec 80
- Chust, ung. Huszt 17, 23, 24, 50, 73, 75, 83, 85,
102, 103, 112, 120, 121, 122, 123, 125, 129,
133, 134, 136, 140, 144, 145, 151, 153, 154
- Chvalkovský, Dr. František, Okt. 38-März 39 tsch.
Außenminister 26, 49, 52, 54, 70, 71, 72, 74,
133, 135
- Chymytec, Julian, Leiter der ukr. Vertretung in
Wien 41, 68
- Ciano, Graf Galeazzo, Juni 36-Febr. 43 it. Außen-
minister 10, 11, 12, 13, 31, 51, 59, 67, 83, 87,
91, 92, 94, 98, 105, 110, 114, 119, 124, 125,
128, 134, 139, 144, 148, 157
- Čopej, Nykolaj, Priester 18
- Csáky, Graf István, Dez. 38-Jan. 41 ung. Außenmi-
nister 39, 43, 45, 46, 82, 108, 130, 131, 138,
155, 158
- Danzig 36, 77
- Darányi, Kálmán, Okt. 36-Mai 38 ung. Minister-

- präsident 12, 46, 47, 48, 53, 54, 59, 60
- Darányi-Linie 55, 59, 61
- Davydovyč, Stefan 41
- Dirksen, Dr. Herbert von, Mai 38-Sept. 39 dt. Botschafter in London 116
- Dolynaj, Nikolaus, März 39 ukr. Minister 70, 136, 156
- Druffel, Ernst von, dt. Konsul in Preßburg 50, 86
- Durčanský, Ferdinand, Okt./Nov. 38 slow. Justizminister, Dez. 38-März 39 slow. Verkehrsminister, März 39-Juli 40 slow. Außenminister 52, 53, 54, 85, 86, 135, 138
- Eckhardt, Tibor von, Vorsitzender der Kleinlandwirtepartei 78
- Erdmannsdorff, Otto von, Mai 37-Juli 41 dt. Gesandter in Budapest 28, 45, 46, 55, 59, 60, 61, 62, 88, 91, 92, 93, 94, 100, 105, 141
- Fabricius, Dr. Wilhelm, April 36-Jan. 41 dt. Gesandter in Bukarest 67
- Feldeši, Julian, ukr. Senator in Prag 20, 21
- Fenčyk, Stefan, Okt. 38 ukr. Minister ohne Geschäftsbereich 20, 32, 44, 65, 69, 80, 84
- François-Poncet, André, frz. Botschafter in Rom 104
- Gafencu, Grigore, Dez. 38-Juni 40 rum. Außenminister 126, 139
- Goebbels, Dr. Josef, 33-45 Reichspropagandaminister 148

- Gödöllő 114
- Gömbös, Julius vitěz, Sept. 32-Okt. 36 ung. Minister-
präsident 9, 10
- Göring, Hermann, Generalfeldmarschall, 1935-45 Ober-
befehlshaber der Luftwaffe 53, 85, 101, 135, 150
- Grabar, Konstantin, tsch. Gouverneur der Karpato-
Ukraine 33, 42
- Graz (Sender) 38
- Groß-Ukraine 55, 79, 89, 109, 113, 117, 118
- Haboda, Juriij 41
- Hácha, Dr. Emil, Nov. 38-Mai 45 tsch. Staats-
präsident 106, 107, 132, 134
- Hardy, ung. Militärattaché in Berlin 128
- Hencke, Andor, Nov. 36-März 39 dt. Geschäftsträger
in Prag 68, 96, 123, 135, A.104
- Hitler, Adolf, Führer und Reichskanzler 9, 10, 12,
13, 31, 35, 44, 46, 47, 48, 52, 53, 54, 61, 66,
77, 98, 100, 101, 104, 117, 118, 128, 130, 138,
148, 155, 160
- Hodža, Dr. Milan, Nov. 35-Sept. 38 tsch. Minister-
präsident 25
- Hofmann, Dr. Hamilkar, dt. Konsul in Chust 102,
103, 106, 144, 149, 150
- Honvéd 45, 91, 151, 154, 155, 156
- Horthy von Nagybánya, Miklós, Admiral, 1920-44 Reichs-

- verweser von Ungarn 12, 13, 51, 60, 88, 91, 94,
100, 114, 137, 141, 142, 154
- Hory, ung. Gesandter in Warschau 81, 82, 90, 98,
108, 109, 156
- Husnaj, ukr. Delegationsmitglied 70
- Huzar, L.E., Journalist 70
- Il'nyc'kyj, Roman 123
- Imrédy, Dr. Béla, Mai 38-Febr. 39 ung. Minister-
präsident 44, 48, 60
- Jasin 50
- Juden 21, 23, 24, 73, 116
- Kačurovskyj, V. 75
- Kánya, Kálmán von, Jan. 33-Nov. 38 ung. Außenminister
35, 47, 59, 70, 71, 81, 83, 90, 92, 93, 103, 130,
150, 151
- Kaschau 48, 53, 54, 55, 59, 60, 61, 62, 63, 129
- Katljura (Petlura) 88, A.133
- Keitel, Wilhelm, Generaloberst, Febr. 38-April 45
Chef des OKW 31, 46
- Keppler, Wilhelm, Staatssekretär im AA 85, 110
- Klempuš, Dmytro, Kommandant der Sič 22
- Kločurak, Stefan, März 39 ukr. Minister 70, 122, 133
- Knox, Sir Geoffrey, brit. Gesandter in Budapest 35
- Kobr, Milos, April 33-März 39 tsch. Gesandter in
Budapest 146

- Kobylanski 78
- Kolomyja 58
- Kolunjak, Kreisvorsteher 122
- Komarinsky, Pressechef der ukr. Regierung 123
- Komorn 40, 72, 73, 84
- Konovalec, Evhen, ukr. Nationalist 50, A.62
- Korolev 29
- Kosyn 80
- Krno, Slowake, stellvertr. tsch. Außenminister
70, 71, 96
- Krofta, Dr. Kamil, Febr. 36-Okt. 38 tsch. Außen-
minister 26
- Kupčuk, Jurko, ukr. Nationalist 29
- Leipzig (Sender) 38
- Lemberg 37
- Lengyel, Béla, Oberstleutnant, ung. Militärattaché
in Warschau 43
- Lipski, Josef, Nov. 34-Sept. 39 poln. Botschafter
in Berlin 50, 58, 59, 63, 64
- London 11, 41, 116
- Mackensen, Hans Georg von, April 38-Sept. 43 dt.
Botschafter in Rom 125
- Máramaros 17
- Matkovskyj, Dr. Osyp 75
- Meznik, tsch. Vize-Gouv. der Karpaten-Ukraine 44

- Moltke, Hans Adolf von, Okt. 34-Sept. 39 dt. Botschafter in Warschau 37, 38, 56, 61, 64, 99, 102, 108, 135, 142
- Montgomery, A., amerik. Gesandter in Budapest 157
- Mościcki, Ignacy, 1926-39 poln. Staatspräsident 154
- Moskau 108, 112, 114
- München 46, 48, 54, 55, 59, 117, 148, 157
- Münchener Abkommen 7, 15, 16, 26, 39, 42, 71, 100
- Munkács, tsch. Mukacevo 17, 24, 32, 33, 40, 41, 43, 44, 54, 55, 59, 60, 62, 63, 69, 70, 73, 115, 118, 144, 149
- Mussolini, Benito, Duce, 1922-43(45) it. Ministerpräsident 12, 13, 46, 51, 59, 61, 91, 93, 98, 106, 114, 115, 143, 144, 148
- Myšuha, Dr. Luka 41, 74
- Neutra 48, 59, 60, 63
- Novyckyj, Omeljan, Priester 18
- Nyžni Verecky 115
- Oldofredi, Vertreter der dt. Volksgruppe in der Karpato-Ukraine 108
- Oreleckyj, Vasyl 75
- Orlowski, poln. Gesandter in Budapest 90, 103
- Papa, Stefan, Kommandant der ukr. Pfadfinder 80
- Papée, Kasimir, poln. Gesandter in Prag 130
- Paris 100, 122

- Parkányi, Dr. Johann, Okt. 38 tsch. Minister und Gouverneur der Karpato-Ukraine 28, 33, 34, 40, 42
- Perečin 17
- Perevuznik, Georg, März 39 ukr. Minister 136
- Philipp, Prinz von Hessen, Sonderkurrier zwischen Berlin und Rom 148
- Pješčak, Dr. Johann, Okt. 38 ukr. Staatssekretär für Justiz 32, 44, 84
- Prag 11, 14, 15, 20, 21, 25, 27, 28, 31, 32, 33, 34, 35, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 49, 51, 52, 53, 55, 63, 68, 75, 83, 86, 89, 90, 92, 102, 106, 112, 119, 120, 121, 122, 123, 127, 129, 130, 131, 133, 134, 135, 136, 138, 140, 142, 145, 146, 149
- Prager Zentralparlament 20, 26, 89, 90, 120, 126
- Prager Zentralregierung 24, 25, 28, 29, 34, 44, 65, 110, 116, 123, 129, 136, 146, 149
- Prchala, Leo, General, ukr. Innenminister 121, 122, 123, 132, 133, 134, 136, 144, 145, 146, 149
- Preßburg 48, 52, 53, 54, 59, 60, 61, 86
- Pružinský, Dr. Nikolaus, Jan.-März 39 slow. Minister für Wirtschaft 135, 138
- Pryslop 80
- Rachov 17, 50
- Revay, Fedir 122
- Revay, Julian, Okt. 38-März 39 ukr. Minister 20, 32,

- 44, 84, 107, 110, 122, 125, 132, 151
- Ribbentrop, Joachim von, Febr. 38-Mai 45 Reichsaußen-
minister 36, 46, 47, 48, 49, 51, 53, 54, 55, 59,
63, 64, 70, 71, 72, 81, 87, 95, 101, 109, 117,
118, 132, 136, 143, 145, 157, 158
- Röder, Wilhelm, Okt. 36-Mai 38 ung. Verteidigungs-
minister 11
- Rohač, Ivan, Sekretär Vološyns 41, 70
- Rom 10, 11, 12, 14, 31, 46, 48, 49, 59, 63, 83, 87,
90, 94, 95, 96, 98, 99, 100, 102, 104, 105, 114,
119, 124, 125, 139, 140, 143, 148, 155
- Sabó, Führer des Uzhoroder Nationalrats 18
- Šandor, Vikentij, Leiter der ukr. Vertretung
in Prag 75
- Schliep, Legationsrat PA(V) im AA 56
- Schloß Belvedere 69, 70, 92
- Schulenburg, Graf Friedrich Werner von der, Okt. 34-
Juni 41 dt. Botschafter in Moskau 108
- Semsey, ung. Gesandtschaftssekretär in Berlin 89
- Sevluš 17, 33, 44, 115
- Sidor, Karl, Slowake, tsch. Abgeordneter, Dez. 38-
März 39 Staatsminister für die Slowakei und stell-
vertr. tsch. Ministerpräsident 64, 120
- Silleiner Abkommen 15, 29
- Sivák, Josef, Jan. 39-Sept. 44 slow. Unterrichtsmini-

- ster, Jan.-März 39 stellvertr. slow. Ministerpräsident, 10.-12. März 39 slow. Ministerpräsident 138
- Skočko, Evhen 41
- Stachiewicz, General, poln. Generalstabschef 43, 91, 94, 98, 102, 104
- Stefaniv, Hnat 22
- Stefany, Augustin 68, 122
- Stojadinović, Milan, März 36-Febr. 39 jugosl. Ministerpräsident 27
- Sulyňčak, Basylij 33
- Svalava 17, 24, 108, 144
- Svatek, General, Kommandant der tsch. Verbände in der Karpato-Ukraine 149
- Syrový, Johann, General, Sept. 38-Dez. 38 tsch. Ministerpräsident, Okt./Nov. 38 kommissarischer Staatspräsident, Sept. 38-März 39 tsch. Verteidigungsminister 25, 26, 42, 44, 65, 106
- Szemberg, Graf, poln. Vize-Minister 50
- Sztójay, Döme, Generalmajor, Dez. 35-März 44 ung. Gesandter in Berlin 27, 35, 51, 60, 91, 95, 114, 127, 130, 131, 132, 137, 148, 150, 157
- Tacovo 17, 122
- Teleki, Paul Graf, Mai 38-Febr. 39 ung. Kultusminister, Febr. 39-April 41 ung. Ministerpräsident 70, 71, 141, 157

- Tiso, Dr. Josef, Okt. 38-Okt. 39 slow. Ministerpräsi-
dent, Okt. 39-April 45 slow. Staatspräsident 26,
52, 54, 71, 72, 74, 124, 138
- Torun 80
- Újpestéri, Ministerialsekretär im ung. Außenmini-
sterium 156
- Ukrainertum 20, 37, 38, 55, 56, 107
- Ung 17
- Ugosca 17
- Užhorod, ung. Ungvár 17, 18, 24, 33, 43, 50, 54, 59,
60, 62, 63, 68, 73, 80, 119, 122, 149, 159
- Vel'ky Berezny 17, 24
- Velykyj Byckov 24
- Versailles 148
- Vertrag von Trianon 9, 14, 17, 78, 159
- Villani, ung. Gesandter in Rom 92, 124, 139
- Volivec 24
- Vološyn, Augustin, Priester, Okt. 38-März 39 ukr. Mi-
nisterpräsident, Dez. 38-März 39 Innen-, Wirtschafts-
und Erziehungsminister, 14./15. März 39 ukr. Staats-
präsident 23, 32, 44, 66, 68, 69, 71, 72, 74, 75,
84, 107, 123, 125, 131, 133, 144, 145, 147, 151,
152, 155
- Volové 17, 50, 115
- Vörnle, János, 1939-41 stellvertr. ung. Außenminister

141, 157

Vyšni Verecky 115

Warschau 36, 37, 38, 39, 42, 50, 55, 56, 57, 58, 64,
65, 75, 81, 85, 87, 88, 90, 91, 94, 98, 102, 103,
107, 108, 109, 111, 113, 114, 115, 128, 135, 140,
142, 148, 153, 155, 158

Weidlein, Johann 7

Weizsäcker, Ernst von, April 38-April 43 Staatssekre-
tär im AA 66, 126, 128, 137, 150

Werkmeister, K., dt. Gesandtschafts- bzw. Legations-
rat in Budapest 66, 89

Werth, Heinrich, Generaloberst, ung. Generalstabs-
chef 138, 141

Wien 41, 49, 54, 67, 68, 69, 70, 74, 148

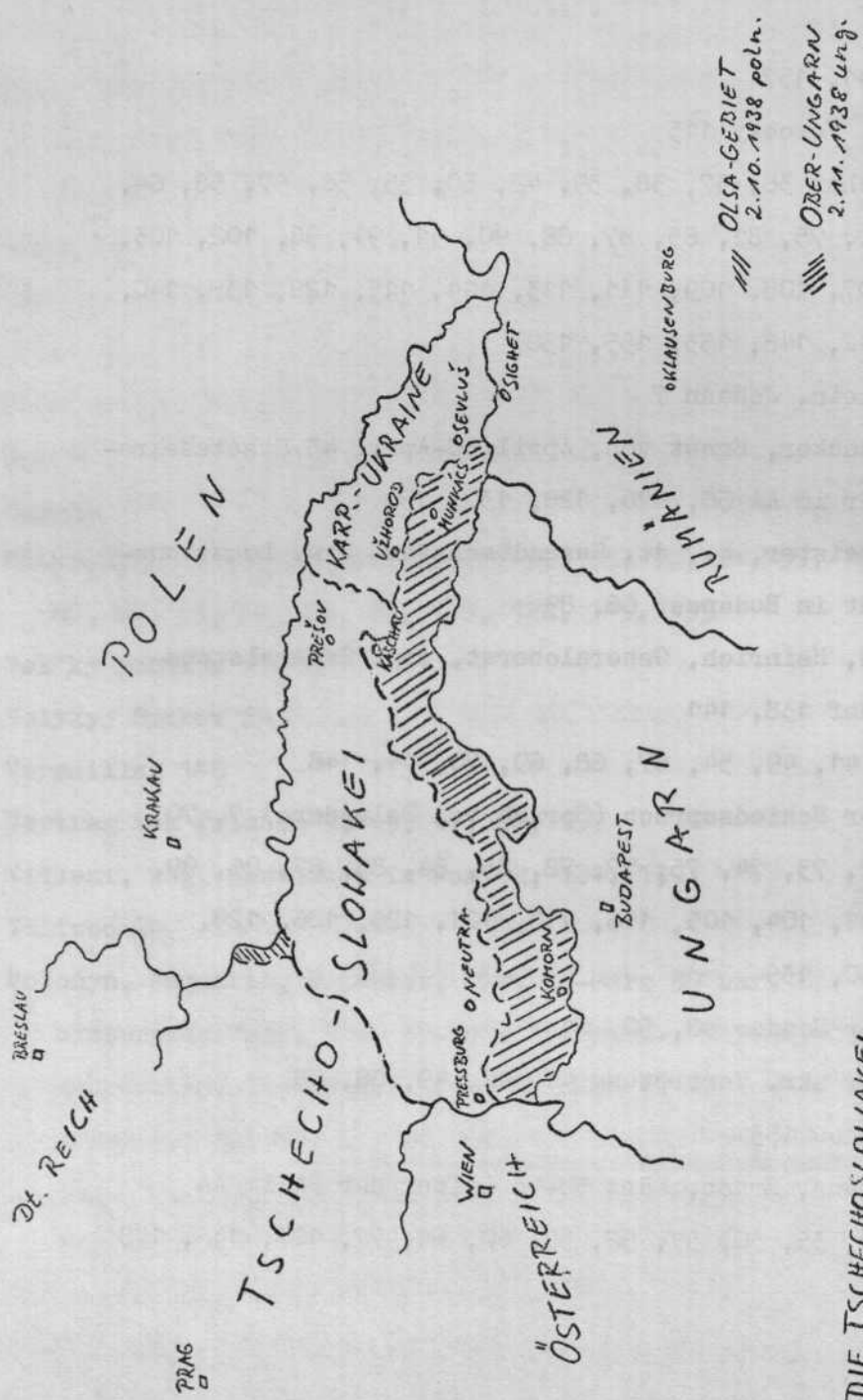
Wiener Schiedsspruch (Spruch von Belvedere) 7, 70,
72, 73, 74, 75, 77, 78, 83, 84, 85, 87, 96, 99,
101, 104, 105, 116, 118, 121, 125, 126, 129,
130, 135

Wiener Sender 38, 50, 61

Wiener ukr. Vertretung 41, 42, 49, 68, 75

Wischkow 153

Woermann, Ernst, März 38-43 Leiter der PA im AA
29, 35, 50, 51, 52, 58, 60, 61, 77, 127, 146, 148



DIE TSCHECHOSLOWAKEI
NACH DEM
WIENER SCHEDSSPRUCH